

PROTOKOLL

über die 9. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 29. Oktober 1998, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

-
Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Golda, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT: ---

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

keine vorhanden

5. **VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE**

Berichterstatter BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

BauGru-47/97 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 99 - Bauhaus; Widmung in Geschäftsgebiet.

2) Präs-460/98 Resolution gegen die Erweiterung der Sonntagsarbeit.

Berichterstatterin VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 3) F-395/73 Aktion „Essen auf Rädern“; Erhöhung der Kostenbeiträge.
- 4) Fin-239/97 Verein „Aktion Tagesmütter“; zusätzliche Subventionsmittel für 1998.
- 5) Fin-56/98 Verein „Frauen für Frauen“ - Frauenhaus Steyr; Subvention 1998; 2. Teilbetrag.
- 6) Fin-199/98 Jugendzentrum „Gewölbe“; Subventionsansuchen für 1998.
- 7) APT-1000 Alten- u. Pflegeheim Tabor; Jahresabschluß 1997.

Berichterstatter VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 8) BauStr-10/98 Erneuerung der VLSA Dukartstraße - Eisenstraße (T-Knoten Eybl).

Berichterstatter VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

- 9) FF-86/54 Grundstück Wilhelm-Plesse-Straße 13 in Leipzig; Verkauf.
- 10) BauH-147/97 Restaurierung der Hoffassade; Fertigstellung sowie weitere Professionistenarbeiten Rathaus, Stadtplatz 27.
- 11) BauStr-8/95 Straßenendvermessung Resthof; Verringerung des von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH zu zahlenden Kaufpreises.
- 12) Präs-495/98 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend die GWG der Stadt Steyr; Option auf den Kauf von Mietwohnungen.

Berichterstatter STADTRAT GERHARD BREMM:

- 13) Sport-6/98 Sportehrenzeichenverleihung 1998.

Berichterstatter STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 14) Bau3-301/91 Aufschließung Krenngründe; Zufahrt Sunk; Vergabe der Arbeiten.
- 15) K-1/98 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.
- 16) BauStr-16/98 Sanierung Radmoserweg, Ennsleite; Beleuchtung - 1. Bauabschnitt; Vergabe der Arbeiten.
- 17) Wi-4456/86 Tourismuskommission Steyr; Neuernennung der Mitglieder.
- 18) BauT-307/94 Kanalisation Stadt Steyr; ABA BA 07; Errichtung HS FIII von S 18 - VB 1 und Weinzierl, 2. Ausbaustufe; NS F III/1 A von III/18 - 204 a, NS 14 von III/18 - S 41; 1. Zusatzangebot; Zustimmung um Vergabe und Auftragserweiterung.
- 19) BauStr-12/98 Autobusbahnhof Bahnhofstraße; Vergabe der Arbeiten für die statische Bemessung für das Flugdach.
- 20) BauBrü-2/98 Instandsetzung Äußere Reiterbrücke; Pflasterungsarbeiten beim FAZAT-Neubau; Vergabe der Arbeiten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich begrüße sie herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ich freue mich, daß sie erschienen sind und eröffne die Sitzung. Ich begrüße auch herzlich die Vertreter der Medien, die sehr zahlreich erschienen sind. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und, daß mir als Protokollprüfer die GR Pramendorfer Claudia und GR Schröder Rudolf gemeldet wurden. Ist das zutreffend, daß die Herrschaften diese Funktion annehmen? Jawohl. Bitte das ins Protokoll aufzunehmen. Herr Dr. Pfeil sagt mir gerade, daß die Kollegin Reznar und der Kollege Hoflehner später kommen. Sie haben noch eine andere Verpflichtung. Dasselbe gilt für den Gemeinderat Fiala Martin.

Zu Punkt 2) der Tagesordnung, Behandlung von allfälligen Anfragen, teile ich mit, daß GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER mit Schreiben vom 20. Oktober 1998 eine Anfrage an mich, mit dem Ersuchen diese an Herrn Stadtrat Ing. Spanring weiterzuleiten, gerichtet hat.

Ich darf Herrn Stadtrat Ing. Spanring ersuchen, die Anfrage zu verlesen und die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertee Herren der Presse. Ich verlese die Anfrage:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gem. § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an Sie.

Die Landesausstellung geht dem Ende zu. Die erstmals in dezentraler Form durchgeführte Ausstellung erwies sich als großer Erfolg. Die Besucherzahlen in Steyr waren jedoch im Vergleich zu den anderen Standorten eher mäßig, obwohl der finanzielle Aufwand in Steyr nicht gerade als gering bezeichnet werden kann.

Nachdem die Stadt Steyr das Gebäude der ehemaligen Reithofferwerke vor Jahren käuflich erworben hat, stellt sich nach Beendigung der Landesausstellung nun die Frage nach der weiteren Nutzung.

Da uns bisher StR. Ing. Spanring eine Antwort auf diese Frage schuldig geblieben ist, bitte ich hiemit um Auskunft über die weitere Nutzung der frei werdenden Flächen bzw. in welchem Ausmaß in Zukunft Investitionen (z.B. Heizung) getätigt werden.

Ich ersuche Sie, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

GR Hans Payrleithner

Betreffend der Besucherzahlen zur Landesausstellung „Land der Hämmer“ möchte ich feststellen, daß die 28 Ausstellungsprojekte von ca. 650.000 Menschen besucht wurden, die drei Ausstellungsprojekte in Steyr ca. 121.000 Besucher sahen. Das sind ca. 18,6 % und man kann damit sicher nicht von einem mäßigen Besuch sprechen, was sich in weiterer Folge auch in der jüngst veröffentlichten Tourismusstatistik unserer Stadt widerspiegelt, in der unter anderem folgendes festgestellt wird: Mit exakt 57.816 Nächtigungen wurden in den ersten neun Monaten so viele Übernachtungen wie noch nie in Steyr gezählt. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vergleichszeitraum des bereits sehr guten Vorjahres um nochmals 9,4 %. Um knapp 4.000 auf in Summe 32.417 (das ist ein Plus von 13,2 %) sind auch die Ankünfte gestiegen, die bis Ende September im Vergleich zum Vorjahr registriert wurden.

Betreffend einer zukünftigen oder weiteren Nutzung des Reithoffergebäudes ist es fraglich, ob ich als Kulturreferent der richtige Ansprechpartner bezüglich Benützung, Verwertung bzw. Nutzung städtischer Liegenschaften bin, möchte aber trotzdem auf die jetzt, und nicht wie vom Anfrager behaupteten bisher, gestellte Frage folgendes feststellen bzw. antworten:

„Es ist einmal mehr eigenartig aber weiters nicht verwunderlich, daß Vorstands- und Vereinsmitglieder des Industrieforums Steyr - wie eben der Antragsteller und sein Vizebürgermeister - über das weitere Vereinsgeschehen nicht Bescheid wissen. Ich darf ihnen dazu nur mitteilen, daß die Ausstellung „Tradition-Innovation im Reithoffergebäude lt. Vorstandsbeschluß vom 28. 09. 1998 im Mai 1999 in etwas abgeänderter Form wieder geöffnet wird, daher keine freiwerdenden Flächen in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen. Über die weitere Nutzung des Gebäudes ist doch bekannt, würde ich meinen, daß es da in Zusammenarbeit mit dem Land OÖ. das Projekt Musikschule gibt, lt. Aussage von LH Dr. Pühringer vor 2002 jedoch keine Finanzierung seitens des Landes möglich ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Damit ist diese Anfrage beantwortet.

Eine weitere Anfrage richtete Herr GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER von der GAL-Gemeinderatsfraktion mit Schreiben vom 23. Oktober 1998 an mich. Diese lautet:

Sind Ihnen die Bestrebungen, ein 4-6 Saalkino in Steyr zu errichten bzw. das bestehende Stadtkino zu erweitern, bekannt?

Wenn ja, welche Betreiber bzw. Investoren haben die Absicht dafür erklärt und welche Standorte stehen zur Diskussion?

Welche Standorte kommen laut Stadtentwicklungskonzept dafür in Frage und welche Standorte halten Sie für geeignet?

Sind Sie der Meinung, daß für die Errichtung oder Erweiterung städtische Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden sollten?

Wie hoch sind die Mieteinnahmen der Stadt durch die Vermietung (monatlich) des Stadtkinos an Herrn Röber und welche Kosten entstehen der Stadt durch den Kinobetrieb?

Unter welchen Konditionen ist es für die Stadt und Private möglich, das Stadtkino für Fremdveranstaltungen zu nutzen?

Welche Maßnahmen wird die Stadt setzen, damit der Kulturgenuß Kino auch für Menschen mit Behinderung (z.B. Rollstuhlfahrer) ohne bauliche Barrieren konsumierbar wird?

Hiezu kann ich folgendes berichten:

Es ist uns bekannt, daß solche Bestrebungen vorhanden sind. Sie wissen ja alle, daß hier diese Megaplex-Kinowelle rollt, daß es eine Reihe von Anfragen auch bei der Stadt gegeben hat. In der Regel wünschen sich diese Investoren Grundstücke am Stadtrand und wollen dort natürlich solche Kinotempel errichten. Das Problem dabei ist, daß die Grundflächen bei uns sehr beschränkt sind und, daß natürlich auch noch Parkplätze hierfür erforderlich sind. Wir haben dieses Thema, ich glaube mindestens 2 Mal, im Planungsausschuß abgehandelt. Es war eigentlich unsere Meinung, diese Entwicklung eher nicht zu forcieren und zu unterstützen. Aus diesen Gründen haben wir uns natürlich auch Gedanken gemacht, wie denn diese zeitgeistige Welle in Steyr in irgendeiner Form befriedigt werden könnte. In diesem Zusammenhang gibt es das mitgeteilte Interesse des Herrn Röber, der gemeinsam mit dem Architekt Falkner eine Vorstellung, eine Grobplanung entwickelt hat, wie ein Erweiterungsbau bei unserem Stadttheater aussehen könnte, wobei es um eine Erweiterung ginge, die 3 Kinosäle umfassen würde. Diese Überlegung hat, und die Frage ist auch gestellt worden, aus der Sicht der Stadt oder auch aus meiner persönlichen Sicht, allerhand für sich. Dies deswegen, weil wir dadurch die nicht gerade geglückten architektonischen Hinzufügungen zur Ausstellungshalle sowohl vorne als auch hinten, nämlich mit dem Bühnenturm, aber auch mit dem Stadtsaal, hier eine entsprechende Reparatur durchführen könnten, sodaß der Anblick dieses Gebäudekomplexes ein sehr viel besserer sein könnte.

Zum 2. scheint mir interessant zu sein, daß hier bei der Errichtung dieser drei zusätzlichen Säle, zusammen mit dem bestehenden Stadttheatersaal, dem Programm kino und mit dem vorhandenen Stadtsaal, wenn es noch dazu dafür einen Investor gäbe und wenn man bei der Einrichtung und Bestuhlung dieser Räumlichkeiten einigermaßen intelligent vorgeht, ein Konferenzzentrum, ein Kongreßzentrum entstehen könnte, ohne daß die Stadt dafür sehr viel Geld in die Hand nehmen müßte. Das ist ansich eine langjährige Überlegung die mehrmals debattiert wurde und die eigens dafür überlegten Gedankengänge, als Stadt so etwas zu errichten, aus Tourismusgründen, haben wir leider aus finanziellen Gründen verwerfen müssen. Also, aus dieser Sicht her wäre es schon spannend. Die Verkehrsplaner meinen, daß die Begrenzung des Straßenraumes dort auch eine wünschenswerte Entwicklung wäre, vor allen Dingen, wenn das sogar möglich ist, ohne daß dort Parkplätze verloren gehen. Die rund 70 Parkplätze die dort sind könnten auf jeden Fall erhalten oder sogar mehr als kompensiert werden, mit der Errichtung einer solchen Baulichkeit. Ein weiterer Vorteil scheint mir zu sein, daß natürlich auch die Gastronomie, die dort ein etwas kümmerliches Dasein fristet, attraktiviert werden könnte, weil sich durch diesen Zubau eine Off-Situation ergeben könnte, die natürlich gerade auch für den gastronomischen Betrieb interessant wäre. Also, aus diesen verschiedensten Gründen sehe ich eigentlich dieses Projekt prinzipiell sehr positiv. Mit Fragezeichen zu versehen ist, in welcher Weise eine Finanzierung stattfindet, in welcher Weise ein Vertrag mit Investoren, momentan ist nur der Herr Röber bekannt, abgeschlossen werden kann, der der Stadt auch in Zukunft die Verfügbarkeit über diesen Gebäudekomplex sichert. Fest steht, daß wir mit einem Investitionsaufwand in der Gegend von 40 oder 50 Millionen Schilling rechnen werden müssen.

Dann war die Frage Mieteinnahmen. Röber bezahlt derzeit eine Monatspacht von S 18.000,--, wobei S 5.000,-- auf den eigentlichen Pachtzins, S 10.000,-- auf das Betriebskostenkonto und S 3.000,-- auf die Umsatzsteuer entfallen. Soweit dies in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit eruierbar war, entstehen der Stadt durch den Kinobetrieb keine Kosten, da diese durch die jährlichen Betriebskostenzahlungen Röbers abgedeckt werden.

Die Frage 6), „Unter welchen Konditionen ist es für die Stadt und Private möglich, das Stadtkino für Fremdveranstaltungen zu nutzen?“, kann so beantwortet werden, daß die Stadt im Pachtvertrag vom 21.8.1995 sich das Recht vorbehalten hat, an 30 Kalendertagen pro Jahr das Kino unentgeltlich für eigene Veranstaltungen nutzen zu können. Mit Röber ist vereinbart, daß von den 30 Tagen 26 Tage auf Wochentage, zwei auf Samstage und zwei weitere auf Sonn- und Feiertage fallen dürfen. Sollte darüberhinausgehend eine Nutzung durch die Stadt gewünscht werden, hat die Stadt eine Entschädigung von S 2.300,-- bzw. S 3.300,-- zu entrichten. Der höhere Betrag gelangt dann zur Auszahlung, wenn durch die Veranstaltung eine Kinovorführung entfällt.

Private können nach dem abgeschlossenen Pachtvertrag das Kino ebenfalls nutzen, wozu jedoch das Einvernehmen mit dem Pächter herzustellen ist, der eine Entschädigung hierfür festsetzen kann.

Welche Maßnahmen die Stadt setzen wird, um den Kulturgenuß Kino auch für Menschen mit Behinderung (z.B. Rollstuhlfahrer) ohne bauliche Barrieren konsumierbar zu machen, so darf ich sagen, daß bei dieser Grobplanung, mehr liegt zur Zeit natürlich noch nicht vor, selbstverständlich hier die behindertengerechte Ausführung zu tragen kommen wird und man, jedenfalls von unserer Baubehörde her, diesen Einfluß geltend machen wird.

Soweit meine Antwort zu diesem Thema und zu dieser Anfrage. Zu Punkt 3) Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich mitteilen, daß wir in einer Aufstellung über oberösterreichische Städte betreffend der Abwicklung von Behördenverfahren zur Betriebserrichtung baurechtlicher Natur bzw. Betriebsanlagen-Genehmigung absoluter Spitzenreiter sind, wenn wir uns mit den Statutarstädten vergleichen, aber auch ganz vorne liegen, wenn man den Generalvergleich mit OÖ. Städten anstellt und daß diese Erfolgsbilanz auch in höchsten Polit- und Wirtschaftskreisen hohe Anerkennung findet. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit gesagt haben. Wir werden natürlich nicht ruhen und versuchen organisatorisch noch zusätzliche Verbesserungen umzusetzen, damit es auch von der Organisation her dazu kommt, was ja auf höchster Ebene momentan diskutiert wird. Es gibt ja eine Aussendung eines Gesetzesentwurfes durch Bundesminister Farnleitner eine Einheitsbehörde zu schaffen und einen Ansprechpartner, sozusagen von der Behörde, dem Konsenswerber gegenüberzustellen. Dies würde natürlich eine organisatorische Veränderung im Rathaus mit sich bringen und wir beschäftigen uns damit zur Zeit, wie dieser Überlegung entsprochen werden kann. Das Gesetz wird wahrscheinlich kommen. Es wird von der Wirtschaft massiv verlangt. Es ist auch plausibel, daß die Leute nicht zu sehr verschiedenen Behördenvertretern, oft bei einer Stadt oder einer Gemeinde gehen müssen. Wir sind dabei das auch organisatorisch nachzuvollziehen, was durch das Handeln der ausführenden Personen auch zur Zeit schon, wie mein Bericht und die Beurteilung zeigen, sehr positiv machen.

Die Frage Schulstadt ist auch am Schulbeginn immer wieder zur Debatte. Wir haben einen neuen Rekord aufgestellt. Wir sind jenseits der 11.000er Grenze mit den Schülerzahlen in unserer Stadt gelandet. Genau sind es 11.165 Schüler und Studenten in unserer Stadt. In den letzten 10 Jahren ist es hiebei um eine Steigerung von rund 1000 Schülern gekommen. Das Sortiment unserer Schulen ist, glaube ich, sehr abgerundet und durch die Fachhochschule und das Universitätszentrum noch nach oben aufgestockt und abgerundet worden.

Betreffs Tourismusentwicklung kann von einer absolut positiven Entwicklung berichtet werden. Wir steuern in diesem Jahr einen Rekord an, was also von allen Beteiligten wirklich sehr positiv gesehen wird. Wir haben massive Steigerungen in diesem Jahr von 10 % bei den Nächtigungen in den Hotels, wobei die 4-Stern-Betriebe am meisten davon profitieren. In Jugendherbergen und Campingplatz habe wir satte 20 %. Das ist natürlich eine großartige Entwicklung und wurde bei der Generalversammlung des Tourismusverbandes mit großer Befriedigung von allen Anwesenden aufgenommen. Natürlich werden wir diese Bemühungen fortsetzen müssen und es ist nur korrekt und vollkommen klar, daß gerade die Landesaussstellung in diesem Jahr natürlich schon einen zusätzlichen „Drive“ gebracht hat, der natürlich auf diese Zahlen schon einen Einfluß genommen hat. Weil wenn ich mir ansehe, es ist eine Verdoppelung des Trends der letzten 4, 5 Jahre festzustellen. 5 % im Schnitt waren die Steigerungen der letzten Jahre, heuer 10 %. Ich rede einmal nur von den Nächtigungen. Das zeigt, daß sich solche Großveranstaltungen doch recht positiv auswirken. Es ist natürlich auch unser Geld, das wir dabei investiert haben. Ich meine hier im Besonderen nicht nur für das Ausstellungsprojekt selbst sondern, dann noch einmal für die Bewerbung der 3 Steyrer Projekte, die wir hatten. Das ist wirklich kein hinausgeschmissenes Geld. Ich glaube, daß dieses Geld sehr sinnvoll eingesetzt wurde. Wenn wir uns überlegen, die neuesten Zahlen sind ja schon 700.000 und, daß in Steyr über 120.000 Besucher sind, haben wir also mit diesen 120.000 Schilling momentan sogar gegenüber der Leitaussstellung in Weyer die Nase vorne. Es zeigt sich also, daß hier von allen Beteiligten gut gearbeitet wurde. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei allen recht herzlich bedanken. Es war wirklich eine außerordentliche Anstrengung im Vorfeld um hier qualitätvolle Projekte zustande zu bringen aber auch während der Durchführung dieser Veranstaltung ist eigentlich sehr vieles passiert, bis zuletzt. Natürlich ist jetzt, glaube ich, der letzte Kick noch gekommen, daß nach dem Schulbeginn auch noch große Schülerzahlen, die jetzt noch in die Ausstellungen drängen, weil am 2. November Schluß ist, werden dieser Bilanz auch noch gut tun. BMW ist natürlich mit rund 80.000 Besuchern absoluter Spitzenreiter. Ich war selbst gerade diese Woche bei BMW und habe gesehen und mitgeteilt bekommen, daß die im ¼-Stunden-Takt die Gruppen durchführen und den Andrang kaum beherrschen können. Das zeigt also, daß alle sehr gut unterwegs sind. Auch unser, hauptsächlich städtisches Projekt kann man schon sagen, IndustrieForum hat die 10.000er Marke bei den Besuchern überschritten.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich berichten, daß die Arbeitslosenquote im September 1998 5,9 % betragen hat. Gegenüber dem Vormonat gleich geblieben ist. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres sich um 0,4 Prozentpunkte verringert hat.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen hat im September 2.428 betragen. Hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,7 % oder 147 Personen verringert.

Im September 1998 waren 326 offene Stellen gemeldet.

Ganz zum Schluß möchte ich noch sagen, daß wir als Magistrat eine Broschüre aufgelegt haben. Und zwar eine Hilfe für Veranstalter. Für die Funktionäre von Vereinen, die hier in unserer Stadt Veranstaltungen durchführen, eine Check-Liste, in welcher Weise sie vorgehen sollen, um die entsprechenden Formalitäten optimal und ohne langes Fragen erledigen können. Ich habe festgestellt, daß es von den Funktionären, die bei den Vereinen ja oft wechseln und daher eine solche Hilfestellung benötigen, sehr gerne angenommen wird.

Unter Punkt 4) möchte ich sie bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit der Gemeinderatstagesordnung ausgesendet wurden, zur Kenntnis zu nehmen und würde nunmehr den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben, um in die Verhandlungsgegenstände eingehen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe heute nur zwei Anträge zum Vortrag zu bringen. Der eine beschäftigt sich mit der Flächenwidmungsplanänderung Nr. 99. Es handelt sich dabei, zum besseren Verständnis, um das Bauhaus und im Vorfeld um die Veränderung der Widmung in Geschäftsgebiet, weil dort diese Ausbauvorstellungen herangetragen wurden. Der Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung lautet, in dem Fall schon in der zweiten Weiterleitung, weil im Stadtsenat ist es bereits einstimmig beschlossen, daher Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) BauGru-47/97 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 99 - Bauhaus; Widmung in Geschäftsgebiet.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 99 - Bauhaus - Widmung in Geschäftsgebiet - wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 16. Jänner 1998 sowie nach Maßgabe des vorliegenden Amtsbericht der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 22. September 1998 beschlossen.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Das war der Wortlaut des Stadtsenates, heute bitte ich um die Bestätigung im Gemeinderat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Stadt- und Gemeinderates, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Herr Bürgermeister hat gerade zuerst in seinen ersten Worten gesprochen, daß in Steyr Geschäftserrichtungen, Umwidmungen oder Betriebsgewerbeverhandlungen besonders schnell gehen. Dieser Amtsbericht bescheinigt, daß bereits am 18. August 1997 die Betreiber des Bauhaus Depot GesmbH Steyr einen Antrag auf Umwidmung gestellt haben. Wir sind jetzt 14 Monate danach, um diesen Antrag hier im Gemeinderat nachzukommen. Es war Ausgangspunkt für die Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes, daß Flächenwidmungen im Vorhinein und nicht im Nachhinein kommen. Ausgangspunkt war, insbesondere im Bereich Tabor Resthof, die Entwicklungen der letzten 20, 30 Jahre, die uns alle überholt haben, daß Betriebsbauten mit Wohnbauten, mit Geschäften nicht zusammenpassen. Weder von der Infrastruktur noch von der Wohnqualität und insbesondere von der verkehrlichen Seite her. Dieser Antrag ist auch aus drei Gründen bemerkenswert. Ich möchte aber vorausschicken, daß wir selbstverständlich dem Antrag die Zustimmung geben, aber wenn man hier im Amtsbericht liest: Bekannte oder zusätzlich zu erwartende Immissionsbelastungen aus dem Umgebungsbereich auf die Umwidmungsfläche sind keine neuen zu erwarten. Desgleichen sind keine zusätzlichen Emissionsbelastungen auf den Umgebungsbereich abzusehen. Ich denke, wenn 4.630 m² zusammenhängende Verkaufsflächen hier geschaffen werden, dann wird es sehrwohl der Fall sein. Das 2. ist, daß ein Linksabbiegestreifen auf der B 115 für die Zufahrt bei km 19,650 sowie die Errichtung eines Fahrbahnteilers auf der verbleibenden Verziehungsstrecke in diesem Bereich errichtet werden soll. Hier handelt es sich um eine Bundesstraße. D.h., die Stadt Steyr hat nur maginalen Anteil darauf, aber, auch wenn hier ein Linksabbiegestreifen errichtet wird, auf einer Bundesstraße, ist das nicht besonders gut für die Verkehrsführung. Wir haben dort schon eine extreme Belastung des Kreisverkehrs, der bis jetzt immer noch ganz gut funktioniert, aber sie alle wissen und kennen die Problematik des Einkaufszentrums Hofermarkt, die Ausfahrt. Wer jemals die Ausfahrt über die Haratzmüllerstraße auf den Kreisverkehr versucht hat, weiß wovon ich spreche. Das 3. ist, aber das muß eben auch der Betreiber des Bauhauses sehen, ob eine Tiefgarage, die ja hier errichtet werden soll, die Kunden derartig anlockt, wenn solche ähnlichen Baumärkte an der Peripherie oder noch im Stadtgebiet errichtet werden. Dann komme ich zum letzten Punkt, was mich eigentlich zu dieser Wortmeldung veranlaßt hat. Sie alle wissen, oder die Kolleginnen und Kollegen die im Stadtentwicklungsausschuß sind, daß es hier einen Antrag auf Umwidmung eines 20.000 m² großen Grundstückes im Bereich Kreuzung Ennser Straße, August-Moser-Straße von Grünland in Geschäftsgebiet, für Fachmärkte mit einer max. Verkaufsfläche von 10.000 m², gibt. Hier hat der Ausschuß diesem Antrag nicht zugestimmt. Es steht hier: „Es wird infolge des stadtplanerischen Erfordernisses zur vorzeitigen Bedarfsprüfung, Einkaufsverordnung, nicht zugestimmt.“ Warum ich damit ein Problem habe ist, nicht weil ich jetzt nicht den Beschluß nachvollziehen möchte, sondern, daß man auf der einen Seite, wenn man etwas durchsetzen will um eine rasche Umsetzung zu garantieren, allen notwendigen Erfordernissen nicht nachkommt. Wie z.B. Gestaltungsbeirat oder Farnleitnerverordnung. Wenn man hier Regularien einsetzen würde, die hier greifen würden, die für alle unter gleichen Bedingungen kommen würden, dann wäre das für die Stadt Steyr sicherlich gut. Die älteren Kollegen, ich meine jetzt an Gemeinderatsjahren, werden mir auch bestätigen, wie hier Prof. Breitling damals gesagt hat, wie wir die Diskussion Steyrdorf gehabt haben, hier an dieser Stelle hat er gesagt, bei der Verdoppelung Tabor-Einkaufsland: „Diese Verdoppelung des Tabor-Einkaufslandes wird den umliegenden Geschäften in Steyrdorf das Mark aus den Knochen ziehen.“ Originalzitat Prof. Breitling. Wir haben jetzt Interspar in Bau bzw. in den ersten Bauphasen und hier

wird jetzt, ohne daß dieses Projekt im Gestaltungsbeirat war, ein riesiges Einkaufszentrum errichtet. Da spielen plötzlich Innenstadtarbeitsplätze keine Rolle. Wir wissen alle, daß solche Einkaufstempeln an den Peripherien oder noch an den Ausfallstraßen gerade in der Innenstadt Arbeitsplätze vernichten. Wenn sich nun so ein Betreiber dann beschwert und beim Bürgermeister vorstellig wird, das war auch der Grund, jetzt komme ich dann zum Punkt Herr Bürgermeister, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ach so, darum brauchen sie so lange, weil sie vorher solche Kurven machen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, man muß die ganze Geschichte beleuchten. Dann wird im gesagt, wir wären eh für diese Umwidmung an der Ennser Straße, August-Moser Straße gewesen, aber nur, wissen sie wir haben so eine böse Opposition. Der Dr. Pfeil ist dagegen. Der ruft mich dann an und fragt mich, warum ich das mache. Ich habe ihm nur gesagt, daß ich gar nicht in diesem Ausschuß bin, also kann ich auch gar nicht dagegen sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So wird in Steyr offensichtlich immer noch Politik gemacht. Ich glaube, man sollte das langsam aufhören. Wenn man etwas will, dann sind alle Verfahren auf die Seite geschoben, wenn man etwas nicht will, dann ist die böse Opposition schuld. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Gemeinderat Stieglitz. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sehr verehrte Presse. Es stimmt, ich sitze im Ausschuß drinnen, in diesem Stadtentwicklungsausschuß und ich beziehe mich jetzt auf diverse Umwidmungsabstimmungen die wir in diesem Jahr gemacht haben bzw. gerade auf den letzten Stadtentwicklungsausschuß. Meine Forderung geht dahingehend, daß wir uns wirklich jetzt einmal in Steyr Gedanken machen sollen, daß wir einmal Richtlinien machen, unter welchen Kriterien sind wir dafür, daß sich Betriebe ansiedeln und unter welchen Voraussetzungen legen wir ihnen sogar Hindernisse in den Weg. Weil schön langsam bekommen wir in Wien und auch über die Grenzen von Österreich hinaus einen Ruf, daß man in Steyr zwischen Firmen, die der Stadt Steyr sympathisch sind und Firmen, die der Stadt nicht sympathisch sind, unterscheidet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mir ist der Herr Proyer nicht unsympathisch.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Bei uns sollten einmal Richtlinien geschaffen werden, wo eindeutig definiert wird, keine Kann-Bestimmung, daß so ein Projekt in dieser Größe, in dieser Lage, dem Gestaltungsbeirat unterzogen zu werden hat. Und nicht ein Gummiparagraph mit „Kann“, wo man es sich wieder richten kann, wie man will. Ich glaube, das ist einfach der falsche Weg. Schön langsam redet es sich durch, ich möchte das noch einmal betonen, daß es in Steyr sehr, sehr schwierig ist, daß man sich ansiedelt. Eines tut mir auch sehr weh. Im letzten Stadtentwicklungsausschuß speziell die Umwidmung von dieser Fläche auf der Ennser Straße, das Thema war. Bei der Interspar hat man einen Kniefall gemacht. Da hat man das Kerngebiet auf die Ennser Straße hinaus ausgedehnt. Ein paar hundert Meter weiter sind wir plötzlich nicht mehr im Kerngebiet. Da sind wir in der peripheren Lage, da müssen wir die Farnleitnerverordnung zuerst prüfen. Ich glaube, so geht es nicht. Ich fordere, daß es jetzt einmal Richtlinien in der Stadt Steyr gibt, unter welchen Kriterien sich jemand ansiedeln kann oder nicht. Das würde nämlich unserem Image sehr viel beitragen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Mayrhofer. Bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ruft eigentlich ein bißchen nach Entgegnung, weil da einfach Sachen, erstens einmal miteinander verquickt werden, die nichts miteinander zu tun haben und zweitens hier wirklich auch Unwahrheiten ausgesprochen wurden. Ich glaube, der Ausgangspunkt ist das Bauhaus und für das Bauhaus wurde sehrwohl natürlich auch der Gestaltungsbeirat eingeschaltet. Das war auch der Grund, warum es länger gedauert hat, weil in Absprache mit der Firmenleitung auch gewisse Änderungen gemacht wurden. Man darf auch dort nicht vergessen, es geht nicht um die Neuhinzunahme einer Fläche sondern daneben ist schon ein Gewerbebetrieb und hier erfolgt eine Erweiterung dieses Bauhauses. Das Bauhaus ist in ganz klar deklarierten Ortskerngebiet. Als wir das erste Mal mit der Farnleitnerverordnung konfrontiert wurden, haben die Verantwortlichen des Stadtentwicklungsausschusses und die Beamtenschaft ein Modell entwickelt, was ist bei uns in Steyr Ortskerngebiet. Das ist ganz klar definiert worden, Herr Stieglitz. Mit genauen Straßenbezeichnungen, von wo bis wohin das

Ortskerngebiet geht. Das was sie jetzt wollen, ist eine Anlaßgesetzgebung. D.h., kommt einer der etwas will, dann verschiebe ich die Grenzen einmal nach außen, einmal nach innen, wie es mir gerade irgendwie paßt.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Wie bei Interspar.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Bei dem neuen Objekt, das hier angesprochen wurde, war es ganz klar. Es liegt außerhalb des Ortskerngebietes. Infolge dessen ist die Farnleitnerverordnung hier anzuwenden und das haben wir gemacht. Wir haben gesagt, wir stellen diesen Antrag zurück, bis abgeklärt ist, ob es im Einklang mit der Farnleitnerverordnung ist, ob hier nicht zuviel Kaufkraft vom Stadtzentrum abgezogen wird. Das ist ganz klar. Wir haben die Richtlinien definiert. Wir halten uns an die Richtlinien. Jetzt müssen sie mir wirklich nur noch sagen, was wir sonst noch machen sollen. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Mir geht es genauso wie dem Kollegen StR Mayrhofer. Diese Aussagen von Vzbgm. Dr. Pfeil und Kollegen Stieglitz rufen nach einer Entgegnung. Gerade deshalb, weil wir im Stadtentwicklungsausschuß beide Themen, sowohl Bauhaus als auch diese Umwidmung auf der Ennser Straße, sehr genau behandelt haben. Es ist bereits einiges gesagt worden. Beim Bauhaus war es eindeutig ein Gestaltungsproblem. Da ist zu Beginn ein Plan vorgelegen, den wir einfach nicht akzeptieren konnten, der nicht vollständig und im Aussehen nicht schlüssig war. Außerdem ist diese Erweiterung erst jetzt spruchreif geworden, da dieses Gebäude erst vor kurzem frei geworden ist. Was mich aber viel mehr stört ist diese Aussage zur Ennser Straße und speziell von den Freiheitlichen. Hier werden einfach Äpfel mit Birnen vermischt. Man kann doch von einem Gemeinderat verlangen, daß zwischen einer Nahversorgungseinrichtung und einem Fachmarktzentrum unterschieden wird und, daß die Farnleitnerverordnung die sehrwohl bei Interspar gemacht wurde, da haben wir ja die Kerngebiete eingeteilt und wir haben ja im Stadtentwicklungsausschuß über diese Kerngebietsabgrenzung gesprochen, einfach für dieses Gebiet nicht zutrifft. Was mich aber am meisten stört ist, daß wir einen Flächenwidmungsplan haben, daß wir ein Stadtentwicklungskonzept haben und wir hier ganz genau Grünland- und Baulandnutzungen festgelegt haben. Dieses Gebiet, von dem hier gesprochen wird, liegt derzeit im Grünland, obwohl es erweiterbar wäre. Aber es ist Grünland. Ganz eindeutig. Mich wundert nur, und ich frage mich auch, von wo jetzt dieses Ansinnen kommt, einen Baumarkt oder was auch immer, denn das war uns im Stadtentwicklungsausschuß nicht wirklich bekannt, ob das jetzt ein Baumarkt oder etwas anderes wird, es hat nur von Investoren das Ansinnen gegeben, aber daß sozusagen die Freiheitlichen hier fordern, einen Baumarkt anzusiedeln, wo größte Konkurrenz für die heimischen Baumärkte, ich spreche vom Weindl, vom Bauhaus, Gründer etc., in Steyr bereits durch diesen Fachmarktzenter in Dietach gegeben ist. Da wollt ihr eine Umwidmung für ein weiteres Bauhaus in Steyr haben. Da frage ich mich wirklich, wo euer Einsatz für die heimische Wirtschaft ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Stieglitz. Zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Andreas. Ich möchte das schon definieren und klarstellen. Ich habe mich beim Stadtentwicklungsausschuß meiner Stimme enthalten. Ich habe hier kein Wort erwähnt, daß ich für die Ansiedlung dieses Praktikers oder Baumarktes, wie du es nennst, bin. Das Einzige was ich gebeten und gefordert habe war, daß wir endlich in dieser Stadt Kriterien und Richtlinien schaffen, die fair sind und nach welchen sich die Wirtschaft orientieren kann und nicht, daß man es sich so richtet, wie man es gerade braucht, weil dann wird sich die Wirtschaft einmal nicht mehr auskennen, was in Steyr los ist? Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben ein Stadtentwicklungskonzept und die Wirtschaft wird sich sehrwohl auskennen. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Auf das, was bisher von meinen Vorrednern gebracht worden ist, möchte ich gar nicht näher eingehen. Für mich stellt sich nämlich ein anderes Thema. Ich habe bereits in der letzten Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen, daß es mir etwas zuviel wird, mit jenen Anträgen, die der Gemeinderat im Nachhinein beschließt und wo aufgrund von Dringlichkeit der Stadtsenat schon längst entschieden hat und die Umsetzung zum Teil auch bereits erfolgt ist. D.h., daß der Gemeinderat eigentlich nur mehr ein nachträgliches Vollzugsorgan ist und hier irgendwo sehr stark degradiert wird. Wenn ich mir heute die Tagesordnung ansehe, sind es wieder 20 Anträge. Von diesen 20 Anträgen sind 5 Anträge bereits wegen Dringlichkeit beschlossen bzw. umgesetzt worden. Das bedeutet, daß bei einem $\frac{1}{4}$ dieser Anträge, die heute auf der Tagesordnung stehen, die Sache ja ohnedies bereits gelaufen ist. D.h., wir haben keinerlei Möglichkeit, als einfache Gemeinderäte, den Stadtsenat nehme ich dabei aus, irgendetwas zu verändern. Diese Tatsache, weil es mir heute wirklich ein bißchen zuviel ist, $\frac{1}{4}$

dieser Anträge nur mehr so im Nachhinein beschließen zu dürfen, nehme ich zum Anlaß, mich bei allen Anträgen, die heute aufgrund von Dringlichkeit, wo ich heute nur mehr die Möglichkeit im Nachhinein habe dafür oder dagegen zu stimmen, werde ich mich der Stimme enthalten. Ich werde es nicht tun, weil ich mit dem Inhalt des Antrages nicht einverstanden bin, das ist reiner Zufall, daß es diese Anträge heute sind, aber ich werde mich jeweils der Stimme enthalten. Das gilt für die Tagesordnungspunkte Nr. 1,8,9,10 und 19. Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten werde ich mich dann im Regelfall auch gar nicht mehr melden. Ich möchte ihnen dazu nämlich zur Kenntnis bringen, daß es im Stadtstatut eine genaue Zuständigkeitsregelung des Stadtsenates und des Gemeinderates gibt. Da gibt es einen Passus, daß der Stadtsenat berechtigt ist, in Angelegenheiten, die eigentlich in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen, anstelle des Gemeinderates entscheiden kann und zwar dann, wenn die Entscheidung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit ihrer Natur nach einer sofortigen Erledigung bedarf. Wenn ich mir z.B. gerade den ersten Antrag ansehe, dann ist ja heute schon gefallen, daß eigentlich das ursprüngliche Ansuchen vom Baumarkt am 18.8.1997 war. Dann sehe ich am Antrag, am Amtsbericht, 22. September 1998. Auf der Rückseite dieses Antrages steht dann, entsprechend den Bestimmungen des OÖ. Raumordnungsgesetzes fällt die Beschlußfassung in die Zuständigkeit des Gemeinderates. Da aber in nächster Zeit keine Gemeinderatssitzungen stattfinden etc., darf vorgeschlagen werden, daß in dieser Angelegenheit der Stadtsenat infolge Dringlichkeit entscheidet. In nächster Zeit, na ja, es waren 5 Wochen bis zu dieser Gemeinderatssitzung. Ich würde mir in Zukunft wirklich wünschen, daß die zuständigen Ausschußvorsitzenden, die zuständigen Stadträte einfach ihre politische Arbeit so planen, daß Anträge, die in den Gemeinderat gehören, auch zeitgerecht in den Gemeinderat gehören und, daß man nicht immer im Nachhinein unter diesen Terminus „Dringlichkeit“, der sehr dehnbar ist, entscheidet und deshalb in diesem Fall, heute, bei einem ¼ der Anträge eine Enthaltung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Zuerst möchte ich zur Frau Frech kommen, die uns ja wieder einmal eine Standpauke gehalten hat, weil wir...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Einer muß es ja tun!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Daß halt doch eine Reihe von Dingen, für ihren Geschmack zuviel, im Stadtsenat schon beschlossen wurden. Das ist richtig, daß eine Reihe von Dingen im Stadtsenat beschlossen werden. Eine Steigerungsform gibt es auch noch, wird auch manchmal angewendet, das ist die Bürgermeisterverfügung. Nicht, weil ich das so gerne möchte sondern, weil ein Stadtsenatsmitglied eben feststellt, daß etwas so dringend ist, daß es nicht mehr auf die Sitzung warten kann und mich bittet und ersucht, daß ich so eine Verfügung durchführe und die dann dem Stadtsenat zur Beschlußfassung vorlege. Auch das geschieht. Man kann das natürlich so sehen, wie sie das sehen. Ich akzeptiere auch ihre Sicht der Dinge. Das hängt auch damit zusammen, daß sie nicht im Stadtsenat sitzen, was vollkommen klar ist, daß sie da einen anderen Zugang haben. Man kann aber das noch anders betrachten. Wenn ich die Generallinie der Liberalen in Österreich hernehme, dann ist doch der Hauptgrund ihres Entstehens der gewesen, daß man liberalisiert und dereguliert und weniger Bürokratismus macht. Wir können natürlich bei jedem Thema, sehr geehrte Frau Kollegin Frech, bei jedem Thema, und zwar mühelos, noch zwei Monate Diskussionsphase miteinplanen. Das wäre ansich kein Problem, aber das würde mir als Bürgermeister viel zu langsam gehen. Wenn wir berichten können, was heute wieder einmal möglich war, weil wir in den Medien sogar sehr positiv, wegen unserer Behördenverfahren usw., aufgeschienen sind und der Herr Wirtschaftslandesrat bis Brüssel mit unseren behördlichen Verfahren herumgeht, in positiver Weise, um darauf hinzuweisen, daß das in Österreich auch möglich ist, dann sollten wir das schon richtig einschätzen und richtig werten. Sie müssen sich schon die Tagesordnungspunkte, die sie dankenswerter Weise angeführt haben, näher betrachten. Der 1) Punkt, Flächenwidmungsplanänderung. Herr Dr. Pfeil hat mich kritisiert, weil ich gesagt habe, es geht so schnell und in diesem Fall ist es nicht so schnell gegangen. Man muß dazu sagen, warum es nicht so schnell gegangen ist, weil wir sehrwohl, trotz der Schnelligkeit der Durchführung von Behördenverfahren, auf die Qualität dieser Verfahren wert legen. Auf die Anrainer wert legen und die Position, die sie haben. Das Bauhaus wollte dort einen Turm aufstellen, höher als 20 Meter. Bauhaus wollte auch mindestens 15 Mal „Bauhaus“ auf dieses Gebäude schreiben. Das waren Gestaltungsfragen, die im Gestaltungsbeirat nicht akzeptiert wurden. Es waren mühsame Gespräche erforderlich die von ihrer Werbephilosophie abzubringen. Es ist doch hier auch der Rede wert, glaube ich, zu sagen, daß die Frage des Verkehrs, die sie zu Recht angeschnitten haben, Herr Dr. Pfeil, natürlich genau beobachtet wurde, daß die Einfahrt nach Meinung der Fachleute dort nicht am richtigen Platz war und, daß hier Veränderungen durchgesetzt wurden. Sowohl was die Gestaltung anbelangt als auch die Verkehrsregelung und auch noch die Gestaltung dieses kleinen Hanges, dieser Grünböschung am Rande der Straße, welche die Herrschaften verbauen wollten. All das hat Zeit in Anspruch genommen, weil sie halt hier nur sehr schwer zu bewegen waren, unsere gestalterischen Anforderungen zu akzeptieren. Wir haben aber diese Vorstellung letzten Endes umgesetzt und als sie endlich bereit waren, das hat sehr lange gedauert, haben wir gesagt, jetzt ist dieses Projekt aus unser Sicht in der gewünschten Qualität. Wenn das so ist, dann kann es auch beschlossen werden und dann wollen wir nicht mehr den Bauwerber, der ohnehin schon ein Jahr fast verloren hat, nicht mehr weiter hinhalten, weil es ist ja ohnehin in den Ausschüssen diskutiert worden. Im Bauausschuß, im

Planungsausschuß und die sich interessiert haben, waren auch noch im Gestaltungsbeirat und haben das gesehen. Es ist ja nicht so, daß das neu für uns ist. Daher unterstelle ich ihnen, daß sie einen übermäßigen Formalismus an den Tag legen, wenn es ihnen gerade hineinpaßt. Es trifft auch auf andere Punkte zu, die sie gerade genannt haben. Der Punkt 8) - Erneuerung der Lichtsignalanlage bei der Dukartstraße, Eisenstraße, T-Knoten-Eybl - ja bitte, wie lange wollen sie denn über die Ausführung einer Lichtsignalanlage debattieren? Jetzt wird dieses Bahnhofsüberbauungsding fertig und wir brauchen diese Anlage. Das weiß jeder und jeder wird uns zustimmen und keiner will eigentlich darüber diskutieren. Jetzt haben wir Dringlichkeit gesagt, weil die Ampel muß ja bestellt und in Gang gesetzt werden. Wir wissen alle, daß diese Ampel dort am Ende ihrer Möglichkeiten ist. Oder, wenn wir endlich nach vielem juristischen hin und her, bei der Frage des Verkaufes eines alten Hauses, oder Anteiles, in Leipzig mit Dringlichkeit beschließen, was wollen sie da dagegen sein oder was wollen sie lange darüber debattieren? Wir sind froh, daß wir uns davon jetzt lösen können. Jahrelang war das sowieso nicht möglich, da hat eh zuerst der „Eiserne Vorhang“ niedergehen müssen, daß wir das überhaupt geschafft haben. Ich kann auch die Restaurierung Hoffassade und diese Dinge unter diesem Aspekt betrachten. Na, hätten wir die Baustelle stehen lassen sollen und warten, bis es noch mehr regnet, so wie jetzt, damit wir die Pflasterung dort unten durchführen. Wir haben es mit Dringlichkeit beschlossen. Ähnlich ist es natürlich auch mit dem Autobusbahnhof Bahnhofstraße, Vergabe der Arbeiten für die statische Bemessung für das Flugdach. Ja bitte sehr, man kann nicht auf der einen Seite in den Zeitungen schreiben, was wir nicht alles verschlafen haben und auf der anderen Seite sich hier im Gemeinderat herstellen und sagen, wir haben jetzt mit Dringlichkeit beschlossen, damit der Bahnhof dort drüben fertig wird. Eine Schweinerei, so auf die Art. Udemokratisch und gegen die Interessen des Gemeinderates. Das paßt nicht zusammen Frau Kollegin und das müssen sie sich halt doch auch noch mitüberlegen. Da haben wir nichts böses getan, alles ist in den Ausschüssen lang und breit diskutiert worden. Es geht aber um die Rechtsform, damit der Magistrat in die Lage versetzt wird seine Aufgaben zu erfüllen und Bestellungen, Ausschreibungen etc. vorzunehmen. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen. Im übrigen bedanke ich mich, daß hier zwei Redner versucht haben, den Hergang im Planungs- und Bauausschuß zu berichten, wie das wirklich auch aus meiner Sicht war. Da scheint die Mehrheit sich doch anders zu erinnern. Man muß einfach auseinanderhalten und es ist in Wirklichkeit unseriös, eine Neuwidmung von Grünland für Supermarkt oder Fachmarkt in einer Debatte abzuhandeln über den Erweiterungsbau eines Bauhauses im Kerngebiet. Das miteinander zu verquicken, ist eine Melange, die nicht in Ordnung ist. Das kann man so nicht verquicken. Dort geht es um die Erweiterung, die uns lange bekannt war und wo das Autohaus Sommer, mittlerweile auch im Gestaltungsbeirat, schon lange den Betrieb an der Seifentruhe aufgenommen hat und jetzt dieses Erweiterungsvorhaben im Kerngebiet vorgenommen wird. An der Ennser Straße geht es darum, daß im Grünland eine Widmung für den Fachmarkt stattfinden soll, mit all den Auswirkungen. Ich habe natürlich nicht gesagt, Herr Dr. Pfeil, weil sie das so explizit angesprochen haben, „der böse Dr. Pfeil“. Ich habe das nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So ist mir das berichtet worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe sie schon zitiert, wörtlich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also doch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit einem Zitat, daß ich heute wiederholen kann und das sie, ich weiß es nicht mehr genau, entweder im Planungsausschuß oder war es in einer gemeinsamen Klausur des Stadtsenates, vielleicht voriges Jahr oder zum Stadtentwicklungskonzept, jedenfalls erinnere ich mich, daß ich erzählt habe, daß es hier Makler gibt, die Handelsbetriebe, überwiegend aus Deutschland, bei uns ansiedeln möchten und wir eine Reihe von solchen Anfragen haben. Die wollen sich halt aufgrund ihrer Marktforschungen hier hersetzen. Das habe ich erzählt. Sie haben dort dann gesagt nur über ihre Leiche sollen die sich da hersetzen. Ich habe dann gesagt, das haben wird dann noch einmal im Bauausschuß, unten im Knapp am Eck, debattiert, wir müssen uns das wirklich genau überlegen. Insofern gebe ich ihnen Recht Herr Stieglitz. Wir müssen uns überlegen, ob wir sagen, in Steyr keine Ansiedlung von Handelsgeschäften. Dann werden sich die Herrschaften trotzdem ansiedeln, weil hier 4 Milliarden oder so sind, weil sie glauben, daß sie ihre Produkte verkaufen können und sie werden sich in Dietach oder am Stadtrand nach Sierning oder in Wolfen oder sonst wo ansiedeln. Na sie werden schon herkommen, wenn sie da die 4 Milliarden spüren und wenn sie glauben sie können das verkaufen und die Bürgermeister der Umlandgemeinden werden sich die Hände reiben. Auf der anderen Seite ist es schon zutreffend, daß noch ein Baumarkt und noch ein Baumarkt nicht sehr phantasievoll in meinen Ohren klingt. Ich habe das auch den Herren gesagt, die das gegenständliche, von euch heute da auch angesprochene Projekt an der Ennser Straße, vertreten haben. Ich habe gesagt, noch ein Baumarkt, noch ein Baumarkt, das reizt uns nicht so nährisch und reißt auch niemanden wirklich vom Hocker von den politisch Verantwortlichen. Macht einmal einen Gärtnermarkt, den gibt es nämlich noch nicht. Da fahren die Steyrer nach Traun zum Bella Flora weil wir das wirklich nicht haben. Es gäbe wahrscheinlich auch noch andere Marktnischen, die interessant wären und wo sie auch mit der Farnleitnerverordnung nicht in Konflikt geraten, weil es da noch nicht so vertreten ist. Ich habe natürlich gesagt, daß auch im Gemeinderat unterschiedliche Positionen sind. Nämlich die Frage Stadtplatzcity, Kaufleute, die jede Betriebsaktivität am Rande der Stadt halt als Bedrohung empfinden. Das ist vorhanden und wir haben die Debatte x-mal gehabt. Wir können das in Wirklichkeit wahrscheinlich eh nicht aufhalten, aber vielleicht kann man es ein bißchen in

eine Richtung bringen. Das sollte doch ernsthaft und ehrlich diskutiert werden und nicht immer noch und noch sagen, eine Verdoppelung der Quadratmeter bei Interspar. Nicht das jetzt noch sagen. Bitte, es ist eine Erweiterung von 5.000 auf 8.000 m². Seid so nett und rechnet nicht immer die Garage dazu. Jetzt haben wir so oft darüber debattiert und ihr seid alle dabei gesessen, daß ich nicht glauben kann, daß ihr das nicht wider besseren Wissen tut. Das ist nicht in Ordnung. Dort ist es um einen alten Supermarkt gegangen, der schon immer da war, der wahrscheinlich einer der ersten überhaupt in Steyr war und wo das Areal von einem Unternehmen gekauft wurde, natürlich mit dem Zweck, wieder den Supermarkt zu errichten und das ist ein Unterschied, ob ich im Grünland rede oder dort, wo es schon war. Daher möchte ich nur bitten, meine Damen und Herren, diese Dinge sind in Wahrheit sehr ernst, weil Existenzen unter den Kaufleuten sicher davon betroffen sind, aber sie wenigstens seriös zu debattieren und vor allen Dingen die Zahlen richtig zu interpretieren, weil sonst reden wir immer aneinander vorbei. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt, meine Damen und Herren, betrifft eine Resolution gegen die Erweiterung der Sonntagsarbeit. Wird gewünscht, daß ich die Resolution verlese oder ist sie ausreichend studiert worden. Wir haben sie auch im Stadtsenat bereits beschlossen. Aber nicht mit Dringlichkeit, Frau Kollegin Frech. Wenn vorausgesetzt werden kann, daß die Resolution den Damen und Herren des Gemeinderates bekannt ist, dann kann darüber schon debattiert und dann der Beschluß gefaßt werden.

Präs-460/98 Resolution gegen die Erweiterung der Sonntagsarbeit.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund laufender Diskussionsbeiträge verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen zum arbeitsfreien Sonntag und der möglichen Aushöhlung der in Österreich bestehenden Feiertage setzt sich der Gemeinderat der Stadt Steyr eingehend mit dieser gesellschaftspolitischen relevanten Thematik auseinander und beschließt nachstehende

RESOLUTION:

Die Stadt Steyr erhebt Einwand gegen eine zusätzliche Erweiterung der Sonntagsarbeit und begründet dies wie folgt:

Seit dem Parlamentsbeschluß vom 19. März 1997 kann in Österreich aus wirtschaftlichen Gründen von den Kollektivvertragspartnern Sonntagsarbeit genehmigt werden. Die ersten Genehmigungen wurden bereits erteilt und der Gemeinderat der Stadt Steyr ist der Auffassung, daß hiebei gerade den Interessen der Arbeitnehmer besonderes Augenmerk zugewendet werden muß.

Die „Austrian Business Agency“ als Beratungsunternehmen der Österreichischen Regierung wirbt deutsche Investoren mit folgender Anzeige: „Sonntagsarbeit ohne Zuschlag - Beschäftigung rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr - das ist mit der Flexibilisierung der Arbeitszeiten in Österreich möglich. Sonntagsarbeit ist demnach genehmigungspflichtig, aber die neuen Regelungen bieten großzügigen Spielraum: 7-Tage-Schichten werden bewilligt, wenn technische oder wirtschaftliche Notwendigkeiten nachweisbar sind.“

Diese Bewerbung des österreichischen Standortes drückt klar und deutlich aus, daß die Bewilligung der Sonntagsarbeit nur an technischen und wirtschaftlichen Interessen gemessen wird, menschliche, soziale, kulturelle, politische, sportliche oder religiöse Interessen jedoch demgegenüber vollkommen in den Hintergrund zu treten haben.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hält daher fest, daß der arbeitsfreie Sonntag für alle Gruppierungen, die im kulturellen, religiösen, sportlichen, sozialen und politischen Bereich tätig sind, eine unverzichtbare Grundlage darstellt. Die Ausweitung der Sonntagsarbeit in gesellschaftlich nicht notwendige Bereiche bedeutet einen gravierenden Einschnitt in das Gefüge der Gesellschaft, sodaß sich der Gemeinderat der Stadt Steyr für die Beibehaltung des arbeitsfreien Sonntages in all jenen Bereichen einsetzt, die nicht unmittelbar dem Leben dienen.

Ebenso sind die in Österreich bestehenden gesetzlichen Feiertage außer Streit zu stellen, da sie ein Spiegelbild unserer Kulturgemeinschaft darstellen und zu einer gelebten Lebensqualität auch zwischenmenschliche Beziehungen, die in der Familie, den vielen Vereinen, Kirchen und Institutionen angeboten werden, zählen. Nur ein Mensch mit intakten Sozialbeziehungen ist auch entsprechend leistungsfähig, während umgekehrt die Abschaffung des arbeitsfreien Sonntages die enorme Gefahr der Zerstörung persönlicher Beziehungsgeflechte mit sich bringt.

Aus diesem Grunde spricht sich der Gemeinderat der Stadt Steyr einhellig für die Beibehaltung des arbeitsfreien

Sonntages aus. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Nur ganz kurz ein paar Worte zu einem doch sehr wichtigen Thema. Es ist selbstverständlich alles zu unterstützen, das Maßnahmen oder Regulierungen fördert, daß das Wochenende für die Familien erhalten bleibt, daß die Volksgemeinschaft in gewohnter Weise am Wochenende mit ihren Aktivitäten, nicht nur im familiären Bereich, sondern auch Freizeit, Hobbys usw. und sei es auch nur der Stammtisch Sonntag vormittags, der ja auch kulturpolitisch sicher sehr wichtig ist, nachgehen kann. Ich kann aber einen kleinen Seitenhieb auf die hier anwesenden Personalvertreter, die ja hier indirekt bei den Kollektivvertragsverhandlungen erwähnt werden, nicht ganz aus der Verantwortung entlassen, weil ich würde sie einladen, daß sie demnächst bei uns die Plakate affichieren, solche Anträge zu fordern und zu beantragen, die ja durchaus in Ordnung sind, in den Gremien wo sie aber selbst Einfluß hätten, nämlich dann dort, wo ihre Gewerkschaftsfreunde auf Parlamentsebene diese Dinge dann beschließen, da hört man dann eigentlich relativ wenig. Dort werden ja eigentlich diese Dinge beschlossen, die wir dann alle herunter ausbaden müssen. Ich würde schon sagen, wenn der Kollege Bremm oder der Kollege Tatzreiter nicht gerade Gewerkschaftsaufforderungszetteln im Werk verteilt, wenn er dann mit dem Herrn Nürnberger usw. beisammen sitzt, die ja in den zuständigen Gremien, vor allem das Parlament in diesem Fall, sitzen aber auch bei den Kollektivvertragsverhandlungen auch endlich einmal auf den Tisch hauen und auch dort unsere Interessen vehement vertreten und nicht, so wie bei anderen Dingen, dann doch sehr oft diesen Dingen dann ja auch zustimmen und wir herunter können uns mit dem dann wieder beschäftigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So. Kollege StR Bremm hat sich auch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß zwar nicht genau, lieber Kollege Payrleithner, was du gemeint hast, jetzt, wo wir als Gewerkschaftsfunktionäre oder wo wir als Funktionäre vor Ort in Steyr unseren Gewerkschaftsfunktionären in Wien auf die Finger klopfen sollen. Ich glaube, gerade die letzten Meldungen aus den Zeitungen haben gezeigt, daß wir das nicht notwendig haben sondern, daß sehrwohl die Interessen der ArbeitnehmerInnen in dem Bereich sehr gut vertreten gewesen sind. Wenn du dazu meinst, daß hier eine gesetzliche Änderung vorgenommen worden ist, daß die Kollektivvertragspartner in Zukunft zuständig sind um Sonntagsausnahmegenehmigungen zu geben, dann kann man schon darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist oder nicht. Es gibt aber unsererseits schon ganz klare Positionen, wo wir meinen, daß Sonntagsarbeit, dort wo es unbedingt notwendig ist, und hier gibt es einige Begründungen, daß man dort auch der Sonntagsarbeit zustimmen kann und daß hier Sonntagsarbeit notwendig ist. Aber, daß dort in diesen Bereichen, wo es nur um zusätzliche Profite geht, und hier möchte ich gar nicht klassenkämpferisch sein, wenn es nur um zusätzliche Ausweitungen von Produktionen geht, wenn es nicht um technologische Begründungen geht, daß hier in Zukunft auch Einschränkungen so beibehalten werden sollen, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, daß hier restriktiv mit dieser Zustimmung umgegangen wird und wir wehren uns natürlich massiv dagegen. Das soll auch diese Resolution zum Ausdruck bringen, daß wir hier nicht bestimmten Entwicklungen, wie sie in Wien waren, wo man einfach gemeint hat, seitens Großkaufhäuser, das ja auch nicht unbedingt zur Freude der kleinen Kaufleute ist, daß wir einfach meinen, noch mehr die Bequemlichkeit von einer bestimmten Käuferschicht zu unterstützen und, daß man am Sonntag die Kaufhäuser offen hat um hier vielleicht noch einen größeren Spielraum zu schaffen. Ich persönlich halte davon auch, gerade was die Öffnungszeiten betrifft, und im weitesten Sinne hängen die Öffnungszeiten damit zusammen, sehr wenig, weil ich glaube, dem Großteil der Menschen ist es noch nie so gegangen, daß sie zum Einkauf zuwenig Zeit gehabt haben sondern, die meisten Menschen haben zuwenig Geld zum Einkaufen gehabt. Ich glaube, daß man gerade hier aus gesellschaftspolitischen, aus familienpolitischen Gründen aber auch aus gesundheitspolitischen Gründen, das darf dabei auch nicht außer Betracht gestellt werden, daß hier doch zumindest, ich sehe das eh auch mit einem weinenden Auge, weil vor ein paar Jahren haben wir noch gesprochen, daß das Wochenende für die Familie frei sein soll, heut reden wir davon, daß der Sonntag für die Familie frei sein soll, aber an diesen Tag sollten wir auf alle Fälle festhalten und diese Ausnahmegenehmigungen wirklich äußerst restriktiv halten und nur dort zustimmen wo es, wie ich schon erwähnt habe, technologisch unbedingt notwendig ist. Ich glaube auch hier, daß doch eine einstimmige Annahme kommt, daß das natürlich auch den Rücken der Gewerkschaften stärkt, die letztendlich die Zustimmung für Ausnahmen geben müssen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. Eigentlich war es der Kollege Bremm, der mich heute veranlaßt hat nach dem Kollegen Payrleithner, zu dieser hier vorliegenden Beschlußfassung über die Resolution gegen die Erweiterung der Sonntagsarbeit, eine Stellungnahme abzugeben.

Ansich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre es eigentlich gar nicht notwendig viele Worte zu verlieren um zu dokumentieren, daß wir Freiheitlichen uns natürlich dieser Resolution gegen die Erweiterung der Sonntagsarbeit hier in diesem Gremium anschließen werden. Unsere Abgeordneten auf Bundesebene, sei es im Nationalrat oder auch im Bundesrat haben ja bereits entsprechende Wortmeldungen und Anträge abgegeben. Aber meine Damen und Herren, wie sieht es denn in Wahrheit wirklich aus? Ich sage ihnen jetzt sehr deutlich die Wahrheit. In Wahrheit wurde nämlich bereits von der vereinigten Regierungspartei SVP die Schiene in Richtung totale Ausdehnung der Arbeitszeit auf den Sonntag gelegt. In Wahrheit bedeutet das, man braucht ja nur in den Medien nachlesen, daß bereits jetzt etwa 50 % der österreichischen Arbeitnehmer außerhalb der geltenden Arbeitszeitregelung leben müssen. Das hat sich im besonderen Maße verstärkt seitdem Österreich der EU beigetreten ist. Das bedeutet aber auch weiter, daß es mit diesem neuen Arbeitszeitkonzept, das ja beschlossen wurde und auf das der Antrag ja eingeht, letztlich eine Verbannung der bezahlten Überstunden geben wird. Das ist ja auch das Ziel. Da habe ich auch Verständnis dafür, daß da die ÖVP, als die eine Seite der von mir genannten vereinigten Regierungspartei, ein Lebenszeichen von sich gegeben hat und für die Unternehmer spricht, aber wenig Verständnis habe ich dafür, meine Damen und Herren, und da frage ich mich abschließend auch, was denn mit dieser Resolution geschehen wird, wenn der Herr Bundeskanzler in einem öffentlichen Fernsehinterview auf die Frage von sozialpolitischen Grundsätzen in der SPÖ zum Einem gesagt hat: „Na ja, da kann er nicht genau Antwort geben, da müßte man die Frau Kollegin Hostasch fragen.“ Und zum anderen sagt er Wort wörtlich, ich zitiere: „Aber wenn sie wollen, ob die SPÖ gegen eine Ausdehnung der Sonntagsarbeit ist, dann sage ich ihnen klipp und klar nein.“ Meine Damen und Herren, es ehrt sie wenn sie heute vonseiten der SPÖ und ÖVP dieser Resolution die Zustimmung geben. Aber ich frage sie: „Was wird denn mit dieser Resolution wohl geschehen?“

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Gabath.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Vertreter der Presse. Die ÖVP hat eine klare, eine ganz klare Position zu dieser Resolution. Wir sind natürlich gegen jede Erweiterung der Sonntagsarbeit und wir bekennen uns dazu, daß ein „ja“ zur Sonntagsarbeit sein muß, in den Bereichen die zum Wohl und zum Schutz der Menschen und der Allgemeinheit vorhanden sind. Allen diesen Menschen die bereit sind, am Wochenende, in der Nacht zu arbeiten, möchte ich von dieser Stelle aus, im Namen meiner Partei, recht herzlich danken.

„Nein“ sagen wir ganz ausdrücklich, wenn einige Handelslöwen, oder wie auch immer man diese bezeichnen soll, glauben, sie können die vorhandene Kaufkraft umschichten. Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß durch solche Umschichtungen nur der von uns immer wieder geforderte Nahversorger daran zugrunde gehen wird. Für uns darf der Sonntag nicht ein normaler Arbeitstag werden. Ich möchte dem Kollegen Eichhübl kurz widersprechen. Die EU ist wirklich nicht daran Schuld, ob wir am Sonntag in Österreich arbeiten oder nicht. Das haben wir selbst zu bestimmen. Das hat mit der EU überhaupt nichts zu tun.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Seitdem hat sich das verstärkt, habe ich gesagt.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Ich möchte, daß der Sonntag ein Tag der Kirche, der Familie und der Gemeinschaft bleibt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wer wünscht noch das Wort? Frau Kollegin Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ja, wenn ich mir diese Resolution so ansehe, ich kann dem Kollegen Eichhübl durchaus Recht geben wenn er sagt, na ja, was passiert eigentlich damit. In den meisten Gemeinden in Oberösterreich war sie am Tisch. In Steyr ist sie, glaube ich, sehr spät hereingekommen. Es ist die Frage, was passiert wirklich damit? Interessant ist auch in dem Zusammenhang, und da finde ich die Verlogenheit dieser Diskussion sehr stark, die hat der Kollege Bremm dankenswerter Weise aufgezeigt, wenn sie sich ansehen, dieses Arbeitszeitgesetz ist ja im Nationalrat auf Antrag, nicht auf Antrag der Liberalen, das muß ich auch dazu sagen, der Kollegen Nürnberger, Verzetnitsch usw. geändert worden. Also, insofern ist das ganz interessant. Nur, was ich glaube ist, worum geht es eigentlich bei der ganzen Diskussion? Es geht nicht nur um den arbeitsfreien Sonntag. Es geht darum, daß wir eine neue Zeitordnung haben werden, daß wir eine neue Flexibilisierung haben. Da geht es auch um die Individualisierung der Arbeitszeit. Wenn sie jetzt sagen, wie angeklungen ist, Kollege Gabath, der Sonntag ist mir heilig und ich will am Sonntag frei haben, dann sage ich ihnen: „Einverstanden, akzeptiert, sie haben Recht.“ Aber, woher nehmen sie eigentlich das Recht den Menschen, nämlich sie alle miteinander, der lieber am Wochenende arbeitet und unter der Woche frei hat, zu sagen: „Nein, das darfst du nicht, denn ich weiß, was Glück ist.“ Glück ist nur der, wer am Samstag und Sonntag frei hat. Wer nicht am Samstag und Sonntag frei hat, der muß unglücklich sein. Bitte, woher nehmen sie das Recht, wenn sie in dieser Resolution wörtlich sagen: „Der Gemeinderat der Stadt Steyr hält daher fest,

daß der arbeitsfreie Sonntag für alle Gruppierungen, wörtlich alle, ohne Ausnahmen, die im kulturellen, religiösen, sportlichen, sozialen und politischen Bereich tätig sind, eine unverzichtbare Grundlage darstellt.“ Ja wenn sie das wirklich so vollinhaltlich unterschreiben, Herr Kollege Bremm, dann können sie aber auch nicht sagen, ja aber die gewissen Ausnahmen wollen wir ja. So steht das da nicht drinnen. Das ist eine absolute Norm, die sie da aufstellen. Ich glaube, daß das einfach der Punkt einer neuen Arbeitszeitgestaltung ist, wo die Menschen mehr Freizeit haben, daß sie sich ihre Arbeit auch einteilen. Der, der am Samstag und Sonntag nicht arbeiten will, der soll auch nicht. Aber warum wehren sie sich dagegen, daß jene, die vielleicht arbeiten möchten, das gar nicht tun dürfen. Das ist eine Überheblichkeit sondergleichen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Also nein, nein.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Flexibilisierung ist auch für uns Liberale kein Ziel als solches, aber es ist eine Notwendigkeit der Produktivität. Ich sage ihnen eines, die Leute haben, glaube ich, lieber eine flexible Arbeit als unflexibel keine Arbeit. Das ist auch ein wesentlicher Punkt und da wären wir beim Thema der Standorte. Erkennen sie ganz einfach an, daß die Bedürfnisse von Mitarbeitern und Kunden auch unterschiedlich sind. Es gibt einfach Lebenssituationen, in denen Menschen anders arbeiten wollen als die Vielzahl der Menschen. Lassen sie doch beispielsweise einen Architekten frei entscheiden, wo zwei Chefs und fünf Mitarbeiter gemeinsam sagen, wir arbeiten Samstag, Sonntag, Montag und Dienstag. Den Rest nehmen wir uns frei, weil Samstag und Sonntag können wir kreativ sein, da stört uns keiner dabei.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Und die Kinder stellen wir ins Eck.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, jetzt sind wir bei den Familien. Danke Frau Vizebürgermeisterin für das Stichwort. Sie gehen auch davon aus, im nächsten Satz, mit den Familien, mit den Sozialbeziehungen. Ja bitte, wir haben doch auch eine neue Gesellschaft. Wir haben doch nicht nur die Familie mit Vater, Mutter und 2 Kindern. Wir haben Singles, die keine Kinder haben.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wir haben auch Homosexuelle, die haben keine Kinder.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, wir haben auch Homosexuelle, stellen sie sich vor, auch das soll es geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die wollen am Dienstag spazieren gehen.

Gelächter

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wir haben auch Ehepaare die keine Kinder haben. Wir haben in zunehmendem Ausmaß ganz einfach alternative Lebensformen. Ob das jetzt Leute sind die Homosexuell sind, ob das Ehepaare sind die keine Kinder haben oder ob das Singles sind. Na selbstverständlich und das soll ja, das ist ja das Arbeitszeitgesetz, das ist ja da nicht gekommen. Keiner wird gezwungen am Sonntag zu arbeiten, das sind Betriebsvereinbarungen und die soll es auch geben. Ich bin mir ziemlich sicher, wenn sie die Bedürfnisse der Leute erheben, dann gibt es welche, die wollen am Sonntag arbeiten. Die sollen das dann auch dürfen. Dann gibt es welche, die wollen nicht, na selbstverständlich sollen die ihren Sonntag haben. Aber schaffen sie doch eine Wahlfreiheit. Lassen sie die Menschen selbst wählen und lassen sie in den Betrieben selbst entscheiden. Darum ist es ja auch eine Sache der Sozialpartner.

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um Ruhe. Alle können sich zu Wort melden, das ist ja ein interessantes Thema.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Noch etwas. Da gibt es Betriebsräte, soviel ich weiß. Außerdem, sie gehen, glaube ich, zum Teil von einem Unternehmensbild aus, der böse Unternehmer, der will jetzt seine Dienstgeber ausbeuten. Verabschieden sie sich davon. Ein Unternehmen kann sich das heute gar nicht mehr leisten die Wünsche seiner Mitarbeiter zu ignorieren.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist schon viel Holler da verzapft worden, aber so etwas Blödes, das ist ein Wahnsinn.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da geht es um eine gemeinsame Basis. Einen einzigen Satz aus dieser Resolution möchte ich noch zitieren. Und zwar: Daß der Gemeinderat der Stadt Steyr sich für die Beibehaltung des arbeitsfreien Sonntages in all jenen Bereichen einsetzt, die nicht unmittelbar dem Leben dienen. Da frage ich sie, und nur dann wäre diese Diskussion für mich ehrlich, wenn sie das in ihrem privaten Leben auch einhalten, weil dann gibt es an einem Sonntag keine Kino, kein Theater, das ist nicht lebensnotwendig, dann gibt es am Montag keine Tageszeitung, weil wir haben auch Journalisten, die am Sonntag schreiben, dann gibt es am Sonntag keine Fernsehsendung, dann gibt es eigentlich auch kein Fußballspiel, keine Eislaufhalle, in letzter Konsequenz gibt es auch keine Messe, weil auch der Pfarrer muß arbeiten. Was mich in dieser Resolution ganz einfach stört ist, sie entwickeln ein Bild, der Sonntag ist ohnedies arbeitsfrei. Daß das ja längst für die Gesellschaft nicht mehr gilt und für viele Bereiche nicht gilt, vor allen Dingen ist für mich dann die Frage, wer entscheidet jetzt, was lebensnotwendig ist. Für den einen ist die Kultur lebensnotwendig, für den anderen nicht. Wenn sie jetzt an soziale Einrichtungen denken, dann gäbe es kein Essen auf Rädern, dann gäbe es viele karitative Einrichtung nicht, also dann ziehen sie es bitte durch, dann können sie bei so einer Resolution mitmachen aber sonst ist es für mich ganz einfach nicht ehrlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So meine Damen und Herren, jetzt kehrt wieder Ruhe ein. Kollegin Freimund bitte.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Sehr geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ich finde das Verhalten von ihnen, Frau Mag. Frech, mit der Sonntagsarbeit so umzugehen, eigentlich sehr beschämend. Sie betreiben da einen Populismus mit der Angelegenheit, der mir überhaupt nicht gefällt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das machen sie mit dieser Resolution.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Ich möchte jetzt bitte reden und hören sie mir einfach nur zu. Wir hören ihnen auch immer zu.

Das gefällt mir einfach wirklich nicht. Ich weiß, sie lesen sehr viel und sie beschäftigen sich sehr intensiv mit den gesamten Unterlagen die uns zugehen, weil sie ja auch nicht wie wir, eine Fraktion aus 18 Personen sondern halt nur einen 1-Frau-Fraktion sind, aber ich glaube, sie haben den Antrag einfach nicht richtig gelesen, weil es geht ja um die Erweiterung der Sonntagsarbeit. Gegen die sind wir. Wir greifen da nicht die Sonntagsarbeit an, die notwendig ist. Z.B. Essen auf Rädern. Das ist eine lebensnotwendige Geschichte oder Krankenschwestern, Ärzte. Ich möchte jetzt nicht rundherum alles aufzählen. Sicher kann ich wie sie infrage stellen, will ich am Sonntag oder am Montag in der Früh eine Zeitung haben. Okay, aber das hat etwas mit Informationsdienst zu tun. Informationsdienst ist auch, daß ich im ORF oder im Regionalfernsehen usw., wenn jetzt eine wichtige Angelegenheit passiert, die Bevölkerung informieren kann. Das hat für mich nicht nur Unterhaltungswert usw. Auf die Familienstruktur zurückzukommen. Ich denke mir schon, daß unser Leben großteils so ausgerichtet ist, daß wir am Wochenende unsere Freizeit gemeinsam verbringen. Ich möchte z.B. nicht haben, daß ich Freitag, Samstag, Sonntag, Montag und Dienstag arbeite und mein Mann da frei hat. Was mache ich dann mit meinem Kind? Da steckt ja soviel dahinter. Machen wird dann in den Kindergärten auch Öffnungszeiten am Wochenende? Diese Diskussion haben wir doch immer wieder, wie sieht es mit den Öffnungszeiten aus? Ausdehnen, noch erweitern, weil wir ja um halb acht am Abend einkaufen gehen müssen. Ist es wirklich notwendig, daß ich mir um halb acht am Abend mein Semmel kaufe? Kann ich es mir nicht einfach schon vorher vorbereiten oder auftauen oder was auch immer. Oder wenn mir jetzt ein Nagel ausgeht, dann ist das halt einfach so und ich muß damit leben. Die Leute haben früher auch sehr gut damit gelebt und ich denke mir, wir können auch heute sehr gut damit leben. Die Familienstruktur. Da möchte ich jetzt schon einmal erwähnen, daß mir einfach die Zwischenrufe auch nicht sehr gut, in Bezug auf Homosexuelle, gefallen haben, weil die haben genauso ihre Familienstruktur, wie sie es sich gewählt haben. Ein Homosexueller kann genauso auch ein Kind haben, wie immer er es auch gezeugt hat.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Das möchte ich sehrwohl vermerken und das ist mir ein sehr großes Anliegen, daß man da nicht sagt, Familienstruktur ist Vater, Mutter, Kind. Das ist die Familienstruktur, die ich mir selbst gewählt habe und die kann der Staat und auch

wir nicht vorschreiben und wir dürfen sie nicht vorschreiben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Danke der Kollegin Freimund. Da sieht man, sie ist eine junge Mutter, die weiß über Familie sehr gut Bescheid. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Klausberger.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ja, die Kollegin Freimund hat es eigentlich schon gesagt. Liebe Michaela Frech, ich glaube, das war nicht gerade das, was wir uns unter einer Diskussion zum Thema „freien Sonntag“ vorstellen. Es sind Elternvertreter hier im Hause und wenn gerade wir Lehrer jetzt dafür eintreten, daß alle Eltern am Sonntag arbeiten sollen und die Kinder alleine Zuhause sind, dann halte ich das gar nicht für gut. Niemanden möchte ich ausgrenzen, die kinderlosen Familien nicht, aber auch nicht diejenigen, die Kinder haben und wir Lehrer haben immer Kinder, daher ist es ganz gut, wenn wir an die denken, die am Sonntag dann alleine Zuhause wären. Die Familien in unserem Staat sind bereits zerrüttet genug. Bohren wir nicht noch weiter in diese Richtung mit Appellen, den Sonntag generell, jedem zur freien Gestaltung zu überlassen. Dann müßten wir alle in der Sonntagsschule arbeiten. Ich nicht, du gerne.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Stadtrat Bremm, bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich hätte gemeint, daß es hier doch eine einhellige Auffassung zu diesem Thema gibt. Es ist aber nicht so. Ich bin eigentlich über ihre Haltung nicht sehr überrascht, Frau Frech. Das ist ihr Weltbild, das ist ihre politische Haltung. Das ist uns nicht neu. Sie haben es hier bestätigt, sie haben es hier dokumentiert. Sie wollen eigentlich die Freiheit der Unternehmer. Sie waren bisher, glaube ich, immer in einem geschützten Bereich. Ich würde sie schon einmal einladen, Frau Frech, gehen sie nicht in die Steyr-Daimler-Puch, zu den Nutzfahrzeugen oder zu BMW sondern gehen sie zu einem kleinen Schlossermeister, in einen Handelsbetrieb. Ich weiß, wovon ich da spreche. Nicht weil ich dort selbst gearbeitet habe sondern weil ich dort eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen kenne, die täglich ihr Leid klagen, wo hier ihre freie Wahl ist, ihre Gestaltung, in der Arbeitszeit. Es sind nicht nur aus Jux und Tollerei bestimmte Schlagworte entstanden, gerade in der Frage der Arbeitszeit, sondern aus der Praxis heraus. Man darf nicht alle Gewerbebetriebe in einen Topf schmeißen. Das möchte ich hier schon ausdrücklich betonen. Es gibt natürlich eine Reihe, die hier in diesem Bereich nicht unbedingt immer die Interessen, wenn ich mich da sehr moderat ausdrücke, der Arbeitnehmer auch respektieren und zur Kenntnis nehmen. Wenn wir sagen, Sonntagsarbeit nicht ausdehnen, wissen wir schon, daß wir bestimmte Bereiche einfach Samstag und Sonntag auch abdecken müssen. Wir meinen nicht, daß das kulturelle Leben Samstag und Sonntag ein Ende haben muß, daß es kein Theater, kein Fußballspiel udgl. mehr gibt. Das ist es ja, daß es für die meisten Leute unserer Gesellschaft möglich ist, zu bestimmten Zeiten, zu bestimmten arbeitsfreien Zeiten, dieses Angebot nützen zu können, daß das nicht einer geringen privilegierten Schicht möglich ist, hier im kulturellen Bereich oder in anderen Bereichen, den Zugang zu haben sondern, daß bestimmte Tage großflächig von der Arbeit frei sind, um diese Angebote auch, unter anderem was auch angeführt ist, Familie udgl., in Anspruch nehmen zu können. Wir wissen, daß wir in Tourismusbereichen das offener und freizügiger handhaben müssen, daß wir in Tourismusgemeinden, wo ein starker Tourismus ist, die Geschäfte nicht zusperren können. Das wird auch mit Sorgfalt, Sinn, Pflichtbewußtsein und Vernunft gehandhabt. Gerade von gewerkschaftlicher Seite her wird das auch so betrieben. Wir meinen aber, daß Sonntagsarbeit in Bereichen wo es nicht lebensnotwendig ist, wo Sonntagsarbeit für Wettbewerbsvorteile herangezogen oder benützt werden soll und dann auch noch zum Teil zu günstigeren Bedingungen, wo Überstunden wegfallen, daß hier die Schranken fallen müssen, daß hier die Möglichkeiten nicht vorhanden sind. In diesen Bereichen gehört das einfach eingeschränkt. Flexibilisierung einfach so offen lassen, wie sie das meinen, wäre schön, ich würde mir das wünschen. Auch in der Gefahr, daß meine Daseinsberechtigung als Betriebsrat nicht mehr gegeben ist, weil wenn wir in dieser heilen Welt leben würden, die sie ein bißchen skizziert haben, jeder Arbeitnehmer soll es sich richten können, wann er arbeiten geht oder nicht, weil es ist hier einfach alles möglich, so ist das ja nicht. Das ist eine Welt in der wir nicht leben. Wir leben in einer anderen Welt und dadurch brauchen wir Reglements, wir brauchen Richtlinien, Gesetze und Verordnungen, an die sich alle zu halten haben. Das wollte ich noch dazu sagen, weil einfach das, wie sie sich das wünschen, nicht Realität ist sondern wir leben in der Realität und aus diesem Grund brauchen wir Schranken, vernünftige Schranken. Eines noch. Ich hätte mir auch gewünscht, wenn hier die Gesetzesänderung im Parlament nicht in dieser Form gekommen wäre, daß nicht die Sozialpartner für die Genehmigung oder für die Ausnahmegenehmigung Sonntagsarbeit zuständig wären sondern, wenn es im Sozialministerium oder im Wirtschaftsministerium geblieben wäre. Das hätte ich mir gewünscht. Es gibt natürlich dafür auch einige Argumente. Der Druck Richtung Gewerkschaft und Betriebsräte wird natürlich enorm. Uns wird jeden Tag, in vielen Betrieben Österreichs, gedroht, wenn ihr keine Zustimmung gebt am Sonntag zu arbeiten, dann werden wir die Betriebe, die Produktion ins billige Ausland verlagern. Ich glaube, da heißt es dann einfach, „wehret den Anfängen“. Es kann nicht so sein, daß wir rund um die Uhr arbeiten und die negativen Entwicklungen, die auch angeführt werden, selbst austragen und damit die Konsequenzen tragen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Dr. Wetzl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Zuhörer, werte Presse, sehr geehrte Frau Mag. Frech. Es freut mich ja, ich halte sie immer wieder in vielen Fragen für kompetent. Sie bereiten sich gut auf die Anträge vor, sie schauen sich etwas an. Aber wie sie heute daneben gegriffen haben, das ist ihnen in ihrer bisherigen, fast einjährigen, Tätigkeit, glaube ich, noch nie passiert. Ich glaube, sie verkennen ja vollkommen die tatsächlichen Gegebenheiten, nämlich das Abhängigkeitsverhältnis des einzelnen Arbeitnehmers zum Arbeitgeber. Fast jeder Arbeitnehmer ist finanziell abhängig, in jeder Hinsicht. Wenn die Unternehmer jetzt ihre Betriebe am Sonntag offenhalten könnten, dann würden sie diesen Druck, daß der Arbeitnehmer arbeiten muß, unvermittelt weitervermitteln. Der würde gezwungen werden am Sonntag zu arbeiten. Wenn er es nicht tut, wissen sie, was dann passiert? Dann wird er gekündigt. In Zeiten wie diesen, wo die Arbeitsplätze immer weniger werden, hängt jeder Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz und es ist schwer seinen Arbeitsplatz zu behalten. D.h., er hätte einen Druck und müßte am Sonntag arbeiten. Er kann dann nicht, so wie sie meinen, wählen. Diese Wahlfreiheit hat er mit Sicherheit nicht. Das haben die leitenden Angestellten, die Manager usw., aber die arbeiten ohnehin am Sonntag. Das zu vergleichen mit jenen Berufsgruppen, die berufsbedingt und aufgrund von Interessen der Bevölkerung am Sonntag arbeiten müssen, wie Ärzte, Krankenschwestern usw., dieser Vergleich ist völlig verfehlt. Für mich ist es wichtig, daß am Sonntag der Tag der Familie aufrechterhalten bleibt. So wie es in unserem Kulturkreis üblich ist. Die Berufsgruppen und die Bevölkerungsgruppen, die ich zuerst angesprochen habe, die sie vertreten, für die ist das gleich, für Schwule und Homosexuelle, weil die haben keine Kinder. Mit solchen Positionen kann ich mich nicht anfreunden, das sage ich da ganz ehrlich. Aber wie hat der Bischof Krenn schon gesagt: „Der liebe Gott wird schon dafür sorgen oder hat dafür gesorgt, daß ihre Partei klein bleibt.“ Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Hauser. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Eines, was ich der Frau Mag. Frech zuordnen möchte ist, sie steht wenigstens dazu, daß sie die Liberalisierung der Arbeitszeit fordert. Die anderen zwei Parteien, die sich hier hergetraut haben auch etwas dazu zu sagen, sind nicht einfach so, daß sie nicht einmal dazu stehen. Wenn ich mir ansehe, warum sind denn die Ladenöffnungszeiten liberalisiert worden? Doch nicht auf Wunsch der SPÖ. Das kann mir kein Mensch erzählen. Auf Wunsch der Unternehmerschaft. D.h., meinem Kollegen Gabath halte ich zugute, daß er es aus der Sicht des ÖAAB betrachtet. Meinem Kollegen Payrleithner, als Arbeitnehmervertreter, daß er hier so auftritt, aber im Prinzip muß man ja sagen, daß gerade aus diesen Richtungen sehrwohl auch starker Druck zur Liberalisierung der Arbeitszeiten gekommen ist. So kann man das doch nicht die ganze Zeit betrachten, daß man immer sagt, das tun nur einige Wenige. Frau Kollegin Frech, eine Liberalisierung der Arbeitszeit hat uns eines ganz deutlich gezeigt. Wir reden immer großartig davon, daß diese Liberalisierung der Arbeitszeit uns mehr Beschäftigte gebracht hat. Wir sagen aber nicht dazu, daß ein Großteil davon geringfügig Beschäftigte sind die alleine nicht leben könnten, wenn sie nicht mehrere geringfügige Beschäftigungen hätten oder in einem Familienverband leben, wo sie Doppelverdiener sind. Das muß man auch einmal ganz eindeutig sagen, daß das eine Folge dieser ganzen Sache ist. Eines würde ich mir wünschen, Frau Kollegin Frech, wenn sie uns schon erzählen, daß Betriebsräte und Personalvertreter Entscheidungsrecht haben, dann wäre es schön, wenn sie es uns geben würden. Wir haben nämlich maximal ein Einspruchs- und Mitwirkungsrecht. Entscheiden tun die Unternehmer, die Arbeitgeber, selbst im öffentlichen Dienst. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Ing. Hack. Ich erteile es ihm. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich komme mir schon richtig schlecht vor. Ich fühle mich als Unternehmer und wir sind die Bösen und wollen immer nur, daß am Sonntag gearbeitet wird. Herr Kollege Hauser, ich weiß nicht ob es in der SPÖ nicht auch Unternehmer gibt. Sie sagen die SPÖ ist dagegen, weiß ich nicht. Es ist nur ein Problem, daß da immer die Flexibilisierung der Arbeitszeit oder die Ausdehnung der Sonntagsarbeitszeit vermischt wird. Also, ich persönlich bin auch absolut gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeitszeit. Meine Großeltern haben am Sonntag gearbeitet. Da war es früher so. Dann war es Sonntag nicht mehr so sondern nur mehr am Samstag. Jetzt geht alles wieder retour. Ich finde die Diskussion auch nicht positiv, aber ich verwehre mich dagegen, auch als Unternehmer, daß wir alle nur dafür sind, daß wir am Sonntag arbeiten. Ich weiß nicht wo das herkommt. Das ist eine falsche Darstellung. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Gemeinderat Forstenlechner.

GEMEINDERAT ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. Auf die Wortmeldung von Herrn Hack möchte ich noch anmerken. Ich arbeite zufällig in einer Firma wo es 70 verschiedene Arbeitszeitmodelle gibt. Von diesen 70 verschiedenen Arbeitszeitmodellen sind mindestens zwei dabei, die ich kenne, die auch Sonntagsarbeit beinhalten z.B. unsere Pfortner und auch Fertigungslinien, die bei uns am Sonntag schon um 9.50 beginnen. Also von Flexibilisierung gibt es da jede Möglichkeit und ich glaube, jeder Betrieb in Steyr hat die Chance, daß er die Flexibilisierung entsprechend nützt. Sie wird auch genützt. Ich bin froh, daß bei uns in der Firma ein starker Betriebsrat vorhanden ist und der Betriebsrat kann sich auf Gesetze, Verordnungen und Betriebsvereinbarungen stützen, die auch sehr gut sind. Der kann sich auf ein Fundament verlassen, das wirklich sehr gut funktioniert. Da gibt es auch Gruppen, wie sie Frau Frech meinen, die gerne am Sonntag arbeiten. Das hat aber dann den Grund, weil er am Freitag vielleicht früher nach Hause gehen kann. Deswegen geht er vielleicht am Sonntag schon um 9.50 Uhr hinein. Da hat sich der Betriebsrat auch besondere Bedingungen herausgeholt, daß diese Art von Arbeitszeitregelung möglich war. Ich wollte das nur einmal festhalten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Lengauer. Bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Mir tut es um die Würde und um die Wertigkeit des Sonntages Leid, daß wir jetzt anfangen zu suchen, da gibt es Gruppen die gegen den Sonntag sind und dort gibt es Gruppen die gegen den Sonntag sind. Ich meine, die Wichtigkeit und die Bedeutung des Sonntages bringt überall, aus allen Gruppen, die Leute zum Reden, zum Rufen: „Halten wir den Sonntag und schauen wir, daß er uns nicht verloren geht!“ Aus allen Gruppen und das ist, scheint mir, die wichtige Sache zu sein und nicht jetzt zu kletzeln, wo gibt es noch jemanden, der gegen den Sonntag ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So meine Damen und Herren wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es freut mich ja auf der einen Seite, daß zumindest eine Diskussion darüber entstanden ist, wobei ich mir gewünscht hätte, daß diese Diskussion nicht unbedingt im Gemeinderat stattfindet sondern z.B. im Finanz- und Rechtsausschuß, wo sie vielleicht hingehören sollte und daß man darüber in einen anderen Rahmen diskutiert. Aber gut.

Zwischenruf: Rechtsausschuß?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Rechtsausschuß. Resolution. Eine Resolution die der Gemeinderat macht könnte man in den Rechtsausschuß geben. Aber dessen ungeachtet habe ich den Eindruck ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich glaube, daß es eine Sache der politischen Diskussionskultur ist, auch wenn sie eine andere Auffassung vertreten als ich es hier draußen tue, daß sie mir trotzdem die Möglichkeit gewähren, mich zu artikulieren. Ich glaube, ich bin in dieser Sache sehr gerne von manchen mißverstanden worden. Von manchen auch sicherlich, die durchaus wissen, daß das nicht so gemeint ist sondern, worum geht es wirklich? Es geht darum, daß es eine Wahlfreiheit gibt, daß die, die arbeiten möchten, auch am Sonntag arbeiten können, daß die, die es nicht möchten, es in Zukunft auch nicht tun sollen. Worum es mir auch geht liebe Kollegin Freimund, ich kann sie sehr gut verstehen, wenn sie sagen sie haben ein Kind und für sie wäre es schwer am Sonntag zu arbeiten, ich würde mir aber dann auch wünschen, daß wir uns bei dieser Resolution zusätzlich dazu entschließen zu sagen, ja was ist mit den Frauen - und die gibt es auch - die am Sonntag arbeiten müssen. Die im Gastgewerbe sind, die irgendwo auf der Eislaufbahn oder irgendwo in einem Kiosk arbeiten. Die haben die gleichen Probleme mit der Kinderbetreuung wie jemand, der im Handel arbeitet. Da müssen wir uns halt auch überlegen, daß wir diese Betreuungseinrichtungen ausbauen. Das ist selbstverständlich. Das eine geht ohne das andere nicht. Aber wenn sie daran denken, ich kann mich erinnern, es war ein Sonn- und Feiertag, als die Landesausstellung eröffnet wurde und wo wir mit den Bussen innerhalb von Steyr zu den einzelnen Orten hingefahren sind, wo die Presse und alle anderen dabei waren. Das war ein Sonntag und wir haben es trotzdem getan. Was mich an dieser Resolution stört, man kann darüber diskutieren, wie weit geht man bei der Sonntagsarbeit. Woran ich mich aufhänge ist wirklich die Formulierung und das ist für mich Populismus, was in diesem Antrag drinnen steht und deshalb, keine Zustimmung von mir.

GR Elfriede Reznar und GR Ing. Klaus Hoflehner treffen um 15.50 Uhr ein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eines möchte ich schon erwähnen. Ein Betrieb wo die Leute sagen können ich will arbeiten und einige sagen ich will nicht arbeiten, der kann nicht wirtschaftlich arbeiten. Entweder fehlt die halbe Mannschaft und die andere ist da. Der muß ja das auch einstellen mit wievielen Leuten er arbeiten kann. Also Frau Kollegin, da sind sie wirtschaftlich auch nicht auf dem Laufenden, weil so kann man auch nicht arbeiten, wenn ein jeder tut wie er will.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Der 1. Mai war ein Freitag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kindergärten werden wir am Sonntag sicher nicht aufsperrn, weil ich glaube das verliert dann die Sinnhaftigkeit bei den Kindergärten. Dann öffnen wir nach ihrer Meinung alles an einen Sonntag. Da geht dann der Sinn der Familie wirklich verloren, weil dann ist die Mutter am Donnerstag, der Vater am Freitag und die Kinder sind halt irgendwann zwischendurch zu Hause.

So meine Damen und Herren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich auch noch ein Wort dazu sagen?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schlußwort Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, viel möchte ich nicht sagen ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... weil viel ist ja schon gesagt worden, aber der Walter Gabath hat mich inspiriert, weil er hat das Wort des Herrn gebracht. Zwar über die Kirche aber warum auch nicht. Jedenfalls steht in der Bibel geschrieben: „Am 7. Tage sollst du ruhen!“ Wenn wir uns überlegen wie alt diese Werk ist und wenn wir den Historikern glauben dürfen die sagen, daß das auch schon von noch älteren Schriftwerken abgeschrieben wurde, dann wird das für das Leben der Menschen nicht so sinnlos sein. Das sage ich einmal ohne daß ich das so in dieser geistigen Tiefe betrachten kann, wie das heute zum Teil stattgefunden hat. Dann ist die nächste Frage, von wo aus man das Problem betrachtet. Ich gebe schon zu Frau Frech, daß der Freiberufler dieses Thema anders sehen kann. Vollkommen klar. Sie gehen überwiegend davon aus, daß der Dienstnehmer in der Lage ist zu wählen wann er gerne arbeiten möchte. Ich behaupte, so ist das nicht. Die Praxis ist eine völlig andere. Das wurde von einigen Rednern hier sehr deutlich gemacht. Es ist auch immer noch die Frage, wenn man schon normaler, unselbständiger Erwerbstätiger ist, in welcher Position man sich befindet. Sie können sich gar nicht vorstellen, wenn man beim hinein- und hinausgehen stempeln muß und wenn es eine starre Arbeitszeit gibt. Gleitende Arbeitszeit ist ja da schon eine Erleichterung im Hinblick auf mehr Freiheit. Aber ich habe in so einem System gearbeitet. Wenn sie in so einem großen Betrieb sind, wenn dort ein Portier steht und wenn sie nicht einfach hinein- oder hinausgehen können, weil der steht schon mit der Uniform dort und weist dich zurück, wenn du nicht einen Passierschein von einem Vorgesetzten hast, bei den du bitten mußt, daß du einen bekommst, wenn du unter der Arbeitszeit weggehen möchtest. So ist das meine Damen und Herren. Natürlich können sie sich das nicht aussuchen, ob der Herr und Meister oder der Vorgesetzte sagt, wenn es das Gesetz noch dazu zuläßt und darüber sprechen wir ja, nicht wahr, es ist ja ein Sonn- und Feiertagsschutzgesetz, das haben wir ja schon einmal gehabt, das ist ja gar nicht so neu. Es ist ja sowieso gearbeitet worden. Wenn die Kirche nicht gewesen wäre, dann hätten sie eh am Sonntag auch arbeiten müssen. Haben sie sowieso müssen, jedenfalls im ländlichen Bereich. Vor der Kirche in den Stall gehen und nach der Kirche auch wieder arbeiten. Bitte sehr. Das ist nicht lange aus. Das brauchen wir nur in unserer Umgebung beobachten und wird sicher auch in der Stadt bei vielen Dienstnehmern, die in so einem Bereich tätig waren, so gewesen sein. Wenn sie sich vielleicht einmal vor Augen führen, meine Damen und Herren, oder sie Frau Frech, wenn sie vielleicht einmal das Vergnügen haben, daß sie in einem Schichtbetrieb arbeiten müssen und wenn sie sich vielleicht dazu vorstellen, daß auch ihr Lebenspartner in einem Schichtbetrieb arbeitet, in einem anderen Betrieb mit anderen Schichtmodellen, weil wir sind ja unheimlich flexibel, und vielleicht in der Gegenschicht und sie begegnen sich in der Woche vielleicht 1 bis 2 Mal und das war bisher an einem Samstag und Sonntag und das fällt auch weg, weil vielleicht der Sonntag Regelarbeitszeit wird. Wie wird es denn dann mit der Entwicklung dieser Gesellschaft, mit den Kindern, die Zuneigung, Wärme und die Nähe ihrer Eltern brauchen, aussehen? All das ist dabei in Betracht zu ziehen. Wieso und wer macht das denn überhaupt? Die Frage ist ja sehr kontrovers diskutiert worden. Wer hat denn das Interesse und warum? Die Frage muß man sich stellen. Wo ist das Motiv. Das Motiv ist doch in erster Linie da, weil gesagt wird, das machen sie in

Deutschland, in Italien, in Frankreich, in Amerika auch. Weil wir halt so global unterwegs sind, müssen wir es natürlich auch machen. Das werden wir doch verstehen, wenn wir eine Arbeit haben wollen. In Wirklichkeit ist das doch eine Entwicklung die gegen die Menschen ausgerichtet ist. Wie macht man sich denn dann etwas mit einem Freund aus, der immer Gegenschicht hat? Es bringt ganze Freundschaften, Kameradschaften, Verwandtschaften auseinander. Wenn wir schon so reden, vom Kulturgenuß den die einen haben und die anderen nicht, weil an den Tagen wo Kultur ist, hat er Schicht oder seine Frau oder Freunde Gegenschicht, dann kann man sich nicht einmal mehr treffen. Nicht einmal die „Yeti-Tante“ kann man dann mehr besuchen, wenn sie auch in dem System drinnen ist, ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... weil sie ist nicht zugegen. So sieht das in Wirklichkeit aus. Die Resolution geht davon aus, daß das Korsett, in dem wir jetzt schon arbeiten müssen, nicht noch enger gemacht wird. Gegen das aufzutreten und gemeinsam aufzutreten, halte ich jedenfalls für gut und besser, als sich nicht zu artikulieren, auch wenn hohe Vertreter im Parlament von SPÖ und ÖVP das beschlossen haben, was wir jetzt haben. Aber wenn sie uns alle gemeinsam hören, werden sie sich wohl überlegen, ob sie an der Schraube, in die falsche Richtung, noch weiterdrehen und insofern hat diese Resolution einen Sinn und ich würde mich sehr freuen, wenn wir sie möglichst einhellig beschließen könnten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen? Eine Gegenstimme (LIF). Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich würde eine Pause von 20 Minuten vorschlagen. Bitte einmal gut durchlüften.

Pause von 16.10 bis 16.40 Uhr

GR Martin Fiala trifft um 16.40 Uhr ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf als nächste Berichterstatterin die Frau Kollegin Mach bitten.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Aktion „Essen auf Rädern“ um die Erhöhung der Kostenbeiträge. Wir haben das ja auch schon im Sozialausschuß ausführlich behandelt und ich möchte schon sagen, daß es auch eine Empfehlung vom Kontrollamt war, daß eine Erhöhung vorgenommen werden sollte. Diese Erhöhung wäre pro Person bei den Mindestbeziehern jeweils S 5,-- - von S 49,-- auf S 54,-- - und bei den anderen Beziehern von S 62,-- auf S 67,--. Ich habe mir natürlich auch die Ausgleichszulagenrichtsätze angesehen und das möchte ich auch im Vorfeld erwähnen. Seit 1993 sind die Ausgleichszulagenrichtsätze um 14 % gestiegen. D.h., von S 7.000,-- auf S 7.992,--. Bei Essen auf Rädern haben wir 24 Zusteller. Wir benötigen die dazu, daß wir eine ordnungsgemäße Zustellung ermöglichen. Es ist ja keine Zustellung, daß wir das Essen einfach nur so hingeben sondern wir schauen auch, daß jeden Tag Kontakt zu dem Personenkreis, die das Essen bekommen, ist. Ich glaube das ist sehr wichtig gegen die Vereinsamung. Das Essen bekommen nur alle diejenigen, die selbst nicht mehr in der Lage sind zu kochen bzw. die aufgrund ihrer Krankheit auch kein Gasthaus mehr besuchen können. Es wird vom Sozialamt eine Sozialarbeiterin hingeschickt und dann macht sie einen Bericht und sagt, wir können dieser Person das Essen geben oder sie ist selbst noch in der Lage. Wir wollen ja auch gegen die Vereinsamung vorgehen. Es gibt in vielen Gasthäusern Mittagsmenus angeboten, damit die Leute auch die Möglichkeit zur Kommunikation haben. Wir wollen ja nicht eine Isolierung der älteren Generation. Wir wollen helfen. Ich möchte eines dazu sagen: Die Aktion „Essen auf Rädern“ ist im Jahre 1975 von meinen Vorgängern eingeführt worden und ich glaube, denen gebührt ein Dank. Es ist wirklich notwendig. 186 Personen beziehen das Essen und die meisten Personen, mit denen ich darüber auch gesprochen habe sagen, sie kommen zweimal damit aus. Also sie haben Mittag- und Abendessen oder es essen der Mann und die Gattin. Die Portionen sind nicht klein und dadurch ist auch die Möglichkeit gegeben, daß man sagen kann, um S 54,-- oder um S 67,--, wenn ich die Vergleichswerte in den anderen Städten ansehe, wenn ich nur von Wels und Linz spreche, wo der Billigstarif S 55,-- und der Höchststarif S 80,-- sind, und in Linz sind es S 64,--, aber da darf man nicht mehr Einkommen als S 6.400,-- haben, und für alle anderen sind es S 71,--. Ich kann sagen, wenn wir auch eine Erhöhung vornehmen, dann können wir das auch sozial vertreten, wir sind in den drei Statutarstädten noch am billigsten. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

F-395/73 Aktion „Essen auf Rädern“; Erhöhung der Kostenbeiträge.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 15.09.1998 werden die Kostenbeiträge für „Essen auf Rädern“

mit Wirkung ab 1.1.1999 um S 5,-- pro Portion angehoben.

für Personen, deren Einkommen unter dem Ausgleichszulagenricht-satz gemäß ASVG liegt und die kein Pflegegeld beziehen auf S 54,-- (bisher S 49,--)

für alle anderen Bezieher S 67,-- (bisher S 62,--).

Die Valorisierungsklausel bleibt weiterhin gültig - die nächste Beitragserhöhung ist aber erst ab 1.1.2000 möglich.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich GR Stieglitz.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich glaube, daß wir bei diesem Antrag etwas machen, wo wir ein Zeichen setzen, das in die falsche Richtung geht. Wenn ich hier lese, daß wir in Steyr 15 Personen haben die unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz liegen und für welche Personen die Portion um S 5,-- angehoben wird, dann finde ich, daß das nicht der richtige Weg ist. Wir sollten diesen Weg nicht gehen. Ich habe mir das einmal ausgerechnet. Das ist für solch eine Person eine Mehrbelastung von S 150,-- pro Monat, das sind S 1.800,-- im Jahr. Ich möchte erwähnen, das sind Steyrer Bürger, das sind die Ärmsten von den Armen die bei uns in der Stadt leben. Ich habe mit einigen Menschen in der Stadt gesprochen und auch diese teilen meine Meinung. Ich würde es wirklich keinem von uns wünschen, daß er einmal, aus irgendwelchen Gründen, in diese Situation kommt, daß es ihm einmal finanziell so schlecht geht, daß er einmal in die Situation kommt, daß er sich überlegen muß, kaufe ich mir im heurigen Jahr noch neue Schuhe oder verschiebe ich es auf nächstes Jahr, mein Gefrierfach ist kaputt, rufe ich den Elektriker an oder verzichte ich darauf, daß ich im Dezember nicht mehr weiß, wie ich für meine Liebsten in der Familie Weihnachtsgeschenke organisieren kann. Die Stadt Steyr wird durch diese 15 Personen mit einer Mehrbelastung von jährlich S 27.000,-- konfrontiert. Wenn ich mir überlege für was wir schon alles Geld investiert haben, was wir subventionieren, dann glaube ich auch, daß wir in dieser, ganz speziellen Sache, helfen sollten. Ich ersuche sie, daß sie meinen Abänderungsantrag, den ich hiemit überreichen möchte, welcher diese 15 Personen von dieser Mehrbelastung befreit, unterstützen. Sollten sie meinen Abänderungsantrag nicht unterstützen, habe ich ein zweites Ersuchen und eine Bitte an sie. Ich habe mir erlaubt, bei der Kanzlei Dr. Josef Lechner/Dr. Ewald Wirleitner, ein Treuhandkonto einzurichten, welches lautet: „Aktion Essen auf Rädern, Treuhandkonto.“ Ich habe mir einmal ausgerechnet, wenn wir hier, die Mandatäre im Saal, persönlich diese Aktion unterstützen würden, jede Person von uns mit einem Aufwand von 0,19 %, das ist ein Minimum, von unserem Jahresgehalt, dann würden wir S 29.419,-- fast S 30.000,-- zusammen bekommen. Ich möchte wirklich niemanden hier zwangsverpflichten, daß er diese Aktion unterstützt. Ich würde mich aber sehr freuen. Es würden einem Gemeinderat mit einer einmaligen Spende von S 385,70 treffen. Ich glaube, daß das nicht die Welt ist. Ich habe hier eine Liste gemacht, die ich mir erlaube an jeden Mandatar in diesem Saal auszuteilen, mit einem Einzahlschein. Ich möchte betonen, ich möchte niemanden zwangsverpflichten. Ich würde nur bitten, falls dieser Abänderungsantrag nicht angenommen wird, daß dieser persönlich von ihnen unterstützt wird. Ich bedanke mich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Abänderungsantrag lautet:

Abänderungsantrag

Zum vorliegenden Antrag Nr. 3 der Verhandlungsgegenstände des Gemeinderates vom 29.10.1998.

Gemäß § 42.8 des StS in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag Nr. 3 Aktion „Essen auf Rädern - Erhöhung der Kostenbeiträge“ gestellt.

Der Gemeinderat möge folgenden **Abänderungsantrag** beschließen:

Daß Bürger der Stadt Steyr, welche mit „Essen auf Rädern“ versorgt werden, die Ausgleichszulage ohne Pflegegeld beziehen, von der Erhöhung von ATS 5,--/Portion, ausgenommen werden.

F-GR Siegfried Stieglitz

Der Abänderungsantrag steht somit mit in Behandlung.

Nächste am Wort ist Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Es mag sie ehren, Herr Kollege Stieglitz, daß sie hier eine Zahlscheinaktion machen, nur ich glaube nicht, daß man auf die Art und Weise Grundprobleme lösen kann, weil das könnte man dann als nächstes bei dem Kulturverein Ypsilon machen und beim nächsten Sozialprojekt. Ich glaube, daß das keine Problemlösung ist. Ich habe daher einen anderen Vorschlag an sie, werte Kolleginnen und Kollegen. Und zwar ebenfalls einen Abänderungsantrag in dieser Angelegenheit, allerdings sieht er etwas anders aus. Sie müßten ihn bereits auf den Tisch bekommen haben. Ich möchte ihn gar nicht mehr vorlesen, jeder von ihnen hat ihn. Ich möchte nur auf die einzelnen Punkte eingehen. Es war ja im zuständigen Sozialausschuß so, daß der zuständige Landesrat Ackerl uns mit 15. Juni d.J. mitgeteilt hat, daß sich das Land OÖ mit 1.1.1999 aus der Aktion Essen auf Rädern gänzlich zurückziehen werde. Das war etwas sehr überraschend. Nicht nur für die Stadt Steyr sondern auch für sämtliche Gemeinden in OÖ., weil die natürlich zum Teil sehr massiv auf diese Hilfe angewiesen waren. Der Rückzug aus dieser Aktion Essen auf Rädern hätte, laut dieser damaligen Absicht im Juni, folgender Maßen ausgesehen, daß in Zukunft die Gemeinden und auch die Statutarstädte zur Gänze für die Kosten von Essen auf Rädern aufgekommen wären. Zur Gänze hätte bedeutet, sämtliche Verlustabgänge die durch die Essensportionen entstehen, hätte bedeutet 100%ige Finanzierung von Fahrzeugen, Menügeschirr usw. Gerade kleine Landgemeinden wären damit sicher überfordert gewesen. Die Stadt Steyr, na gut, ich glaube nicht, daß die Aktion Essen auf Rädern bei uns gefährdet gewesen wäre, aber es ist natürlich sofort die Diskussion entstanden, wie kompensieren wir jetzt diesen Einnahmenseinbruch. Darum ist es dann auch in dieser Sozialausschußsitzung gegangen. Grundlage für die Diskussion war diese Mitteilung von LR Ackerl, daß er sowohl die Verlustabdeckung von max. S 5,-- pro Portion wie auch sämtliche Kosten nicht mehr tragen wird, wie die Finanzierung der Fahrzeuge, die er bis dato zu 50 % übernommen hat und auch das Menügeschirr, beispielsweise. Ja, in diesem Sozialausschuß ist dann mehrheitlich beschlossen worden, jene S 5,--, die das Land OÖ. nicht mehr refundieren wird, als Verlustabdeckung, als Kostenerhöhung direkt auf die Bezieher von Essen auf Rädern weiterzugeben und zwar auch mit Wirkung 1.1.1999. Ich habe mich damals im Ausschuß dagegen ausgesprochen und zwar deshalb, die Frau Vizebürgermeisterin hat es heute schon zitiert, Ausgleichszulagenempfänger sind immerhin eine Personengruppe, die ein Bruttoeinkommen von monatlich S 7.992,-- haben. Darum betone ich Bruttoeinkommen, weil davon wird noch die Sozialversicherung abgezogen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nur die Krankenversicherung!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Krankenversicherung, Entschuldigung. D.h., unter dem Strich bleibt dann noch weniger. Aber es ist noch nicht der gesamte Betrag, über den diese Personengruppe verfügen kann. Bei Ehepaaren sind es S 11.403,--, also pro Person S 5.700,--. Ich gehe schon davon aus, S 5,-- klingt nicht viel, im Monat sind es S 150,--, im Jahr sind es S 1.800,-- und das ist für diese Personengruppe zum Teil 10 - 25 % des monatlichen Bezuges, also durchaus keine Kleinigkeit. Im Ausschuß ist dann trotzdem mehrheitlich beschlossen worden, diese Kostenerhöhung durchzuführen. Allerdings kann man darüber geteilter Meinung sein. Ich denke, dieser Beschluß ist im Sozialausschuß gefallen.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Von monatlichen. Ich habe gesagt das sind 10 - 25 % eines monatlichen Bezuges, diese Erhöhung die es jährlich ausmacht, diese S 1.800,--. Wenn sie einen Bezug von monatlich um die S 5.000,-- oder S 5.700 haben, dann ist das ein gewaltiger Happen. Ich will aber jetzt nicht über Prozentsätze mit ihnen diskutieren. Ich möchte ihnen einen Vorschlag unterbreiten. Damals bei dieser Ausschußsitzung war es so, daß die Entscheidungsgrundlage für die Erhöhung dieses Schreiben von LR Ackerl war, mit der Absicht sämtliche Zahlungen einzustellen. Inzwischen ist es anders. Inzwischen hat der Herr LR auch öffentlich, mit Schreiben vom 16. Oktober, mitteilen lassen, daß er auch, zumindest in den nächsten drei Jahren, die Kosten für Fahrzeuge weiterhin zu 50 % übernehmen wird. Das bedeutet, daß unsere Situation zur Diskussion eine andere ist, als zu dem Zeitpunkt wie wir im Sozialausschuß davon ausgegangen sind, daß wir auch in Zukunft keine Zuzahlung für die Fahrzeuge mehr bekommen. Aufgrund dieser Änderungen der Entscheidungsgrundlagen würde ich sie bitten, diesen Abänderungsantrag, der folgender Maßen lautet, zu unterstützen.

Abänderungsantrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates zum Tagesordnungspunkt Nr. 3 Aktion „Essen auf Rädern“ - Erhöhung der Kostenbeiträge.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund der geänderten Situation bezüglich der Entscheidungsgrundlagen des Sozialausschusses wird die Kostenerhöhung von „Essen auf Rädern“ einstweilen zurückgestellt.

Zugleich ergeht der Antrag an den zuständigen Geschäftsbereich für Finanzen (GB II) eine Kostenrechnung im Hinblick auf die Aktion „Essen auf Rädern“ durchzuführen und zu eruieren, ob es nicht Einsparungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite gäbe, wodurch zumindest vorläufig auf eine Kostenerhöhung für die Bezieher von „Essen auf Rädern“ verzichtet werden könnte.

Wenn dann diese Kostenrechnung da ist und wirklich klar ist, wo könnte man evt. auf der Ausgabenseite einsparen, dann können wir ja noch, im nächsten Jahr, wenn es nötig sein sollte, diese Kostenerhöhung vornehmen. Einstweilen würde ich sie aber bitten, davon Abstand zu nehmen und diesem Antrag ihre Zustimmung zu erteilen. Ich möchte nur noch kurz, um meine Aussage zu verifizieren, es gibt ein Schreiben oder eine Mitteilung des Herrn Landesrates über die OÖ Landeskorespondenz mit 16. Oktober, wo er sagt: „Unabhängig von sonstigen Regelungen wird die Anschaffung von Transportfahrzeugen für Essen auf Rädern in den nächsten drei Jahren weiterhin vom Land wie bisher gefördert.“

Die Anschaffung wird weiterhin gefördert, 50 % Zuzahlung zu den Investitionskosten. Ich würde sie bitten, diesem Antrag ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Nächster am Wort ist Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich glaube, daß in diesem Kreis jedem bewußt ist, daß ein Einkommen von S 7.992,-- nicht die Welt ist, daß das Einkommen sicherlich ein geringes Einkommen ist und, daß Personen, die ihr Leben damit bestreiten müssen sicherlich nicht im Überfluß leben können. Das möchte ich grundsätzlich dazu gesagt haben, daß das sicherlich ein schwieriges und bescheidenes Leben für diese Gruppe ist. Hier aber, in der Frage von Tarifen, Beiträgen oder Leistungen, die man sich kauft, 15 Menschen aus der Stadt Steyr herauszunehmen und hier in einer populistischen Art das darzustellen, das grenzt schon wirklich an jede Geschmacklosigkeit. Das muß ich ehrlich sagen. In Wirklichkeit ist es eine „Sauerei“ schlechthin, 15 Leute so hinzustellen, wie wenn dies die Ärmsten unserer Gesellschaft wären und jetzt soll der Gemeinderat 0,19 % als Spende für diese Leute hinstellen. Wie sie diese Leute darstellen, Herr Stieglitz, das ist eine „Sauerei wie es im Buche steht“. Wenn wir schon von armen Menschen reden, dann müßte man schon sagen und wenn man das in Verbindung solcher Dinge bringt, muß man sich auch überlegen, was das bedeuten würde. Ich glaube, daß wir diese Diskussion schon versachlichen sollten, ich habe die Zahl nicht im Kopf wieviele Ausgleichszulagenbezieher wir in Steyr haben.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
15!

Zwischenruf verschiedener Mandatare: Nein, viel mehr!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, da wären wir, wie es jetzt im Zuruf gekommen ist, in Steyr glücklich, da wären wir die einzige Stadt, in Österreich zumindest, wenn wir nicht mehr als 15 Ausgleichszulagenbezieher hätten. Es gibt eine ganze Menge an Ausgleichszulagenbezieher und da muß man auch reden, wieso gibt es Ausgleichszulagenbezieher. Das sind Leute gewesen, die in einer Beschäftigung gestanden sind, die eine Pension bekommen, wo der Gesetzgeber meint, daß seine Pension für seinen Lebensstandard nicht ausreicht. Diese Personengruppe bekommt von der öffentlichen Hand eine Ausgleichszahlung dazu. Das sind die Ausgleichszulagenbezieher. Das sind eine ganze Menge. Das ist halt aufgrund verschiedener Umstände so. Es sind vielleicht Leute, die schon Jahrzehnte in der Pension sind und ein geringes Einkommen in ihrer beruflichen Tätigkeit gehabt haben. Es geht hier nicht nur um 15 Leute. Da muß man schon die ganze Gruppe sehen. Darüber hinaus muß man auch sehen, daß es noch eine Menge anderer Leute gibt, die auch finanziell nicht unbedingt so gesegnet sind, wie das vielleicht so manch andere Leute sind. Wenn man nur die Gruppe der Arbeitslosen nimmt. In Steyr und über die Grenzen hinaus gibt es eine Menge von Arbeitslosen, die froh wären, ich habe es zuerst eh gesagt, daß diese S 7.800,-- nicht sehr viel sind, wenn sie netto S 8.000,-- Arbeitslose beziehen würden. Also, es gibt eine ganz bedeutende Gruppe davon. Es gibt die Gruppe, und das wurde heute auch schon einmal erwähnt, der geringfügig Beschäftigten, die auch in ihrem minimalen Einkommen, die haben wir statistisch gar nicht richtig erfaßt, wieviele das sind, ihr Dasein berappen und ihren Lebensaufwand betreiben müssen. Dann gibt es eine ganz beachtliche Gruppe an Frauen, wo wir wissen, daß die im Einkommen auch nicht die Privilegierten sind. Es gibt eine ganz große Gruppe der Frauen, die, man kann fast sagen die S 7.992,-- abzüglich der Krankenversicherung und nicht Sozialversicherung, das ist wie Tag und Nacht, Herr Stieglitz, Kollege Wille, unser Vorsitzender unserer Gewerkschaft, den haben sie natürlich nicht gekannt, der hat gesagt, man soll mit Leuten welche die Zahlen nicht kennen, nicht reden. Wer über Zahlen redet soll auch die Zahlen kennen. Zwischen Sozialversicherung und Krankenversicherung ist ein riesiger Unterschied.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das hat die Frau Mag. Frech gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wer darüber redet, der sollte wenigstens zuhören.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ja, es wird zum Teil alles so vermischt, daß man gar keinen Unterschied mehr kennt, wer das gesagt hat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Also bitte.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich wollte nicht unterstellt haben, daß es ideologisch dasselbe ist. Also, es gibt hier eine ganze Reihe von Frauen, die auch in Einkommenskategorien sind, die wir mit denen, welche die Ausgleichszulage bekommen, gleichstellen könnten. Also, es ist schon sehr populistisch, wenn man sagt, für 15 Leute in der Stadt Steyr ist das eine unsoziale Maßnahme, daß man das Essen, das die ja bei der Stadt einkaufen, daß für die das ja auch in einem dementsprechenden Ausmaß subventioniert wird, es ist ja nicht so, daß die das Essen zu Vollkosten kaufen sondern es wird ja zu einem wesentlichen Teil von der Stadt Steyr subventioniert, hier 15 Leute herausnehmen und diese so hinstellen, das ist eine unsoziale Maßnahme. Ich glaube, daß man hier nicht davon reden kann. Darüber hinaus noch, das ist gerade überraschender Weise von beiden Seiten gekommen. Ich höre mir ständig die Diskussion an, wenn wir über verschiedene Tarife in der Stadt Steyr reden. Dann sind gerade sie, alle beide, als Opposition, wobei die eine die klassische Opposition ist, die andere darf es ja nicht sein, weil als Fraktion, die den Vizebürgermeister da stellt nur Opposition betreiben, das ist ja nicht ganz in Ordnung. Man kann ja anderer Meinung sein, aber ihr betreibt ja nur mehr Opposition, ihr habt ja auch Verantwortung zu übernehmen. Gerade die Diskussion die ständig geführt wird, in der Frage „Tarife“, da seid gerade ihr diejenigen, die dementsprechend kritisieren, weil wir in der Vergangenheit versucht haben, bei den Tarifen soziale Gesichtspunkte einzubringen. Das wird dann von euch massiv kritisiert, wo beide Fraktionen immer meinen, daß die Tarife ständig angepaßt werden, daß die Erhöhungen passieren müssen, daß das nicht eine ständige Umsonstleistung oder eine billige Leistung der Stadt sein kann. Man müßte, wenn man das dann weiterspinn, dann in letzter Konsequenz sagen, daß man für alle, die unter einer bestimmten Einkommensgrenze sind, alle Leistungen der Stadt Steyr in Zukunft keine Erhöhung mehr erreichen und erhalten dürften. Das wäre nämlich die Konsequenz daraus. Ich glaube, daß es hier wirklich sehr populistisch ist, nach meinem Geschmack auch schon sehr polemisch, wenn man hier so tut, als ob man 15 Leute in ihr Unglück treibt und man denen auf eine unfaire und unschöne Art das Geld aus der Tasche ziehen würde. Also, so stelle ich es für meinen Geschmack dar. Alle anderen Ausgleichszulagenbezieher interessieren euch eh nicht. Es interessieren euch nur die 15. Wie es den anderen Ausgleichszulagenbezieher geht, das ist euch nämlich in Wirklichkeit egal. Darum ist es Populismus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer ist der nächsten am Wort? Keine weitere Wortmeldung? Doch noch. Herr Hoflehner bitte, der war noch nicht dran. Dann kommen noch einmal die Erstredner.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrte Presse. Wissen sie wer eigentlich dem kleinen Bürger, durch unzählige Sparpakete, das meiste Geld wegnimmt, Herr Bremm?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ersparen sie mir da eine Antwort, weil das trifft nämlich sie auch. Durch das Steuerparadies der Arbeitgeber.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ha, ha, das ist ein Wahnsinn. Wir sind in Österreich ein Steuerparadies? Schön langsam glaube ich wirklich, sie leben in einem anderen Land. Das ist ja unfassbar. Sie erlauben sich von einem Steuerparadies Österreichs zu sprechen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte meldet euch zu Wort. Das artet ja zu einem Dialog aus. Sie können ja alle das Wort ergreifen, meine Herrschaften. Budgetdebatte haben wir in zwei Monaten. Darüber können wir dann bei der Budgetdebatte reden, da gibt es ein paar hervorragende Zitate zu diesem Thema, von Leuten in Steyr, die es wissen müssen. Aber heute hätte ich es gerne, wenn wir über das Thema „Essen auf Rädern“ sprechen würden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja nur, weil ihr Fraktionsvorsitzender gesagt hat, daß wir ein Steuerparadies haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na ja, er hat in ja angesprochen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber die Debatte hat er ja angefangen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber das war der Disput zwischen den beiden. Dann haben sie sich erregt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lassen wir die 2 Zwischenrufen, das ist in Ordnung. Steuerparadies will ich jetzt nicht diskutieren, das hebe ich mir für die Budgetdebatte auf.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das trifft mich wirklich, Steuerparadies.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich werde sie an das Thema erinnern. Da kann man trefflich streiten.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Gut. Bin jetzt ich wieder dran?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehen sie, jetzt geben sie mir sogar Recht. Ihr Fraktionsvorsitzender läßt sie nicht zu Wort kommen. Aber jetzt bitte.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Aber Herr Bürgermeister, sie werden mir auch Recht geben, wenn ich sage, und das wissen wir alle, daß wir von S 1.000,-- die wir heute in diesem Staat Österreich verdienen, bereits S 450,-- an den Finanzminister zahlen. Das ist der höchste Wert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das kommt auf die Progression an, Herr Kollege.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Nein, kommt es nicht. Wenn ich alles zusammenrechne ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da sind die Ausgleichszulagenbezieher nicht dabei, die zahlen nämlich keine Steuer, aber wenn sie in der Progression über 50 sind.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Im Schnitt sind sie dort. Fragen sie ihren Finanzminister, der wird ihnen das bestätigen. S 450,-- zahlen wir. Fast die Hälfte zahlen wir heute an den Sozialstaat. Jetzt frage ich mich, jetzt wird trotzdem der Sozialstaat schrittweise demontiert. Das ist mir völlig unbegreiflich. Ein Sparpaket jagt das andere. Letztendlich sind die, die wenig verdienen diejenigen, welche eigentlich am meisten darunter leiden. Ich weiß wohin das Geld fließt. Das Geld fließt in Österreich hin, Milliarden und aber Milliarden, EU, alleine der Vorsitz kostet uns 750 Millionen Schilling.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Unser Geld fließt in einen völlig sinnlosen Basistunnel Semmering. Da haben wir das Geld dafür. Wir haben auch das Geld, daß wir die verstaatlichten Pleiten aus der Vergangenheit bezahlen, von HTM über AMAG, was da alles war. Milliarden sind da zu bezahlen. Wir bezahlen uns einen Kammerstaat, wir bezahlen sogar 26 Millionen Schilling für ein Gefängnis in Uganda. Das bezahlen wir auch. Für das haben wir Geld.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Was hat das mit Essen auf Rädern zu tun?

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Das hat sehr viel damit zu tun, weil ich nicht verstehe, warum man den Sozialstaat so demontiert, ...

Zwischenruf: Du kommst ja direkt vom Haider!

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ja, ich komme direkt vom Haider. Obwohl wir Steuern zahlen, wie noch nie in der Geschichte, wird trotzdem der Sozialstaat demontiert. Also, noch einmal.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt laßt den Redner sprechen. Es kann sich ja ein jeder zum Sozialstaat äußern.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ich verstehe eines nicht. Der Sozialstaat wird demontiert, die, welche am wenigsten haben, denen wird noch mehr Geld weggenommen und trotzdem zahlen wir in diesem Land die höchsten Steuern seit Menschengedenken. Das gibt mir zu denken.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der nächste ist Herr Stieglitz, Frau Frech im Anschluß dann zum 2.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ein paar Worte zum Vor-, Vorredner. Herr Bremm, über Geschmäcker läßt sich streiten, das wissen wir. Was für sie geschmacklos ist, ist für, hoffe ich, viele Damen und Herren in diesem Saal nicht geschmacklos. Eines möchte ich noch sagen. Da geht es um die Sache und da geht es um Leute denen es wirklich nicht gut geht. Ich schmeiße mich für die Leute auf die Schienen.

Gelächter

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Bitte lachen sie nicht in dieser Sache. Lachen sie nicht. Ich habe den Eindruck, sie steigen über uns drüber. Ich schmeiße mich auf die Schienen und sie, Herr Bremm, steigen darüber. Ich nehme das zur Kenntnis nur, ich appelliere wirklich an die Herrschaften in diesem Raum. Wir haben ein freies Mandat. Löst euch einmal von der Blockabstimmung, zeigt Charakter und stimmt einmal wirklich so ab ...

Gelächter

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das ist eine Frechheit!

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

... und unterstützt bitte diesen Antrag. Danke.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Zeigt Charakter!

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Oder habt ihr keinen?

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Oder wer?

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Zur Diskussionskultur in diesem Raum möchte ich heute nichts mehr verlieren. Ich würde sie bitten, geschätzter Kollege Bremm, daß sie in Zukunft wirklich differenzieren und nicht Aussagen, die sie hier heraußen vernommen haben, in einen Topf werfen. Zur Klarstellung auch noch einmal an meine Kolleginnen und Kollegen hier im Saal. Bei meinem Antrag geht es nicht darum eine Gruppe herauszupicken und zu sagen, diese 15 trifft die Kostenerhöhung nicht und die anderen trifft sie. Auch aus einem ganz einfachen Grund, weil in dem Moment, wo jemand vom Einkommen her auch nur S 1,-- über diesem Satz ist und kein Pflegegeld bekommt würde ihn sonst auch diese Kostenerhöhung treffen und ich würde das nicht für fair halten. D.h., mein Antrag pickt nicht etwas heraus sondern mein Antrag bezieht sich darauf, zum jetzigen Zeitpunkt, und ich halte es auch vernünftig, wenn ich mir die emotionale Diskussion hier herinnen ansehe, davon Abstand zu nehmen, vorläufig zumindest, und wirklich diese Kostenrechnung in Auftrag zu geben. Sie haben gesagt, lieber Kollege Bremm, gerade wir wären, Liberale und Freiheitliche, immer die, die sagen, man muß ja Kostenwahrheit haben. Richtig, da haben sie völlig Recht. Nur, Kostenwahrheit beginnt dort, daß ich tatsächlich weiß, was eine Portion Essen auf Rädern kostet. Das weiß ich derzeit nicht, weil in diesem Betrag von geplanten S 54,-- bzw. S 67,-- bzw. S 49,-- und S 62,-- es ja so ist, daß die Kosten der Fahrzeuge nicht umgelegt sind, daß zum Teil die Personalkosten nicht umgelegt sind. D.h., es ist nicht eruierbar, und ich habe mit dem Geschäftsbereich II als auch mit der Sozialabteilung gesprochen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht eruierbar, wieviel kostet tatsächlich eine Portion. Das wäre aber für mich einmal ein Schritt, zu wissen, was kostet das überhaupt, um mich in der Folge über eine Kostenerhöhung unterhalten zu können.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ruhe bitte. Laßt der Frau Frech ihre Gedanken entwickeln.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die Gesprächskultur in diesem Raum würde ich mir wirklich etwas anders wünschen. Ich finde es geht darum, daß wir aufgrund der geänderten Voraussetzungen und ich erwähne es noch einmal, LR Ackerl hat in diesem Punkt seine Meinung revidiert, was die Zuzahlung der Fahrzeuge belangt und das bringt uns schon etwas in den nächsten Jahren, weil wir werden sicher in den nächsten drei Jahren auch wieder einmal ein Fahrzeug anschaffen müssen, möglicherweise. Da haben wir dann weiterhin diese 50 % Zuzahlung von der wir zum Zeitpunkt dieses Beschlusses nicht mehr ausgehen haben können. Was ich noch sagen möchte ist, daß ich glaube, daß es nicht populistisch ist, wenn man so einen Antrag, wie ich ihn hier formuliert habe, einbringt. Der ist sachlich, der ist nicht emotional. Wenn ich emotional wäre, dann hätte ich Sachen hineingeschrieben wie z. B., weil es schon gefallen ist, jemand hat sich auf die Schienen geworfen. Ich habe mich nicht auf die Schienen geworfen, ich habe aber sehrwohl in meiner Funktion als Sozialsprecherin des Liberalen Forums Oberösterreich versucht, auch als nur 1-Frau-Fraktion, wie immer betont wird, eine Änderung zu erzielen. Ich stecke es mir nicht auf's Hütchen, daß ich die alleinige Person war, die den Meinungsumschwung beim LR Ackerl bewirkt hat, aber es war ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich sage ja, daß ich es mir nicht auf's Hütchen stecke. Es war der massive Protest der Gemeinden, es war aber sicherlich auch ein kleines Tröpfchen, der Protest des Liberalen Forums in Form meiner Person. Da möchte ich schon sagen, populistisch halte ich das nicht. Nur eine ganz kleine Anmerkung am Rande. Ich weiß nicht, wer von ihnen tatsächlich schon mit Essen auf Rädern zu tun gehabt hat. Ich habe es. Ich bin jahrelang für Essen auf Rädern gefahren. Ich weiß, wie wichtig es für die alten Leute ist. Und da geht es nicht darum, ob sie jetzt ihre Essens-portion haben und ob sie am Abend noch ein bißchen etwas davon essen können oder nicht sondern, da geht es um den sozialen Kontakt. Da gibt es einen am Tag der sieht, wie geht es demjenigen. Braucht der eine Krankenbehandlung, ist da irgendetwas los. Das ist irrsinnig wichtig. Mir wäre es ein Problem, wenn jemand aufgrund dieser Kostenerhöhung dann sagt, na gut, in Zukunft brauche ich dieses Essen auf Rädern nicht mehr, ich werde es mir vielleicht ein bißchen anders organisieren. Das möchte ich nicht, daß das der Fall ist, weil der soziale Kontakt in diesem Fall sehr wichtig ist. Ich glaube schon, daß wir alle hier herinnen, so unterschiedlich unsere Meinungen oft sind, doch eine gewisse Gesprächskultur an den Tag legen sollten, daß es nicht zu solchen Ausfällen kommt, wie ich sie da gerade zuerst erlebt habe. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollegin Freimund bitte.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Daß es uns natürlich trifft, wenn wir S 5,-- pro Person weiterverrechnen müssen oder, wie eben vorgeschlagen wurde, wir selber übernehmen oder spenden sollten, dafür, daß das übernommen wird. Aber eines muß man halt auch dazu feststellen. Ich will jetzt nicht für den LR Ackerl reden, aber leicht hat er es sich sicherlich nicht gemacht. Es ist klar, daß wir damit nicht zufrieden waren, als er gesagt hat, daß er das nicht mehr bezahlt. Dann müssen wir aber auch damit leben, daß die mobilen Dienste, zu denen Essen auf Rädern nicht gehört, vom Land immer auf freiwilliger Basis unterstützt werden. Sie haben immer dazu finanziert. Genauso wie sie auf freiwilliger Basis jetzt weitere drei Jahre, und ich hoffe für länger für unser Budget, und ich möchte, daß das Land auch weiterhin dazu zahlt und ich würde ihm das persönlich auch gerne wieder einmal sagen, aber es ist eine freiwillige Basis des Landes OÖ. Genauso wie es bei den mobilen Diensten ist, daß das Land OÖ. kräftig dazu finanziert, wie wir als Stadt Steyr natürlich auch. Das sind eben soziale Aspekte und soziale Bereiche, wo ja ein hoher Grad von uns finanziert werden muß, weil beim Deckungsgrad, das sind 27 bis 28 % der mobilen Dienste, das muß man sich auch einmal vorweg durch den Kopf gehen lassen, da muß man viel zusteuern. Ich denke mir trotz allem, wenn die Leute nur die S 7.900,-- im Monat haben, dann ist es einfach so, wenn der jetzt täglich sein Essen bekommt, wie wir zuerst gesprochen haben und die Frau Mag. Frech auch gesagt hat, und für den Abend ein bißchen etwas übrig bleibt, dann ißt er halt das am Abend zusammen. Es ist ein sozialer Aspekt, daß da jemand kommt, aber die S 5,--, glaube ich, wird er sich trotzdem leisten können und er wird es sich deshalb nicht abbestellen, weil es im Monat jetzt um S 150,-- mehr kostet, sondern weil ich glaube, daß die Leute nämlich nicht mehr in der Lage sind, sich selbst ein Essen zubereiten oder in ein Gashaus zu gehen und dort etwas zu konsumieren, weil sie das aus gesundheitlichen Gründen oft nicht mehr machen können oder einfach der Familienverband nicht mehr intakt ist, der sich um sie kümmern könnte. Dann werden sie trotzdem, wenn es auch um S 5,-- pro Person teurer wird, sehrwohl darauf den Anspruch erheben, das weiter zu nehmen und zu bezahlen, weil einfach der Kontakt da ist und das werden sie gerne machen. Was mir bei der Aktion vom GR Stieglitz nicht gefallen hat ist, ja, wir spenden da und ich teile halt einfach die Erlagscheine aus. Wenn sie haben wollen, daß die 15 Personen bevorzugt behandelt werden, gegenüber den anderen 700, die ihr Leben auch selbst finanzieren müssen und zuhause selbst kochen und sich das alles kaufen müssen, was die anderen eben nicht tun müssen, dann ist das eigentlich eine Benachteiligung derer. Dann müssen wir uns überlegen, ob wir den 700 Personen S 5,-- im Monat ausbezahlen, wenn wir das jetzt übernehmen. Das sage ich jetzt einfach einmal so in den Raum hinein. Wenn sie jetzt sagen, ich will jetzt einfach haben, daß diese Personen die S 5,--

nicht übernehmen und es ist ihnen ein so ein großes persönliches Anliegen, ja, wieso organisieren sie das nicht selbst?

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Das tun wir eh.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:

Ja, sie tun es eh, aber wieso sollen wir ihnen dabei helfen, weil ich spende sehr gerne und sehr viel an soziale Vereine, aber ich suche mir schon selbst aus, wohin ich spende und das hat mich sehr gestört. Mir geht es nicht um die S 385,70 sondern mir geht es um das Prinzip. Wo ich hinspende und wem ich das Geld gebe, das suche ich mir schon selbst aus. Danke.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Das ist auch ihr gutes Recht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zum Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Mich stört an dieser Diskussion vor allem der Ausdruck „die Ärmsten der Armen“. Das alleine denke ich mir, sollten wir uns sparen, weil keiner will so bezeichnet werden. Es ist durchaus verständlich, daß man aus dieser ganzen Problematik ein politisches Schnäppchen jagen will. Mir ist das schon ganz klar. Politisch ist es vielleicht nicht uninteressant für manche, daraus ein Thema zu machen. Aber ich möchte es noch einmal sagen. Ich habe es im Sozialausschuß auch schon gesagt. Diese S 5,--, wenn man sie genau betrachtet, sind sicher eine Erhöhung und sicher auch gemäß dem Gemeinderatsbeschluß, den wir im Jahr 1987 gefaßt haben, wo es heißt, die Anpassung der Kostenbeiträge, daß wir da eine Valorisierungsklausel drinnen haben, das ist sozusagen ein Nachempfinden oder ein Exekutieren dieses Gemeinderatsbeschlusses, es hat ja nicht unbedingt mit der Rücknahme von Ackerl zu tun sondern, wir haben damals gesagt, wir müssen valorisieren. Es ist halt eine Frage, ob wir es auf Kosten jener tun sollen, die ohnehin nicht auf die Butterseite gefallen sind. Das ist die Frage, ob man es dort machen soll. Bei anderen Dingen macht man es vielleicht nicht oder verspätet. Aber, wenn wir ganz ehrlich sind, wichtig ist doch im Großen und Ganzen, daß das soziale Netz, das wir hier in Steyr und im Land OÖ. oder im Bund haben, bei solchen Fällen, die es sich absolut nicht mehr leisten können, nicht reißt. Das ist in Wahrheit das Wichtigste. Bitte, wenn von den 15 Ausgleichszulagenbeziehern einer, zwei oder zehn dabei sind, die es sich nicht leisten können, dann sind doch wir die Letzten die sagen, sie müssen es trotzdem bezahlen oder wir helfen dir nicht. Da sind wir doch wirklich die Letzten. Oder? Da brauchen wir gar nicht spenden oder sonst irgendetwas. Wobei der Hinweis von der Kollegin Freimund auch sehr wichtig war, daß es auch sehr wichtig ist, daß wir auch wissen, für wen wir spenden. Also noch einmal. Wir sind sicher die Letzten, die einer Zuluße entgegenstehen, die sagen, also, wir haben das jetzt beschlossen, wir ziehen das durch, wir machen das, aus basta. Kollegin Frech oder die Herrschaften von der F, glauben sie wirklich, daß wir soweit dazu fähig wären, daß wir uns denen verweigern würden? Sicher nicht. Wir haben das soziale Netz auch soweit, daß wir zu den Personen auch in den Haushalt kommen und schauen, was paßt da alles nicht, wo können wir noch zubuttern, wo können wir noch versuchen zu helfen. Jetzt fummeln wir wirklich mittlerweile schon einen ½ Stunde wegen S 5,-- herum. Das verstehe ich wirklich nicht. Ich denke mir, das sind diese populistischen Schnäppchen, die ich politisch schon verstehe, wenn man sie spielt. Aber bleiben wir doch realistisch. Wir müssen realistisch bleiben, um die Idee eines sozialen Netzes aufrecht zu erhalten, weil wenn wir jetzt hergehen und da und dort spenden, da und dort in die Zeitung schreiben, daß dieses und jenes im Fünf-Schilling-Bereich in Steyr so schlecht wäre, dann werden wir wahrscheinlich „narrisch“ und wir verlieren den Überblick. Also sag mir einer da herinnen, in welchem Bereich bei diesen Ausgleichszulagenbeziehern wir so derartige Defizite haben, daß wir eine populistische Welle in diesem Ausmaß lostreten müssen. Das sag mir einer da herinnen, ehrlich. Also nicht, es sagt keiner etwas.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da geht es ums Prinzip, nicht um die S 5,--.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, ja natürlich. Mein Prinzip habe ich auch erklärt. Das Prinzip darf man aber nicht an S 5,-- aufhängen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das machst du ja gerade!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das mache ich nicht. Ich sage, das soziale Netz muß in Steyr fest geknüpft sein, es darf keiner durchfallen. Bitte, sage mir da herinnen einen, der durchgefallen ist. Zumindest von diesen 15, die dort existieren. Würden sie durchfallen, würden wir einschreiten und das machen wir 100%-ig.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Woher wissen wir es?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das weiß ich aus Erfahrung und mir kann keiner vorwerfen, daß ich ein asozialer Mensch wäre oder kein Ohr für derlei Dinge hätte. Ich weiß aber auch sehrwohl, mit was man Politik machen kann. Nur, mit dieser Fünf-Schilling-Diskussion, das ist mir ehrlich gesagt zu schade. Ich will nicht jene noch einmal als „die Ärmsten der Armen“ bezeichnen, die nicht auf die Butterseite gefallen sind. Das ist nämlich ein Stück Unverfrorenheit, das zu behaupten. Ich möchte, wenn ich in dieser Situation wäre, auch nicht als solcher bezeichnet werden. Das möchte ich nicht. Noch einmal auf die Wortmeldung des Kollegen Stieglitz zurückzukommen. Nein, das war der Kollege Hoflehner. Das stimmt schon, daß unsere Solidarität ein bißchen zu knacken anfängt. Das stimmt schon. Nicht unbedingt in Steyr aber im Bund muß man das natürlich schon feststellen. Manche sagen „Demontage des Sozialstaates“. Ich denke mir, das ist schon einmal übertrieben, aber, daß es sicherlich zu Auswirkungen kommt, daß wir immer mehr Reiche und immer mehr Arme im Gleichzug in Österreich hier bekommen, das ist uns auch voll bewußt. In Steyr ist es aber Gott sei Dank schon so, daß wir alle im Auge haben, wo wir glauben, daß wir dort noch nachrangieren müssen. Im Bund redet man sich leicht, das ist schon klar, aber wir sind Kommunalpolitiker und da ist es wichtig, daß wir jeden Einzelnen herauspicken, der Gefahr läuft, daß er sich das Leben nicht mehr leisten kann. Das passiert uns glaube ich nicht so schnell, daß, wenn einer zu uns kommt und sagt, hallo, das und das, die Schwierigkeiten haben wir, oder ich kann mir das Essen nicht leisten, weil es um S 5,-- teuer geworden ist, daß wir sagen, das geht uns nichts an, da tun wir nichts. Ich denke, daß jeder populistische Versuch aus dem Kapital zu schlagen fehl am Platze ist. Halten wir lieber das Auge auf all jene, die drohen, sich ihr Leben nicht mehr leisten zu können, die drohen, abzurutschen. Das ist nämlich viel mehr Arbeit als wie da herauszu stehen und zu sagen, spenden wir halt S 380,--, anonym. Halten wir lieber das Auge auf all unsere Mitbewohner und Mitbewohnerinnen, die sich schwer tun und schauen wir, daß wir für die eine gute Politik machen und wenn es wirklich kracht, stehen wir da und helfen. Das ist weitaus wichtiger und unter Umständen bedeutend mehr Arbeit. Aber es ist besser, glaube ich, als eine Fünf-Schilling Diskussion hier herinnen zu führen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Schlußwort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, meine Damen und Herren, es ist sehr viel gesprochen worden. Ich möchte zum Kollegen Apfelthaler sagen, ich kann stolz sein, daß in Steyr so ein dichtes Sozialnetz ist und wir uns das erhalten. Ich möchte schon darauf hinweisen, daß ich beim Kollegen Stieglitz glaube er spielt da in seinem jugendlichen Leichtsinn den großen Robin Hood. Wir haben wirklich zwischen 800 und 1000 Ausgleichszulagenbezieher und das sollten wir nicht vergessen. Für alle die nicht genau wissen, was bekommen die Ausgleichszulagenbezieher in unserer Stadt an Unterstützung, möchte ich eine kurze Information weitergeben, damit einmal jeder sieht, wenn ich Ausgleichszulagenbezieher bin, bekomme ich das und das und wenn ich um S 200,-- mehr Pension habe und nicht in die Ausgleichszulage falle, dann muß ich mir alles selbst bezahlen. Es bekommen natürlich vonseiten des Sozialamtes all jene, die Unterstützung brauchen, selbstverständlich Unterstützung. Ich habe es bereits im Sozialausschuß erwähnt, wenn jemand kommt und sagt, er kann das alles nicht beglichen, und wir machen sehr viele Hausbesuche, dann bekommt er vom Soforthilfekonto eine Unterstützung. Ich kann ihnen sehr viele Pensionistinnen und Pensionisten aufzählen, die dankbar sind, daß wir sie unterstützt haben. Die alten Menschen wollen nicht als Almosenempfänger hingestellt werden, weil ein alter Mensch hat sich auch immer seinen Lebensunterhalt verdient. Wenn er jetzt das Geld zur Verfügung hat, und ich rede sehr viel mit alten Menschen und das würde ich jedem einmal empfehlen, dann sieht er und sagt, ich kann mir mein Geld einteilen, weil ich bekommen eine 13. und eine 14. Pension und mit dem kann ich mir dann einen Kühlschrank oder neue Schuhe kaufen und mir bleibt von meiner Pension auch noch etwas, damit ich meinen Enkelkindern noch etwas geben kann. Die können sich nämlich ihr Geld einteilen und vor denen ziehe ich den Hut. Ich muß eines sagen, vielleicht für alle die solche Informationen nicht haben, die sind von Telefon-, Rundfunk- und Fernsehgebühren befreit. D.h., im Monat S 394,--. Die haben eine Rezeptgebührenbefreiung, d.h. pro Rezept S 47,-- und wir wissen, daß alte Menschen sehr viel Medikamente brauchen. Man kann da einen Durchschnittswert von S 400,-- bis S 500,-- annehmen. Dann gibt es bei uns die Weihnachtsaktion. Da bekommt jeder Ausgleichszulagenempfänger S 500,--. Dann gibt es die Brennstoffaktion, da bekommt jeder S 1.000,--. Dann gibt es noch den Seniorenpaß, den bekommt jeder Ausgleichszulagenempfänger gratis. Was wir noch haben ist, wenn heute ein Ausgleichszulagenempfänger auf Urlaub, auf Erholung fährt, dann bekommt er pro Woche von uns einen Zuschuß von S 800,--. D.h., wenn er drei Wochen fortfährt, dann bekommt er S 2.400,--. Also, ich glaube, daß wir uns um die ältere Generation schon vehement kümmern und annehmen. Wir machen die Dienste, daß wir die ältere Generation besuchen. Wir machen die Dienste deswegen, weil bei der älteren Generation nicht die Verarmung das Hauptproblem ist, sondern zum Teil die Verwahrlosung und das wollen wir angreifen. Wir haben schon sehr viel wo wir dann unterstützend eingreifen und wenn wir da sagen, wir machen ein Konto, daß da etwas in Bewegung kommt, wir haben es am Sozialamt miteinkalkuliert, dann finde ich das gerecht. Ich kann aber nicht nur 15 Leuten etwas geben. Die, die im Endeffekt weniger haben als die Ausgleichsbezieher, das sind, bitte sehr, sehr viele, weil wenn ich das wegrechne, dann kommen die anderen in eine Gruppe hinein, die haben alle viel weniger. Wo bleibt da bitte die Gerechtigkeit. Wir müssen auch hier eine Gerechtigkeit an den Tag legen. Ich kann mich nur für die Gerechtigkeit einsetzen, auch für die älteren Menschen. Ich finde das auch populistisch wenn ich jetzt mit S 5,-- hantiere und sage, ja S 5,-- ein Wahnsinn. Jetzt möchte ich euch alle etwas fragen. Wenn wir jetzt nicht erhöhen und dann gehen wir um S 10,-- hinauf, weil es nicht mehr tragbar ist, was ist denn dann? Eines dürfen wir natürlich auch nicht vergessen. Wir haben 24 Zusteller und die besuchen täglich die Leute. Die verdienen in der Stunde S 70,--. Da muß

Idealismus und ein soziales Engagement dabei sein, daß ich das täglich mache und mich um die Leute kümmere, weil sie bekommen pro Tag nicht mehr als 3 Stunden bezahlt. Wenn sie heute bei einem Menschen länger sind, weil der halt ein Gespräch will, dann machen die das in der Freizeit. Vor denen ziehe ich auch den Hut. Wenn wir heute sage, wir setzen uns hin und kontrollieren auch einmal, weil mit 15 Personen kann ich leicht sagen, wir spenden. Ich kenne andere, die auch alleine in der Wohnung sind und sich freuen würden, wenn einmal jemand kommen würde. Die wollen gar keine Spende. Die wollen nur einen Besuch haben, daß man sich ein bißchen hinsetzt, daß man mit ihnen ein Gespräch führt, weil sie eben keine Familie mehr haben. Das finde ich viel wertvoller, als wie wenn ich sage, ich spende ihnen die S 5,--. Das ist für mich keine Größe. Größe ist für mich dann, wenn ich zu einem alten Menschen gehe und mich hinsetze und mich mit ihm unterhalte und pflege eine Kommunikation. Ich kenne sehr viele die sagen, ich habe zwar Enkelkinder aber ich kenne sie nicht, weil die grüßen mich nicht einmal. Also bitte, das ist auch kein Benehmen. Da muß ich sagen, da habe ich das Herz am falschen Platz, weil das finde ich sehr wichtig und das gehört auch zu Essen auf Rädern, weil die Leute, die Essen auf Rädern bekommen, die können nicht mehr aus ihrer Wohnung heraus. Die brauchen die Unterstützung der Bevölkerung. Das sollten wir nicht vergessen. Man soll das jetzt nicht rein populistisch machen und sagen, S 5,--, ein Wahnsinn, den Armen nehmen wir das weg. Man sollte ihnen mehr Herzenswärme geben und sich mehr um sie kümmern. Dann kann ich sagen, das ist ein soziales Engagement. Aber nicht einfach hingehen und sagen, wir sammeln jetzt und dann geben wir das Geld dort hin, da habt ihr es. Glauben sie daß man da den alten Leuten eine Freude macht? Das ist für die eine Beleidigung, das möchte ich auch einmal sagen, weil ein jeder alte Mensch hat seinen Stolz und sagt, ich kann mir das selbst leisten. Ich meine, das kann ich nicht akzeptieren. Wenn wir es nämlich jetzt nicht erhöhen, dann kommen wir in die Situation, daß wir sagen, wir können es nicht mehr um S 5,-- erhöhen sondern wir müssen es um S 10,-- oder um S 15,-- erhöhen. Ich kann nur eines sagen. Eine Erhöhung ist immer notwendig. Die Fahrzeuge spielen keine Rolle, weil wir haben jetzt eh S 710.000,-- beschlossen, liebe Frau Kollegin Frech. Da geht es ja um die Instandhaltung. Jetzt sage ich ihnen etwas. Sie sind zwar selbst gefahren aber was glauben sie wieviel Geschirr da drauf geht? Warum? Weil ein alter Mensch vergißt, daß er die Platte ausschaltet, dann verbrennt der Deckel. Das Geschirr ist nicht billig, weil das ist ein Warmhaltegeschirr. Das rechnen wir noch gar nicht. Die Instandhaltung wird zu diesem Abgang nicht dazugerechnet. Das leisten wir sowieso als Stadt dazu. Wir leisten auch für die Fahrer den Beitrag dazu und natürlich auch für das Essen. Das hat jetzt mit dieser Erhöhung gar nichts zu tun. Da leisten wir noch genug Beitrag, damit wir das Essen so liefern können. Weil wenn ich 24 Leute zahle, die unterwegs sind, die sehr viel Eigenleistung erbringen und ich möchte hier auch die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die bei der Aktion Essen auf Rädern tätig sind, ganz herzlich bedanken, weil die haben einen Idealismus und fahren auch Samstag und Sonntag und sprechen mit den Leuten und setzen sich einige Minuten zu ihnen hin und fragen, wie es ihnen geht. Das ist für manche Menschen die einzige Kommunikation mit der Außenwelt. Ich war jetzt zufällig bei einer 95-jährigen im Münichholz gratulieren. Die hat gesagt, daß sie seit 10 Jahren nicht mehr draußen war. Seit 10 Jahren hat sie die Wohnung nicht mehr verlassen. Die einzigen Ansprechpartner sind die Leute von Essen auf Rädern. Das ist die einzige Kommunikation, was diese alte Dame noch hat. Sie lebt aber gerne in ihrer Wohnung, weil wir eben so ein soziales Netz haben, daß wir die mobilen Dienste und Essen auf Rädern haben und, daß sie eine Betreuung hat, die sie braucht. Ich glaube, da können wir in unserer Stadt stolz sein, daß wir das haben. Man kann aber nicht sagen, wir montieren alles mehr ab, Herr Hoflehner. Wir montieren in Steyr nicht mehr ab. Wir haben sehr viel erweitert. Ich glaube, da haben wir alle dazu beigetragen, daß wir den Beschluß gefaßt haben. Darauf sollten wir stolz sein und schauen, daß wir dieses Erreichte auch erhalten. In diesem Sinne würde ich sie ersuchen meinem Antrag die Zustimmung zu geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen.

VICEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Moment. Wir haben auch Abänderungsanträge.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ach ja, die Abänderungsanträge. Die Frau Vizebürgermeisterin war so zündend, daß ich die Abänderungsanträge vergessen haben. Der Abänderungsantrag, der weitestgehende, ist der von der Frau Kollegin Frech, weil die will überhaupt keine Erhöhung machen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Vorerst!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vorerst. Daher lasse ich zuerst über den Abänderungsantrag der Frau Kollegin Frech abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. (1 - LIF, 3 F - GR Payrleithner, GR Ing. Hoflehner, GR Dr. Wetzl). Wer ist gegen diesen Antrag? (26 - SPÖ, ÖVP, GAL). Stimmenthaltung? (6 F - Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Fürweger, GR Reznar, GR Stieglitz, GR Toman). Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Abänderungsantrag des Herrn Kollegen Stieglitz abstimmen. Er möchte haben, daß die 15 Personen die Ausgleichszulagenbezieher sind und in dieser Aktion drinnen sind von der Erhöhung ausgenommen

werden. Wer für diesen Antrag ist, möchte bitte ein Zeichen geben. 9 - FPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? 26 - SPÖ, ÖVP, GAL. Stimmenthaltungen? 1 - LIF. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun über den Hauptantrag abstimmen. Wer für den Hauptantrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. 26 - SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist gegen den Hauptantrag? 4 (1 LIF, 3 F - GR Stieglitz, GR Dr. Wetzl, GR Ing. Hoflehner). Wer übt Stimmenthaltung? 6 FPÖ (Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Fürweger, GR Reznar, GR Stieglitz, GR Toman). Kompliziert. Alles ausgezählt? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich möchte noch etwas sagen, weil das ist offensichtlich nicht gesagt worden oder ich habe es überhört, daß natürlich die Ausgleichszulagenrichtsätze alle Jahre erhöht werden. Stärker erhöht werden, zumindest in Österreich, als die normale Pensionserhöhung beträgt und, daß natürlich die Richtsätze in Wirklichkeit auf Basis der Lebenshaltungskosten berechnet werden. Also, Ernährung, Wohnungskosten, Bekleidungskosten, die Grundbedürfnisse. Das steht auch außer Frage. Das sollte bei der Gelegenheit auch berücksichtigt werden. Es ist nicht so, daß den Ärmsten der Armen etwas weggenommen wird sondern, daß sie aus dem sozialen System unseres Landes, auch mehr bekommen. Daß das Grundbedürfnis „Essen“ von Zeit zu Zeit angehoben werden muß ist eigentlich, glaube ich, nicht so unverständlich. Wir reden nämlich von Preisen für ein serviertes Menü in die Wohnungen im Ausmaß, im Gegenwert von 3 - 4 Wurstsemmeln, die man sich normalerweise selbst holen muß. Das muß schon auch noch hinzugefügt werden und in Wahrheit ist es rundherum schwer subventioniert.

So, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Punkt betrifft zusätzliche Subventionsmittel für die Aktion Tagesmütter. Ergibt natürlich auch wieder die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Wir haben ja für 23 Kinder pro Monat eine max. Jahressubvention von S 500.000,-- beschlossen und auch im Budget drinnen. Die Kinder sind natürlich mehr geworden, weil die Tagesmütter sehr beliebt sind. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Fin-239/97 Verein „Aktion Tagesmütter“; zusätzliche Subventionsmittel für 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheit vom 21.9.1998 werden dem Verein „Aktion Tagesmütter“ für das Jahr 1998 zusätzliche Subventionsmittel in Höhe von **S 110.000,-- (Schilling einhundertzehntausend)** gewährt.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 80.000,-- von der VSt. 1/439000/403100 (Restmittel Kindersozialfonds) sowie von S 30.000,-- von der VSt. 1/259000/757200 (Restmittel Streetworker) jeweils auf die VSt. 1/439000/757000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei den o.a. Voranschlagstellen zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung. Wenn keine Debatte gewünscht wird, kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Verein „Frauen für Frauen“, um die Subvention, den 2. Teilbetrag für 1998. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Fin-56/98 Verein „Frauen für Frauen“ - Frauenhaus Steyr; Subvention 1998; 2. Teilbetrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 15.09.1998 wird dem Verein „Frauen für Frauen“ für den laufenden Betrieb des Frauenhauses Steyr, Wehrgrabengasse 83, für die Monate Mai bis Dezember 1998 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von **S 450.000,-- (Schilling vierhundertfünfzigtausend)** gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/469000/757000 freigegeben.

Ich bitte auch um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, es steht zwar im Amtsbericht, daß die Finanzierung der oberösterreichischen Frauenhäuser ab 1.1.1999 in den alleinigen Zuständigkeitsbereich des Landes übergeht nämlich, weil es auch im neuen Sozialhilfegesetz so vorgesehen ist. Dadurch entsteht irgendwo der Eindruck, daß wir als Stadt Steyr von sämtlichen finanziellen Verpflichtungen diesbezüglich vielleicht freigesagt sind, bei dem einen oder anderen. Aus diesem Grund geht von mir her die Frage, wir müssen nämlich im Rahmen von Transferzahlungen wiederum für das Frauenhaus aufkommen und im letzten Sozialausschuß ist die Frage aufgetaucht, unter anderem auch von mir, wie das aussehen wird, nach welchem Schlüssel diese Zuzahlungen sind. Damals hat es geheißen, da sind noch Verhandlungen mit dem Land. Ich hätte sie in diesem Zusammenhang gebeten Frau Vizebürgermeisterin, ob es da schon konkretere Aussagen gibt, in welchem Ausmaß es uns treffen wird. Geht es nach dem Bevölkerungsschlüssel, geht es danach, wieviele Steyrerinnen im Frauenhaus sind, wonach das berechnet wird, weil ich glaube, es ist auch ganz interessant für den Gemeinderat das zu erfahren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine weitere Wortmeldung. Schlußwort. Vielleicht kann die Erklärung gleich erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, ich bin ein bißchen überrascht. Ich glaube, wir haben darüber gesprochen und ich habe das auch erklärt, wie das in Zukunft aussehen soll. Soweit ich weiß, wird es im Umlageverfahren geschehen und zwar, nach der Einwohnerzahl und nach der Finanzstärke der Gemeinden und Städte. D.h., dasselbe gilt auch für die Notschlafstelle. Für alles, wo das Land die Kosten übernimmt, gilt es überall nach dem Umlageverfahren der Einwohneranzahlen, der Bewohner und der Finanzstärke der Gemeinden und Städte. Ich habe das aber im letzten Sozialausschuß erwähnt, glaube ich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber nicht ganz ausdiskutiert!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist der Wissenstand bis heute für alle und das habe ich auch im Sozialausschuß erklärt und es hat sich seitdem noch nichts geändert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

D.h., die Umlage kann sich alle Jahre ändern obwohl gleichviele Frauen oder Kinder in dem Stützpunkt sind, wenn sich z. B. die Finanzkraft der Gemeinde ändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, dann wird das billiger.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn es uns gut geht, dann wird es teurer, heißt das. Ist das beantwortet?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. War auch einmal ein Thema, wo wir lange diskutiert haben. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So ändern sich die Zeiten. In meinem nächsten Antrag geht es um das Jugendzentrum „Gewölbe“ um das Subventionsansuchen für 1998. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Fin-199/98 Jugendzentrum „Gewölbe“; Subventionsansuchen für 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 21.09.1998 wird dem Jugendzentrum „Gewölbe“ für das Jahr 1998 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von **S 10.000,-- (Schilling**

zehntausend) gewährt.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 10.000,-- (Schilling zehntausend) von der VSt. 1/259000/757200 (Restmittel beim Budgetposten „Streetworker“) auf die VSt. 1/439000/757000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VSt. 1/259000/757200 (Streetworker) zu erfolgen.

Ich ersuche auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wünscht jemand das Wort? Ja, zwei Frauen gleichzeitig. Jetzt könnt ihr zueinander einmal höflich sein. Ich lasse euch die Wahl.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Pramendorfer. Sehr nett Frau Frech.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Hohes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates. Mit dem Subventionsansuchen 1998 für das Jugendzentrum „Gewölbe“ hat eine Geschichte der Irrungen und Wirrungen, der Kompetenzuneinigkeiten und Nichtzuständigkeiten, ein auf lange Sicht gesehen, hoffentlich rühmliches Ende, gefunden. Eine Geschichte, die nicht ganz untypisch für den Umgang mit Subventionen in dieser Stadt ist. Ich habe mir die Mühe gemacht und die Subventionslisten, soweit sie mir zur Verfügung gestanden sind, durchgearbeitet. Es ist bei mir so ein bißchen der Eindruck entstanden als habe sich da jemand als Kopiermaschine betätigt. Von den 27 Vereinen die auf der aktuellen Liste aufscheinen sind es 21, die seit Jahren unverändert, in gleicher Höhe, auf dieser Liste aufscheinen. Meine Damen und Herren es geht hier nicht um die Vereine die das Geld, daß sie von der Stadt bekommen, sicher gut brauchen können. Nein, es geht eigentlich um die Art und Weise, wie diese Vereine zu ihrem Geld kommen. Wieso gibt es Vereine die das Glück haben, einmal auf diese Liste gekommen zu sein und deren Subvention eigentlich unhinterfragt fortgeschrieben wird und andere müssen erst lange als Bittsteller den Weg durch Instanzen gehen um dann vielleicht mit einem Butterbrot oder einem abschlägigen Bescheid abgefertigt zu werden? Wäre es nicht hoch an der Zeit das gesamte Subventionswesen der Stadt neu zu überdenken und umzugestalten? Wir von der ÖVP-Fraktion sind sofort dazu bereit unseren Beitrag, d.h. unsere Ideen, dazu einzubringen. In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage. Wenn die Information, die ich von leitender Stelle im Magistrat bekommen habe, richtig ist, ist der Magistrat verpflichtet, alle, ich betone alle, Subventionen genau aufzulisten. Das bedeutet nicht nur Geldzuwendungen sondern auch Sach- und Personalleistungen, die dem Magistrat, das ist ja auch der Steuerzahler, etwas kosten. Wenn es diese Auflage des Rechnungshofes gibt, ist es eine Geheimliste oder wie gelingt es einem einfachen, kleinen Mandatar wie mir, an diese Liste zu kommen, wenn der Weg über die zuständig leitenden Beamten und dem politisch Verantwortlichen offensichtlich nicht von Erfolg gekrönt ist? Eine andere Frage, die zwar nicht in diesem Bereich fällt, die ich aber trotzdem stellen möchte, betrifft die Reform der Kindergartentarife. Da wollte ich nur nachfragen, in der Sitzung des Sozialausschusses im Mai wurde auf die Dringlichkeit dieser Reform hingewiesen und den Mitgliedern des Ausschusses der Reformentwurf noch vor der Sommerpause zugesichert, damit er in der Fraktion ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das paßt ja überhaupt nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, das ist ein anderes Thema.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber macht nichts!

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Ja, ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Versuchen wir wieder ins Gewölbe zurückzukommen Frau GR Pramendorfer. Sie sind natürlich jetzt bei den Kindergartentarifen. Es ist natürlich eh spannend, da werden wir uns sicher auch noch unterhalten müssen, es ist aber sehr weit vom Thema weg.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Ist schon weit vom Thema weg. Ich habe es eh gesagt, ich gebe es zu, aber ich hätte trotzdem darauf gerne einmal eine Antwort. Ich wollte einfach nur wissen, wo die Tarifvorschläge bleiben und wann wir sie zu Gesicht bekommen, damit wir sie auch durchdiskutieren können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das müssen wir noch ausführlich debattieren. Das ist uns bekannt, wir haben uns schon mehrfach damit beschäftigt. Es wird auch noch in den Finanz- und Rechtsausschuß gehen. Wahrscheinlich wird es auch noch einmal im Sozialausschuß debattiert werden.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Ja. Jedenfalls die eine Frage, die ich zum Gewölbe gehabt habe bezüglich dieser Subventionsliste mit Personal- und Sachaufwendungen, das hätte ich schon gerne beantwortet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich nehme an, wenn solche Werte nicht vorhanden sind, daß keine weiteren Zuwendungen erfolgen. Der Rechnungshof hat uns ins Stammbuch geschrieben, daß wir bei den Sportvereinen unsere Aufwendungen auf das Karteiblatt des jeweiligen Vereines dazuschreiben müssen. D.h., wenn neben der Subvention, der materiellen Hilfe für den Verein, auch noch Sachleistungen gebracht werden, dann muß das dort zugeordnet werden. Das hat sich deshalb ergeben, weil wir für Sportvereine z. B. Leistungen der Gärtnerei, Rasenmähen und vieles mehr, dort machen.. Das kostet schon verhältnismäßig viel Geld, weil ja hier Personalkosten mit anfallen. Das wird auch sehr konkret gemacht. Bei den anderen Vereinen bin ich auch der Meinung, daß wir das in Wirklichkeit so tun sollten. Ich muß allerdings sagen, mir ist nicht bekannt, in der Zeit in der ich mich mit diesen Subventionsfragen beschäftigt habe, in den letzten Jahren, daß irgendwelche Vereine oder Zentren außerhalb ihrer Subvention, die da auf der Liste steht, noch irgendetwas bekommen haben. Ich glaube, die Ausnahme ist sogar das Gewölbe. Da hat mich einmal der Herr Dechant Pimmingstorfer bei irgendeiner Veranstaltung fürchterlich genagelt und da habe ich gesagt, na ja gut, da müssen wir schauen. Da haben sie ein Projekt gehabt mit irgendeinem Kommunikationsmittel, da haben wir, glaube ich, außerhalb etwas bezahlt. Ob das dort dann dazugeschrieben wurde, könnte ich jetzt nicht sagen. Aber es wäre richtig und sinnvoll, damit man einen Gesamtüberblick bekommt. Nur, manches Mal ist das sehr schwierig. Da ist, glaube ich, sogar unser Finanzgeschäftsbereichsleiter überfordert, weil es gibt Lobbys und natürlich unterschiedliche Bereiche. Da gibt es manches, was auf Kultur läuft und was auf etwas anderes läuft. Die haben überall ihre Wege und dort beanspruchen sie das. Auf die Art und Weise geht es bei dem einen oft ein bißchen besser zu als bei anderen. Das möchte ich gar nicht bestreiten.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Darum war ja die Anregung, das aufzulisten, was die in Wirklichkeit bekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im Kulturbereich stelle ich das halt hauptsächlich fest. Da kommen sie von mehreren Türen herein. Ich brauche nur so schauen, weil mir das letzte Chorfestival in Erinnerung ist. Da hat es eine Subvention gegeben. Dann hat es natürlich auch heftige Interventionen gegeben, sie brauchen irgendwelche Buschen von der Gärtnerei, damit es das richtige Ambiente bekommt und natürlich müßte man die Künstler ein bißchen einladen. Verstehen sie mich? So läuft das halt zusammen. Zum Schluß wird dann ein Geschrei ausgestoßen, daß sie sehr schlecht gefördert wurden und halt nur eine Leistung dabei zitiert. Wenn wir alles zusammenrechnen würden, dann ist das ganz erheblich. Das Chorfestival war ein großer Erfolg. Herzlichen Glückwunsch Fiala Martin. Allerdings muß ich auch sagen, daß es drum herum auch ganz schön aufwendig war. Alles zusammen. Es hängt sich allerhand an. Also, wie gesagt, es gibt in dem Sinn keine Liste, wo da alles oben steht und die verschickt werden könnte. Bei den Sportvereinen ist das z. B. amtlich. Da gibt es für jeden Verein eine Kartei und da können sie Einsicht nehmen. Es ist außerdem so, daß jeder Verein einen Tätigkeitsbericht liefern muß, was er tut. Das haben wir in der vergangenen Periode eingeführt. Das wird sehr genau überwacht und ohne dem gibt es auch keine Auszahlung von Subventionen. Also, es ist nicht so, daß am Papier irgendein Verein steht und der bekommt automatisch das Geld. Er bekommt zwar die gleiche Höhe aber es war natürlich mühsam muß ich sagen. Wir haben nach der vorletzten Periode ein Jahr gebraucht um uns auf eine Subventionsliste zu einigen. Die Vereine haben ein Jahr kein Geld von uns bekommen, weil wir so gestritten haben. Dann haben wir es aber gehabt. Wenn man irgendwo zu drehen anfängt, dann muß man wahrscheinlich bei allen Rädern drehen. Es sind aber in der Zwischenzeit viele neue Projekte entstanden, die sehr kostenaufwendig sind. Gerade im Sozialbereich. Mir fallen nur einige ein z. B. Kinderschutzberatungen, Gesundheitssprengel oder Krabbelstube. Alle Jahre ein bis zwei Projekte. Die kommen und dann reden wir aber gleich von sechsstelligen, oder noch mehr, Zahlen. In Wahrheit stehen, das ist mir eh ein Bedürfnis, das habe ich bei den Budgetverhandlungen schon gesagt, seit vielen langen Jahren oft unsere Vereine, die auch sehr fleißig und ehrenamtlich unterwegs sind, immer mit den gleichen Beträgen da drinnen, die sich natürlich langsam vor dem Hintergrund der Kaufkraftentwertung schon gegen Null annähern. Das müssen wir uns auch einmal überlegen, weil immerhin glaube ich, daß die bestehenden funktionierenden Infrastrukturen unserer Stadt, da meine ich alle Vereine, in Wirklichkeit auch die Unterstützung und Würdigung der Stadt, in der Unterstützung die sie auch materiell von der Stadt erfahren, daß sich da von Zeit zu Zeit einmal eine Anpassung tun sollte. Jetzt habe ich sehr viel gesagt aber das Schlußwort hat die Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Frau Mag. Frech hat sich noch zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ah, die habe ich vergessen. Frau Mag. Frech, sie sind so eine Dauerplauderin, ich habe schon Schwierigkeiten. Ich

werde mir irgendeinen Erinnerungsschalter einbauen. „Jedesmal der Frau Frech das Wort erteilen.“

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Bürgermeister, es ist halt ganz einfach so, ich bin, wie sie ja immer erwähnen, die nur 1-Frau-Fraktion und deshalb kann ich meine Wortmeldungen nicht auf drei, vier, fünf Fraktionsmitglieder aufteilen, wie das bei anderen Fraktionen möglich ist. Deshalb müssen sie halt mit mir vorlieb nehmen, außer sie schaffen mir die Möglichkeit, mich vertreten zu lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zunächst, weil ihr werdet ja mit der Zeit mehr werden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Richtig, davon gehe ich aus.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber zurück zum „Gewölbe“. Die Kollegin Pramendorfer hat es schon angesprochen. Die Zeit der Irrungen und Wirrungen ist hoffentlich vorbei. Faktum ist aber noch immer, daß das „Gewölbe“ bis dato keinerlei Subventionen seitens der Stadt erhalten hat obwohl das „Gewölbe“ seit Jahren wertvolle Jugendarbeit leistet. Durch den Rost gefallen sind sie deshalb, weil man sich lange Zeit nicht einig war, ist das jetzt Kulturausschuß oder Sozialausschuß. So ganz klar ist die Trennlinie nicht gewesen. Gut, jetzt haben wir ihm wenigstens einen Ausschuß zugewiesen. In dem Fall ist das jetzt der Sozialausschuß. S 10.000,-- sind für heuer vorgesehen. Ich bin einmal glücklich, daß es diese S 10.000,-- gibt. Ich möchte aber nicht, daß wir uns auf diesen S 10.000,-- ausruhen, weil Faktum ist, das Gewölbe steckt in großen Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten sind die, daß höchstwahrscheinlich die Gefahr droht, daß das Gewölbe aus den jetzigen Räumlichkeiten ausziehen muß, wenn es nicht eine finanzielle Unterstützung seitens der Stadt gibt. S 10.000,-- pro Jahr, nicht einmal S 1.000,-- pro Monat, werden dafür ganz einfach nicht ausreichen. Der Grund ist der, daß im Gegensatz zu Steyr es in anderen Städten und in anderen Gemeinden, auch in kleineren Gemeinden, solche Einrichtungen oder Einrichtungen der Diözese, das Gewölbe ist in diesem Fall halt auch eine Sache der Diözese, finanziert werden. In Steyr war das bis dato nicht der Fall. Die Diözese spart, wie überall. Das erste war einmal, daß gesagt wurde, ihr müßt evt. aus diesen Räumlichkeiten hinaus, ihr müßt euch etwas billigeres suchen, die Miete muß geringer sein. Faktum ist aber auch, daß das Gewölbe von diesem Platz etwas abhängig ist. Und zwar ganz einfach weil sie als Betreuungsgruppe die Jugendlichen, die in die höheren Schulen gehen, haben. Die sind eben ganz einfach an diesem Ort. Die kann man nicht einfach verschieben. Dort gibt es die HAK, dort ist das Gymnasium. D.h., man kann nicht einfach das Jugendzentrum Gewölbe auf die Ennsleite oder auf den Resthof geben, weil das wird nicht funktionieren. Sie haben sich im Tagesbetrieb vorwiegend zur Aufgabe gesetzt, sich um diese Schülerinnen und Schüler zu kümmern. Ich glaube, daß uns das als Stadt auch etwas wert sein sollte. Ich habe gesehen, daß im nächsten Jahr S 20.000,-- vorgesehen sind. Da kann man zwar sagen, daß das eine 100%ige Steigerung ist, aber trotzdem sind S 20.000,- für ein Jugendzentrum, das im Jahr 700 bis 800 Jugendliche betreut, nicht wirklich viel. Ich würde mir eben wünschen, auch mein Appell an sie, daß sie auch im Rahmen des Budgets das Gewölbe mit einem wirklich fairen Betrag bedenken.

Eine kurze Wortmeldung habe ich noch, gerichtet an meine Kollegin Pramendorfer. Sie rennen offene Türen ein, zumindest bei mir, wenn sie sagen, es muß klare Subventionslinien, klare Förderungsrichtlinien geben. Ich würde sie bitten, auch in der eigenen Partei diesbezüglich aktiv zu werden, weil mein Ansuchen seit März d.J., und permanente Diskussion im Kulturausschuß, daß es zur Erstellung klarer, transparenter Förderungsrichtlinien kommt, die mit größeren Planungshorizonten für die Kulturschaffenden zusammenhängen, ist bis heute noch nicht im Ausschuß behandelt worden. Aber wie gesagt, ich freue mich über ihre diesbezügliche Unterstützung und es ist selbstverständlich, daß es sowohl im Sozial- als auch im Kulturbereich klare und transparente Subventionsrichtlinien geben sollte und, daß nicht das passiert, was derzeit passiert, der, der seine Lobby hat, der bekommt sein Geld und der, der keine Lobby hat, bekommt es nicht. Das ist nicht fair und gerecht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Keine weitere Wortmeldung mehr? Schlußwort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich kann dazu nur sagen, daß es bei uns klare Subventionsrichtlinien gibt. Jeder im Sozialausschuß bekommt die Subventionsliste die wir beschließen und jeder hat es detailliert, was für ein Verein welche Subvention bekommt. Ausbezahlt wird natürlich erst nach einlangen des Tätigkeitsberichtes. Wir bringen aber auch keine Sachaufwendungen im Sozialbereich. Ich habe mich auch erkundigt. Das einzige Projekt war das Paraplü, wo die Statuten vom Hause erstellt wurden. Da war ein Personaleinsatz. Das ist richtig. Aber ansonsten ist mir keine Sachaufwendung oder Personaleinsatz bei den Subventionen vonseiten des Sozialamtes bekannt. Ich möchte auch sagen, daß die Subventionsliste im Jahre 1991, nach der Wahl, der Bürgermeister hat es ja bereits erwähnt, ein Jahr lang verhandelt wurde. Ein Jahr haben die Vereine alle kein Geld bekommen. Da hat man dann eine Einigung mit allen Fraktionen

erzielt. Diese Subventionsliste ist nicht einfach fortgeschrieben worden sondern sie ist so, wie sie verhandelt wurde, verwendet worden. Wenn sich bei einem Verein etwas geändert hat oder daß der Tätigkeitsbericht nicht gepaßt hat, dann hat er auch keine Subvention bekommen. Da hat sich dann das Sozialamt mit mir in Verbindung gesetzt und wir haben uns das dann angesehen. Es sind also nicht einfach wahllos die Subventionen ausbezahlt worden, nach dem Prinzip, du bist mir sympathisch, du bekommst mehr. So läuft das nicht. Es gibt klare Richtlinien. Zum Gewölbe zurückkommend möchte ich schon sagen, daß der Akt laufend einmal da und einmal dort gewesen ist. Wir haben uns dann angenommen und geschaut, wo noch Restmittel vorhanden sind. Das waren dann diese S 10.000,--. Man muß sagen, wir haben eh schnell reagiert, weil normalerweise müßte er ja jetzt erst im Sozialausschuß zur Beschlußfähigkeit kommen, zur Empfehlung, daß wir in an die ganzen Gremien weiterleiten. Aber wir haben gesagt, die suchen schon so lange an, schauen wir, wo wir ein Geld haben und diese Mittel werden dafür verwendet. Ich kann auch sagen, daß ich das negativ finde, daß sie sagen, daß muß immer alles Mitten in der Stadt sein. Warum werden die anderen Stadtteile dann negativ behandelt? Auf der Ennsleite bin ich in fünf Minuten. Weil sie gesagt haben, es ist schwierig, weil hauptsächlich Schüler dort sind und die wollen, daß dieses Gebäude mitten in der Stadt bleibt. Ich glaube, wenn ich heute irgendwo eine günstigere Miete habe und ich es mir wirtschaftlich günstiger leisten kann, dann werde ich wahrscheinlich übersiedeln. Weil wenn ich für die Jugendlichen ein interessantes Angebot haben, dann werden sie mir auf die Ennsleite, ins Münichholz oder auf den Tabor folgen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
In der Mittagspause?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eines was mir beim Gewölbe aufgefallen ist, die haben zwei Mitarbeiter. Ich glaube, die haben enorm, hohe Personalkosten. Die Miete wird gar nicht der Hauptgrund sein. Die Personalkosten werden der Hauptgrund sein. Das kann man als Stadt gar nicht bezahlen. Wenn ich mir ausrechne, was ein Mann oder eine Frau an Personalkosten ausmacht. Das sind ca. S 500.000,--. Zwei Personen sind dann 1 Million Schilling. Wenn ich ohne Miete rechne. Also, dieser Aufwand ist für mich schon enorm. Die anderen Jugendzentren, das möchte ich auch noch dazu sagen, haben sich auch bewerben müssen und dann ist die Subvention systematisch erhöht worden. Wir haben ja beantragt, daß sie auch mehr bekommen, aber daß die von der Stadt soviel bekommen, daß sie kostendeckend arbeiten können, glaube ich, das ist bei keinem Verein drinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, aber ein bißchen mehr als S 20.000,--.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

ÖGJ, wenn man das anspricht, bitte, die haben so viel Besuch und da können wir rückwirkend, auf Jahre, die Tätigkeitsberichte verfolgen und ich habe jeden Verein herausgeschrieben, wieviele Besucher da hingehen und was da passiert. Ich möchte nur sagen, mir ist wichtig, daß sie auch gerecht behandelt werden und eine Subvention bekommen. Sie müssen sich natürlich auch bewähren. Weil bis jetzt ist es ja nur darum gegangen, daß sie angesucht haben, aber es war, glaube ich, bis vor kurzem noch kein Tätigkeitsbericht vorhanden. Das Ansuchen um Subvention ist in einem Kreislauf von Kultur auf das Sozialamt gekommen und dann wieder zur Kultur. So ist das gewesen. Ich müßte oben schauen, ob ein detaillierte Tätigkeitsbericht vorhanden ist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Daran ist aber nicht der Verein schuld.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, da gebe ich auch nicht dem Verein Schuld, vielleicht haben sie auch bei der falschen Stelle angesucht. Ich kann es auch nicht sagen. Auf jeden Fall sollen sie jetzt S 10.000,-- erhalten und ich würde um ihre Zustimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fertig? Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 7) bitte. In vier Stunden sieben Punkte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem letzten Antrag geht es um den Antrag des Verwaltungsausschusses des APT an den Gemeinderat.

7) APT-1000 Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluß 1997.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluß 1997 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt. (Beilage)

Ich möchte kurz dazu sagen, daß die Rücklagen in dieser Bilanz ordnungsgemäß gemacht wurden. Es wurde uns im vorletzten Ausschuß von Herrn Bräuer ausführlich vorgestellt und von Herrn Mühleder, von der Donauberatung, wurde

die Bilanz auch einzeln durchgenommen. Ich glaube wir haben das alle gesehen. Es wurde im APT gut gewirtschaftet und gut eingekauft. Wir haben ca. um 3 Millionen Schilling weniger als der Beschluß für 1997 war. Ich ersuche auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Die Diskussion um das APT währt ja auch schon mittlerweile das 7. Jahr, seit wir in dieser Zusammensetzung hier im Gemeinderat sind. Es wurde von verschiedenen Seiten verlangt, gerade nach der Wahl im Jahr 1991, daß das APT nicht nur inhaltlich sondern grundsätzlich geändert werden soll. Es gab dann einen Gemeinderatsbeschluß der auch die organisatorische Einheit zu verändern, nicht nur diskutiert sondern auch beschlossen hat. Diese Veränderung sollte spätestens, wenn ich mich recht erinnere, im Jahre 1996 abgeschlossen werden. Der damals zuständige Referent hat das liegen lassen. Im Gemeinderat hat es geheißen zwei Jahre, bis zum Jahr 1996, und erst auf meinen Hinweis, hier an dieser Stelle, ist die Diskussion dann wieder entstanden. Es wurden dann drei Modelle über die wirtschaftliche Führung des APT entwickelt. Wir haben die Meinung vertreten, daß man nicht nur sogenannte Pseudoausgliederungen macht sondern, daß man tatsächlich einen Wirtschaftsbetrieb mit einem selbstverantwortlichen Leiter, mit nachvollziehbaren Entscheidungsfunktionen macht. Es wurde dann, und sie wissen das alle, in der Sitzung vom 4. Juli 1996, dieses System in der Gemeinderatssitzung in APT umbenannt und umgesetzt. Es heißt dann, es ist ein selbständiger Regiebetrieb und es bildet ein Sondervermögen der Stadt Steyr ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Das Hauptproblem ist natürlich, daß die Hauptverantwortlichen in diesem Bereich die Verantwortlichkeiten nicht wahrnehmen können, weil alle Bediensteten dort oben sind Magistratsbedienstete. Ein Grund für die Ausgliederung waren ja auch die ganz besonders hohen Personalkosten in diesem Bereich. Die Personalkosten in diesem Bereich haben sich nicht wesentlich verändert, wenn man sich die Zahlen ansieht. Es sind natürlich Zahlen, die bedingt vergleichbar sind, weil sich einige Umstrukturierungen ergeben haben, aber es ist die erste Bilanz dieses sogenannten Regiebetriebes, deshalb ist diese Erfolgsrechnung, die jetzt mit einem Passivum von 3,3 Millionen abschließt, nur bedingt vergleichbar mit den vergangenen Jahren. Der Personaleinsatz erfolgt nachdem vom Gemeinderat mit dem Voranschlag 1997 genehmigten Dienstpostenplan. Das steht hier in diesem Auszug aus dem Jahresabschluß. Auch hier wird bestätigt, daß die Anforderungen, die der Gemeinderat an diesen ausgegliederten Betrieb stellt, meines Erachtens nicht oder nur teilweise erfüllt wurden, weil auch hier noch einmal auf die überproportionalen Kosten hingewiesen wird. Das ist auf Seite 7 im Endbericht. Ich werde mich deshalb hier im Gemeinderat der Stimme enthalten, weil ich immer dafür eintrete, daß Verantwortlichkeiten klar gegeben werden, daß die wirklich für das Personal und für das soziale Umfeld verantwortlich sind. Erst dann kann man entscheiden, ob jemand für die Führung eines solchen Betriebes geeignet ist, ohne Einmischung der Politik von außen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Nur ganz kurz. Ich kann es einfach nicht in der Luft lassen, daß Holub und Spöck die Sachen liegen gelassen haben sondern, die haben sich sehrwohl bemüht und versucht, Schritte der Ausgliederung voranzutreiben. Ich gebe ihnen aber dort Recht, daß wir auch gemeint hätten, eine totale Ausgliederung wäre wichtiger oder sinnvoller und besser gewesen. Aber als ersten Schritt, glaube ich, war diese Art der Verselbständigung der einzig mögliche Schritt. Der politisch einzig mögliche Schritt, wo wir einen Konsens gefunden haben, sonst hätten wir wahrscheinlich diese Ausgliederung überhaupt nicht geschafft. Wenn ich denke, die Überlegungen, die wir jetzt beim APM haben, da haben wir uns sehrwohl im Lenkungsausschuß sehr vehement beschäftigt und dort geht ja die Überlegung, doch in eine größere Selbständigkeit eher in Richtung einer GesmbH. Ich glaube, daß wäre sicher der Schritt in die richtige Richtung. Noch einmal, warum ich mich eigentlich gemeldet habe. Holub und Spöck haben sehrwohl vehement zur Verselbständigung gearbeitet. Zum Rechnungsabschluß, ich dürfte eigentlich zu den Zahlen nichts sagen, weil ich sie nicht lesen kann, aber ich habe im Lenkungs- und Verwaltungsausschuß sehrwohl den Herren der Donauwirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft gefolgt und die haben sehr klar dargestellt, daß sehr verantwortlich und sehr zielführend gewirtschaftet und gehandelt worden ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liege Kolleginnen und Kollegen. Vor zwei oder drei Tagesordnungspunkten haben wir über Essen auf Rädern diskutiert und haben, unter Führungszeichen, von den Ärmsten der Armen gesprochen und haben über die alten Menschen, die bedürftig sind, die unserer Unterstützung bedürftig sind, diskutiert und Kollege Vzbgm. Dr. Pfeil hat den Rechnungsabschluß kritisiert und hat insbesondere, oder speziell, die Personalkosten hier herausgegriffen und diese angegriffen. Da wundere ich mich schon sehr. Zuerst den Robin Hood spielen, sich für die alten Menschen einsetzen und dann das Personal im APT angreifen, wo doch in diesem Bericht klipp und klar steht, falls sie ihn gelesen haben, daß trotz Pflegeschlüssel des Landes ein personeller Mindeststand im Alten- und Pflegeheim gegeben ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Weitere Wortmeldungen?

Also, wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Kollege Lengauer, meint ihr, wir sollen ein Altersheim, Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen. Das klingt in meinen Ohren nicht sehr gut.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ja, wenn man an die ganz nüchternen Überlegungen im Lenkungsausschuß und den ganz normalen Vorgang denkt und was dann herausgekommen ist, von allen ehrlichen und nicht politisch gedachten Überlegungen, dann hat sich das in der Gesamtheit so ergeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das mag schon sein, aber man muß sich das einmal überlegen in was für einer Zeit wir leben und wie wir auch beeinflusst sind, alle, vom Wirtschaftsgeschehen. Eine Kommanditgesellschaft könnten wir vielleicht auch noch machen. Versteht? Das Wirtschaftliche ist es. Einen Aufsichtsrat brauchen wir dort natürlich. Schreibt ja das GesmbH.-Gesetz vor. Ich muß wirklich sagen, liebe Leute, das müssen wir uns noch sehr gut überlegen.

Noch eine Wortmeldung vor dem Schlußwort?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe eh noch keine zu diesem Thema gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Es ist schon das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin schuld, weil mich diese GesmbH-Regelung ein bißchen am Nerv trifft. Zuerst die Ärmsten der Armen und dann machen wir eine AltersheimgesmbH. Brrr. Es hat den riesen Vorteil, daß man den Geschäftsführer hat, wenn die Halbjahresbilanz nicht stimmt. Deswegen machen sie die GesmbH. Da habe ich meine einschlägigen Erfahrungen. Sogar besser als die AG, da kann man noch ein bißchen schneller reagieren. Aber bitte. Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

An und für sich, der Bericht ist nur ums Personal gegangen. Ich möchte schon dazu sagen, daß sich natürlich die Schlüsselzahlen im Altersheim laufend verändern. Wenn ich die erhöhte Pflegestufe habe, dann brauche ich auch mehr Personal. Mann kann da nicht nach der Statistik gehen, weil wir wissen, daß wir jetzt sehr viel 7er-Schlüssel oben haben, d.h., ganz schwere Fälle. Wir kommen von einem Heimbetrieb mehr weg auf einen Pflegebetrieb. Wir haben keine Heimbetten mehr und da kann man nicht nur nach dem Schlüssel gehen. Ja, ich ersuche um Abstimmung. Ich bin mit dem zufrieden, wie gearbeitet wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, d.h. hier, zur Kenntnisnahme des Jahresabschlusses, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 7 - FPÖ (Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Ing. Hoflehner, GR Reznar, GR Stieglitz, GR Toman, GR Dr. Wetzl). Der Bericht über den Jahresabschluß im Alten- und Pflegeheim Tabor aus 1997, ist mit Mehrheit zur Kenntnis genommen worden.

Ich würde eine Pause von 10 Minuten vorschlagen.

Pause von 18.25 Uhr bis 18.45 Uhr

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die freut es nicht mehr. Ein Jahr nach der Wahl freut sie es schon nicht mehr. Ich bin entsetzt. Dabei hat es eine Bezügeerhöhung gegeben.

Meine Damen und Herren, am Wort ist Herr Dr. Pfeil. Ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit. Hallo, wacht auf! Geht schon Herr Doktor.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem Antrag geht es um die Erneuerung der Verkehrslichtsignalanlage Dukartstraße - Eisenstraße der sogenannte T-Knoten beim Eybl, um einen Dringlichkeitsbeschluß. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ersparen sie mir die ganze Vorgeschichte über die Verkehrssituation, im Rahmen des Umbaus und der Errichtung der Verkehrsdrehscheibe am Bahnhof, hier mitzuteilen. Das wurde im Verkehrsausschuß ausführlich diskutiert und gutgeheißen. Es geht heute um die Erneuerung der VLSA bei der Eybl-Kreuzung und um die Bereitstellung der erforderlichen Mittel. Ich möchte

nur sagen, daß ich sehr froh bin, daß diese Lichtsignalanlage erneuert wird, weil auch unabhängig von der Errichtung des Bahnhofparkdeckes und der neuen Verkehrsführung, ist diese Lichtsignalanlage unsere älteste Anlage gewesen, wo es nicht einmal mehr Ersatzteile dafür gegeben hat und wir sie in unsere Zeit herübergerettet haben. Ich ersuche sie daher, daß sie diesem Dringlichkeitsbeschuß im Nachhinein ihre Zustimmung geben. Es werden Mittel in der Höhe von S 959.687,24 freigegeben. Ich erbitte um Diskussion bzw. um Zustimmung

BauStr-10/98 Erneuerung der VLSA Dukartstraße Eisenstraße (T-Knoten Eybl).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 18. September 1998 wird der Vergabe der Errichtung der VLSA Dukartstraße - Eisenstraße an die Fa. ELIN EBG, Linz, in Höhe von S 946.137,12 bzw. GESIG, Linz, für die lfd. Wartung in Höhe von S 13.550,91, somit insg. S 959.687,24, für die Erneuerung der VLSA Dukartstraße - Eisenstraße (T-Knoten Eybl) zugestimmt.

Im Voranschlag 1998 sind bei VSt. 5/640000/050000 (Sonderanlagen) S 500.000,-- vorgesehen. Der Rest von S 500.000,-- ist durch eine Kreditübertragung von VSt. 5/640000/770000 (Kapitaltransfer-zahlungen an den Bund) auf VSt. 5/640000/050000 zu bewilligen und freizugeben. Durch diese Kreditübertragung bleiben ausreichende Mittel bei der VSt. 5/640000/770000 für die geplanten Bauvorhaben vorhanden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 238.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Die Frau Kollegin Pramendorfer wünscht das Wort.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Hohes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, lieber Herr Vizebürgermeister. In wenigen Tagen wird es also zur Eröffnung des Bahnhofparkdeckes kommen. Einem Bauwerk von zweifellos großer Bedeutung für die Stadt. Im Gegensatz zum Verkehrsreferenten halte ich, ich bin nur ein kleiner unbedeutender Mandatar, dieses Bahnhofparkdeck architektonisch auch für sehr gelungen. Jedesmal wenn ich mit dem Zug nach Linz fahre, freue ich mich über die Gestaltung. Das ist für mich die Lichtseite. Es gibt aber auch Schattenseiten. Wie manche von ihnen wissen, halten wir im Moment gerade unsere Stadtteilgespräche ab um zu erfahren, wo den Bürgern der Schuh drückt. Natürlich gibt es immer stadtteilbezogene Probleme aber es gibt auch einen Themenkomplex, der sich immer wieder durchzieht wie ein roter, oder soll man sagen blauer, Faden. Jetzt, im Zusammenhang mit der Eröffnung des Parkdeckes, gibt es offensichtlich besonders viele Dinge die den Bürgern sauer aufstoßen und wo sie sich wünschen würden, dem politischen Verantwortungsträger ihre Kritiken vorzubringen. Da das aber, aufgrund seines Urlaubs zu dieser verkehrspolitisch sensiblen Zeit, nicht möglich war, verstehe ich mich heute als Mittler zwischen den Bürgern und ihnen, lieber Herr Vizebürgermeister. Leider konnten die Bürger dem Verkehrschaos jetzt nicht entfliehen und so sind die Grußkarten, die ich mitgebracht habe, auch nur aus Steyr. Folgende Punkte hätte ich gerne angesprochen. Der erste Punkt betrifft diese Kreuzung beim Eybl. Da hat sich die Frage gestellt, ob diese Bodenmarkierung wirklich so bleibt und ob die so gedacht ist und ob das wirklich gut geplant ist, weil eine Dame war ganz aufgeregt, die hat da fast einen Unfall gehabt, weil dort die Einbiegespur vonseiten der Stadt so kurz ist, daß es, wenn man sehr stark beschleunigen muß, sehr schwierig ist dann gleich wieder zusammenzubremsen. Die zweite Karte ist, die Verwirrung der Autofahrer, bezüglich der Bodenmarkierung Pachergasse - Klotzgasse, hat sich zur Wut gesteigert, weil es schwer verständlich ist, warum plötzlich drei Spuren auf zwei zusammengehen und muß ich jetzt links abbiegen oder darf ich doch noch in die Pachergasse einfahren. Das war so ein Verwirrspiel erster Ordnung. Kann es evt. sein, daß es hier zu unkoordinierten Aktionen gekommen ist? Es kommt jetzt nur mehr eine Karte, weil die vierte Karte gehört nicht zum Tagesordnungspunkt, die verkneife ich mir. Im Zuge der Maßnahme des Parkdeckes kommt es auch zu einer Tonnagenbeschränkung für LKW über 26 t. Diese Maßnahme ist sicher im Sinne der Bevölkerung und daher als positiv zu bewerten. Es macht aber leider ziemlich böses Blut und stößt auf ziemliches Unverständnis, wenn, wie z. B. im Fall der Gemeinde Aschach passiert, mit den Betroffenen nicht vorher Kontakt aufgenommen wird und Maßnahmen, die auch deren Interessen berühren, nicht mit ihnen gemeinsam abgesprochen werden. Es geht hier nicht um den Sinn dieser Maßnahme, daß steht außer Zweifel. Es geht um die Art und Weise wie eine Entscheidungsfindung passiert. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zum Schlußwort. Herr Referent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich weiß nicht liebe Claudia, warum du mich jetzt mit Sie ansprichst. Hat das Verkehrssystem die letzte Woche irgendwie verändert? Ich bleibe aber beim herkömmlichen „Du“, wenn du einverstanden bist. Mich wundert es wirklich. Du bist ja die Verkehrssprecherin. Zumindest bist du im Verkehrsausschuß. Im Verkehrsausschuß ist ausführlich von den Fachbeamten das Verkehrssystem vorgelegt worden, wie man es nach Inbetriebnahme des Bahnhofparkdeckes vor hat. Es gab in diesem Verkehrsausschuß ausführlich Gelegenheit zu fragen, wenn du dich nicht auskennst, aber ich kann mich erinnern, da bist du immer früher gegangen.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Nein, das ist eine Unterstellung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, daß von deiner Seite her ein besonderer Wissensdurst an den Tag gelegt worden wäre. Ich bin ja nicht für das Bauen zuständig. Ich stelle mich ja nicht auf die Baustelle und schaue, ob während der Bauzeit alles funktioniert. Da kannst du einen Verkehrsreferenten nicht ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Bodenmarkierungen sind ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Geh Herr Mayrhofer, bitte. Es ist richtig. Wer auch immer zuständig war oder ist, es ist immer höchst ärgerlich, wenn so etwas passiert. Es ist im Bereich der Klotzstraße eine Fehlmarkierung passiert. Das wurde innerhalb eines halben Tages, soweit mir berichtet wurde, reguliert bzw. wurde das gemacht.

Zwischenrufe: Nein, nein!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Laut Aussage der Bezirksverwaltungsbehörde wurde das über Nacht geändert. Ich kann nur sagen, was die Herrschaften sagen.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vielleicht kann ich aber weitersprechen, weil du bist ja noch wißbegierig. Bezüglich Aschach, Tonnagenbegrenzung. Ich glaube, erstens einmal sind wir schon für die Bürger der Stadt, ich betone Stadt, zuständig. Ob du es glaubst oder nicht, ich war bei eurem Kollegen, Bürgermeister Steininger. Von Anfang an, wie wir unser Verkehrskonzept diskutiert und besprochen haben, um die Berührungspunkte mit den Nachbargemeinden, da war auch Garsten und Aschach dabei, zu diskutieren. Damals im Verkehrskonzept. Gerade die Nachbargemeinden, Aschach und Garsten, haben uns ja in der letzten Zeit sehr viele Verkehrsprobleme verursacht, ohne daß sie nur einmal mit der Stadt Steyr oder mit dem Verkehrsreferenten gesprochen hätten. Aber ich darf dich beruhigen. Auch hier, bezüglich der Tonnagenbeschränkung, ist selbstverständlich mit der BH und den Verantwortlichen gesprochen worden. Es gab hier zuerst sogar einen Wunsch, daß die Tonnagenbeschränkung, ich kann es jetzt nicht mehr genau sagen, auf fünf oder sieben Tonnen ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sieben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... sieben Tonnen, danke, der Wunsch war und dann haben wir uns gemeinsam auf 26 Tonnen geeinigt. Glaube mir, mir wären auch 7 Tonnen lieber gewesen, aber man soll ja, oder man darf ja gewisse Gemeinden nicht ausschließen oder zu große Umwege verursachen ja auch wieder Umweltbelastungen und deshalb ist es nicht zielführend. Also, in diesem Zusammenhang wurde da alles diskutiert. Wenn jemand von Aschach, Garsten, Sand, Saaß oder sonst wo, einen Wunsch hat, er weiß wo Steyr ist, wo das Rathaus ist, ich habe einen leichten Namen, er kann mir einen Brief schreiben oder mich anrufen, ich bin erreichbar.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Ja, aber du warst nicht da.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn ich eine Woche auf Urlaub bin, so gönne es mir. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So. Ich hoffe, das es zum Teil beantwortet wurde. Der Herr Dr. Pfeil war auf Gebührenurlaub. Das ist der, der ihm gebührt.

Gelächter.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das klingt so nach Beamter, das sage ich nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann noch hinzufügen, Frau Kollegin Pramendorfer, die Aschach Sache, die waren schon da. Bürgermeister Mayer und Bürgermeister Platzer haben Sorgen betreffs dreier Betriebe, die an und für sich schon plausibel sind, weil mit Sattelschlepper nicht über die Pichlinger Straße, aus Sierning kommend, gefahren werden kann und daher habe ich Bürgermeister Mayer eingeladen, er soll uns in einer restriktiven Weise darlegen, welche Unternehmungen es sind und mit welchen und wievielen Fahrzeugen, damit wir dann konstruktiv an Lösungsvorschläge herangehen können, weil einen Passierschein wird es nicht geben. Da haben wir wirklich zunächst unsere Anrainer dort zu sehen. Ja, also da werden wir versuchen, eine Lösung zu finden. Ich bin überzeugt, daß uns das gelingt. Im übrigen bin ich froh, wenn wir dort eine neue Ampel bekommen und bitte daher um Abstimmung und um positive Zeichen. Danke. Niemand dagegen, niemand enthält sich der Stimme, das war ein...

Zwischenruf: Eine Stimmenthaltung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine. Ah, das war die angekündigte Stimmenthaltung. Sehr inflexibel Frau Kollegen. Wenn ich sie schon nicht überzeugen konnte, dann habe ich doch gehofft, daß Dr. Pfeil es schafft. Aber auch nicht. Also, eine Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Berichterstatter ist Kollege Tatzreiter.

Be: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um den Verkauf eines Grundstückes bzw. einer Liegenschaft in Leipzig, in der Wilhelm-Plesse-Straße 13 von einer Dame, die 1951 nach Steyr gekommen und in Steyr im APT verblieben ist. Nach ihrem Ableben hat sie ein Testament für die Stadt Steyr hinterlassen, wo wir von 12 Miteigentümern in dieser Liegenschaft miteingeschrieben wurden. Es hat lange gedauert, weil dieses Haus, wie wir ja wissen, in dieser ostdeutschen Zeit nicht zu bewegen war bzw. wir keinen Zugriff gehabt haben. Jetzt ist es aber möglich geworden, diese Liegenschaft zu verkaufen, weil auch ein Interessent vorhanden ist. Im Zusammenhang des doch sehr desolaten Zustandes, es gibt noch drei Bewohner, daher auch eine dementsprechende Preisanpassung, leider nach unten, darf ich den Antrag verlesen und wir sollten diesen Antrag, so wie er da steht, auch heute beschließen, weil es für uns nur kostspieliger wird.

FF-86/54 Grundstück Wilhelm-Plesse-Straße 13 in Leipzig, Verkauf.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 16. September 1998 wird dem Verkauf der im Miteigentum der Stadt Steyr stehenden Liegenschaft Wilhelm-Plesse-Straße 13 in Leipzig zum Gesamtkaufpreis von DM 340.000,-- zugestimmt. Der genaue Verkaufserlös errechnet sich nach Abzug der auf dem Grundstück haftenden Schulden und der vorweg zu begleichenden Forderungen in Abhängigkeit von den nach den einzelnen Erbscheinen und Testamenten nachzuweisenden Quoten.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Gleichzeitig wird der Auflösung des zwischen der Stadt Steyr und der Haus-, Wohnungs- und GewerbeflächenverwaltungsgmbH in Leipzig bestehenden Wohnungsverwaltungsvertrages zugestimmt.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Das war einstimmig. Habe ich mich getäuscht?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Ja, eine Stimmenthaltung. Wollen sie kein Geld hereinbekommen? Sind wir froh, daß wir die Hütte los sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Doch, aber ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also eine Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Bitte ins Protokoll aufnehmen. Weiter bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag ist es um die Restaurierung der Hoffassade und Fertigstellung sowie weitere Professionistenarbeiten im Rathaus, Stadtplatz 27, gegangen. Wie im Amtsbericht hervorgeht, war ein umfangreicher Aufwand notwendig um den Hof wieder herzustellen, sodaß er auch wieder sehenswert ist. Der Antrag lautet:

BauH-147/97 Restaurierung der Hoffassade; Fertigstellung sowie weitere Professionistenarbeiten Rathaus, Stadtplatz 27.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 21. 09. 1998 wird den Auftragsvergaben an die

Fa. Illichmann-Haider, Steyr S 294.000,-- -inkl. Ust.

Fa. Mitterhuemer, Steyr S 300.000,-- inkl. Ust.

Fa. Mitterhuemer, Steyr S 58.000,-- inkl. Ust.

Fa. Mitterhuemer Steyr, oder Fa. Siemens, Linz S 40.000,-- inkl. Ust.

Fa. Staudinger, Steyr S 60.000,-- inkl. Ust.

sowie der Kreditübertragung in der Höhe von **S 652.000,-- i.U.** (sechshundertfünfzigzweitausend) von der VA-Stelle 5/029000/010300 (Amtsgebäude-Gebäudeadaptierung Rathaus) auf die VA-Stelle 5/029000/010000 (Amtsgebäude-Gebäude-Rathaus) und der Kreditübertragung in der Höhe von **S 145.00,-- i.U.** (einhundertvierzigfünftausend) von der VA-Stelle 5/812000/010000 (WC-Anlagen-Gebäude-Promenade) auf die VA-Stelle 5/029000/010000 (Amtsgebäude-Gebäude-Rathaus) sowie der Mittelfreigabe von **S 797.000,-- i.U.** (siebenhundertneunzigsiebentausend) bei der VA-Stelle 5/029000/010000 (Amtsgebäude-Gebäude-Rathaus) zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wünscht zu diesem Tagesordnungspunkt jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Ja, 1 Stimmenthaltung (LIF). Das habe ich mir gleich gedacht. Auch dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um eine Straßenendvermessung im Resthof und damit auch eine Verringerung des von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zu zahlenden Kaufpreises. Wie im Amtsbericht ausgeführt, geht es um 1559 m², die in Teilen von 1024 m² KG Gleink und 535 m² KG Steyr liegen. Es geht hier um den Preis von S 360,--, somit ein Betrag von S 561.240,--. Ich bitte dem auch, so wie hier im Amtsbericht bzw. im Antrag dargestellt ist, zuzustimmen.

BauStr-8/95 Straßenendvermessung Resthof; Verringerung des von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH zu zahlenden Kaufpreises.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 13. Oktober 1998 wird der Übernahme von Grundflächen im Gesamtausmaß von 1.559 m² im Stadtteil Resthof in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes zugestimmt. Gemäß dem im Jahre 1979 mit der GWG der Stadt Steyr GesmbH geschlossenen Kaufvertrag, verringert sich demnach der von der GWG zu zahlende Kaufpreis um den Betrag von S 561.240,--.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird eine Wortmeldung gewünscht? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Es gibt mitunter Anträge, wo man auf den ersten Blick aufgrund des Titels glauben würde, no na net, paßt ja ohnedies alles. Dann geht man dem Ganzen ein bißchen

hinterher und wie sie wissen, schaue ich mir die Dinge genau an. Dann sehe ich, daß es hier um einen Vertrag geht, der bereits im Jahre 1979 mit der GWG geschlossen worden ist. Um einen Kaufvertrag über ein Grundstück. Nur, bis heute ist das gesamte Grundstück noch nicht bezahlt. Da fehlen noch immer zwei Millionen Schilling. Diese 2 Millionen, die uns hier noch fehlen, werden wir möglicherweise lange nicht bekommen. Deshalb, weil es in diesem Vertrag einen Passus gibt, wonach erst dann der Kaufpreis zu erstatten ist, nachdem die Bewohnungs- und Benützungsbewilligung für sämtliche auf dem Kaufobjekt projektierten Wohnungen vorhanden sind, d.h., wenn die GWG dort das Haus gebaut hat. Nachdem wir inzwischen unseren Wohnungsbau etwas reduziert haben bzw. nicht mehr planen am Resthof weiter zu bauen, werden wir nicht damit rechnen können, die ausständigen zwei Millionen Schilling in der nächsten Zeit zu bekommen. Das ist einmal eine nicht sehr erfreuliche Tatsache. Dann schaut man sich diesen Vertrag aus dem Jahr 1979 noch etwas näher an. Dann sieht man, daß es da nicht einmal eine Verzinsung von diesen zwei Millionen Schilling gibt. Die gibt es nicht. D.h., diese zwei Millionen waren im Jahr 1979 ein bißchen mehr wert als sie es heutzutage sind. Nicht nur, daß es keine Verzinsung gibt, es gibt auch keinen Verbraucherpreisindex. D.h., diese zwei Millionen werden klarerweise auch von Jahr zu Jahr weniger. Dessen ungeachtet, daß wir sie auch wahrscheinlich gar nicht bekommen werden. Das ist mein erster Kritikpunkt in dieser Angelegenheit. Da ich Optimist bin, gehe ich davon aus, daß solche Verträge in Zukunft nicht mehr abgeschlossen werden. Faktum ist aber, wir sollten schauen, daß wir diese zwei Millionen von der GWG bekommen, weil das Grundstück haben sie ja, uns fehlen nur diese zwei Millionen. Über S 5,-- haben wir sehr lange diskutiert aber über zwei Millionen Schilling, scheinbar, die verschlucken wir. Das steht auch im Amtsbericht nicht drinnen, daß zwei Millionen fehlen. Aber glauben sie mir, ich habe mich in der zuständigen Fachabteilung genau erkundigt.

Der nächste Punkt ist, und da geht es um die Gleichbehandlung zwischen der GWG und dem ganz normalen Bürger. Was bedeutet dieser Antrag? Ich gebe zu, ich habe eine Zeit gebraucht, bis mir klar war, worum es da geht. Da geht es um S 561.240,-- welche die GWG eigentlich dafür bekommt, daß sie diese Grundflächen als Übertragung in das öffentliche Gut vornimmt. Nur, diese S 561.240,-- bekommt sie eben nicht. Dadurch reduziert sich einfach der Kaufpreis. Sie müßte uns sonst eben noch 2,5 Millionen bezahlen und so muß sie uns in Zukunft eben nur mehr 2 Millionen bezahlen. Egal wie man das Kind beim Namen nennt, es ist etwas, wofür die GWG eigentlich Geld bekommt. Nur, der ganz normale Private der etwas baut, der muß diese Verkehrsfläche sehrwohl zur Verfügung stellen. Der bekommt nichts. Laut Gesetz, zumindest ist mir das heute Vormittag von Herrn Dr. Schmoll so mitgeteilt worden, kann ein Privater dazu verpflichtet werden bis zu 25 % seines gesamten Grundes abzutreten. Der bekommt dafür keine Entschädigung. Da frage ich mich schon ein bißchen. Ich weiß die Hintergründe nicht, ich bin kein Jurist, ich weiß nicht warum das so geht, aber es ist für mich zumindest hinterfragenswert. Genauso wie es zu hinterfragen ist, diese zwei Millionen Schilling, von denen wir scheinbar nicht mehr reden. Da glaube ich, sollte man sich schon einmal einiges dazu überlegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Frau Kollegin Frech, ich bin auch kein Jurist. Aber eines kann ich ihnen schon sagen. Der Hintergrund dieser Gestionierung, bei den Grundverkäufen an die GWG, ist mir, zum Unterschied von ihnen, ungeheuer klar. Wir versuchen nämlich der GWG bei der Grundbeschaffung zu helfen, weil sich das natürlich absolut und unmittelbar auf die Mietengestaltung auswirkt. Wenn ich mich richtig erinnere, dann lese ich bei euch immer, daß die Mieten in Steyr zu hoch sind, obwohl sie niedriger sind als in den vergleichbaren Städten. Wir können natürlich eine Verzinsung auf 20 Jahre machen und es ist bei der GWG einzufordern und wir müssen das auch bekommen. Da brauche ich gar kein Jurist sein. Der schreibt es dann dort dazu und rechnet es auf den Zins auf. So einfach ist das. Irgendwo müßte das doch möglich sein, daß wir uns da gegenseitig verständigen und, daß das im Prinzip zumindest richtig war, weil sonst wären die Mieten wirklich deutlich höher, würden wir alles und jedes dort hinverrechnen. Das ist mir schon klar. Wegen dem, wenn wir der GWG ein wenig etwas in der Charta lassen, wie man es auf oberösterreichisch sagt, dann werden wir uns ein bißchen leichter tun, um sie zu bitten und aufzufordern auch nicht so genau zu schauen, wenn sie Häuser der Stadt reparieren müssen. Wir haben ihnen nämlich auch unsere ganzen Häuser zur Verwaltung übertragen, weil es verwaltungstechnisch zweckmäßig und ökonomisch richtig war. Die sind leider alle in einem Zustand wo Reparaturen ins Haus stehen, wenn Mieterwechsel sind. Dort tun wir uns dann auch wieder ein bißchen leichter, um sie zu bitten uns nicht jeden Groschen zu verrechnen, was sie auch tun könnten. Da wird eben ein bißchen hin und her gearbeitet. Keiner bereichert sich dabei. Die Gewinner bei diesem Spiel sind die Mieter, die etwas günstigere Mietkosten haben. Das bitte ich zu berücksichtigen. Das ist der Hintergrund. Er ist nicht juristisch, sondern er ist in Wirklichkeit sozialpolitisch begründet und schlägt sich für die Mietengestaltung positiv nieder.

So, jetzt habe ich ihnen wieder ein paar Hölzerl geworfen. Sprechen sie.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzter Herr Bürgermeister, ich möchte es nicht so im Raum stehen lassen. Mir sind die Hintergründe sehrwohl klar, warum man im Jahr 1978 ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben das gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, vom juristischen meine ich, wie das eigentlich geht, mit diesem Grundflächenbeitrag, wo die GWG etwas dafür bekommt und ein Privater nicht. Was sie jetzt angesprochen haben ist die Tatsache, warum man damals bei diesem Kaufpreis sehr großzügig war, daß man gesagt hat, die GWG muß nicht auf einmal den Kaufpreis erlegen sondern erst dann, wenn der Wohnungsbau abgeschlossen ist. Ich weiß, der Hintergrund ist mir mitgeteilt worden, ist jener, daß die Mieten nicht so hoch sind. Nur, da muß ich ihnen schon sagen, da hat man im Jahr 1978 wohl nicht die richtigen Maßnahmen getroffen, weil die Mieten sind trotzdem hoch. Also, verhindern kann man damit eigentlich gar nichts.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die wäre noch höher. Fragen sie einmal in Wels, was die an Miete bezahlen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie nerven mich, das kann ich ihnen sagen Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist ja fast ein Kompliment.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber gut. Nachdem es keine weitere Wortmeldung mehr gibt, ersuche ich den Referenten um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Frau Mag. Frech, wenn wir seitens der Gemeinde den Grund so verkaufen würden, daß er auch wirtschaftlich für die Gemeinde darzustellen ist, dann würde die Miete in etwa noch um S 5,-- per m2 höher sein. Zum damaligen Kaufpreis betrachtet. Heute würde es anders aussehen. Noch weit schlimmer. Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? (1 - LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit beschlossen. Nr. 12) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um einen Antrag seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nach § 12 Abs. 1 der Statuten für die Stadt Steyr. Der Antrag lautet:

Präs-495/98 Antrag der Freiheitlichen-Gemeinderatsfraktion betreffend die GWG der Stadt Steyr; Option auf den Kauf von Mietwohnungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Steyr wird als Eigentümerversorger beauftragt, auf die Geschäftsführung der GWG dahingehend einzuwirken, daß die Bauvereinigung ihren Mietern eine Option auf den Kauf der Wohnungen zusichert.

Begründung:

Der § 8 Oö. Neubauförderungs-Verordnung (LGBL Nr. 65) und der § 15 c Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz regeln die Kaufmiete. Gemeinnützige Bauvereinigungen oder gewerbliche Bauträger können demnach ihren Mietern den Kauf der Mietwohnungen anbieten. Der Mieter kann diese Option frühestens nach Ablauf von 10 Jahren ab Bezug der Wohnungen ausüben.

Das nachträgliche Übertragen dieser Wohnungen in das Eigentum der Mieter ist vor allem deshalb erforderlich, weil die GWG in Steyr ein Überangebot an Mietwohnungen verzeichnet. Die leerstehenden Wohnungen führen zu hohen Ausfällen bei den Mieten und Betriebskosten. Das Begründen von Wohnungseigentum könnte der GWG daher Verluste ersparen.

Steyr, am

Hans Payrleithner, Beatrix Toman, beide Gemeinderäte der Freiheitlichen Fraktion.

Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zum Wort gemeldet hat sich Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, meine Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Was in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone so positiv mit dem Verkauf eines Hauses begonnen hat, könnte ich mir vorstellen, daß sich das auch bei unserem Antrag, betreffend Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr, fortsetzt. Eigentlich hätte ich gerne gehabt, daß, so wie wir vor rund einem halben Jahr im Ausschuß einstimmig befürwortet haben, der Wohnungsausschuß einen Antrag einbringen wird, der eben dieses Vorhaben zum Ziel hat. Aus den verschiedensten Gründen, die für mich nicht alle nachvollziehbar sind, ist es nicht dazu gekommen. Daher haben wir heute einen diesbezüglichen Antrag bei der Gemeinderatssitzung eingebracht. Der Antrag lautet:

Abänderungsantrag

zum vorliegenden Antrag Nr. 12 der Verhandlungsgegenstände des Gemeinderates vom 29. Oktober 1998.

Gemäß § 42 Pkt. 8 des StS in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag Nr. 12 der F-Gemeinderatsfraktion gestellt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die GWG bietet im Sinne des § 15 c WGG Den Mietern und Nutzungsberechtigten, die die gesetzlichen Voraussetzungen der zitierten Vorschrift erfüllen, die Übertragung des Eigentums an den von ihnen genutzten Objekten an und lädt die Mieter und sonstigen Nutzungsberechtigten zur Antragstellung zum Eigentumserwerb ein.

Der von den Interessenten zu entrichtende Kaufpreis wird binnen 3 Monaten nach Antragstellung durch gerichtliche Festsetzung im Außerstreitverfahren ermittelt, wobei diesbezüglich auf Wunsch der Interessenten das Bestehen von aufrechten Bestandverhältnissen als wertmindernd zu berücksichtigen ist.

Nach Ermittlung des Kaufpreises auf diesem Wege steht es den Antragstellern frei, die Begründung von Wohnungseigentum zu verlangen.

Es wird sicher mehrere Wortmeldungen zu diesem Thema geben. Ich darf vielleicht einmal ein paar grundsätzliche Dinge, aus meiner Sicht, warum wir diesen Antrag hier einbringen, erwähnen. Was im Vordergrund steht, und ich glaube, dafür sind wir ja als gewählte Mandatäre auch hier beisammen, ist, daß, und davon bin ich überzeugt, viele Menschen, viele Bürger, viele Mieter, das wollen. Es hat sich ja in den letzten 30, 40 Jahren einiges geändert. Vor allem was den, manchmal auch nur angeblich sozialen Wohnbau betrifft. Ich darf vielleicht den LR der ÖVP, der für Wohnungen zuständig ist, in den ÖÖ. Nachrichten von gestern, zitieren, der da meint: „Der Wunsch nach Eigentum ist sehr weit verbreitet.“ 28. 10. 1998. Der Wunsch nach Eigentum, ist der Herr Hiesl der Meinung, ist ein berechtigtes Anliegen der Bürger im Zusammenhang mit Mietkauf. Der neue Landesparteiobmann ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Landesrat Haider, jawohl.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... ist jedenfalls dieser Meinung. Also, wir befinden uns da durchaus in guter Gesellschaft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nur, zuständig ist der Haider!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Zuständig ist der Haider. Aber der Herr LR Hiesl hat, seitens seiner Fraktion, gestern auch seine Meinung zu diesem Thema kund getan. Wir haben im Frühjahr des heurigen Jahres, vor allem im Stadtteil Resthof und Tabor, Bürger zu dieser Angelegenheit befragt. Das Interesse war sehr groß. Interessanterweise nicht nur bei Leuten, wo man annehmen sollte, ist eh klar, die können sich das leisten, sondern auch viele Arbeiter aus den Steyr-Werken, BMW, aus der Großindustrie, die schon Jahre dort wohnen und teilweise beträchtliche Mieten zahlen. Wir alle wissen, daß die Mieten, vor allem im Resthof, nicht so ohne sind. Die sagen ja auch zu Recht, bitte, wir zahlen jahrelang dementsprechend Miete und haben eigentlich letzten Endes nicht sehr viel davon. Wir würden gerne mit diesen Mieten auch Eigentum erwerben. Ein berechtigtes Anliegen. Es ist auch ganz interessant, daß es ja auch durchaus aus den Reihen der Mehrheitsfraktion bereits Unterschriftenlisten gegeben hat. Ich glaube es ist der Vorsitzende der Gewerkschaft im Haus, der ja mit derartigen Listen rund gegangen ist und es dann hier deponiert hat. Ich weiß allerdings nicht, was daraus geworden ist. Es ist der Kollege Schuster. Es ist sicher jederzeit nachvollziehbar. Ein weiterer Aspekt der, glaube ich, in dieser Diskussion ganz wichtig ist, ist, daß die Stadt Steyr nicht allzu große Grundstücksreserven hat und wir erleben das immer wieder im Wohnungsausschuß, daß Leute, die ihre GWG-Wohnungen kündigen und wir dann hinterfragen, ja, wo ziehen die denn hin? Sie arbeiten zwar in Steyr, aber sie wandern in die Umlandgemeinden ab, weil dort Bauland zur Verfügung steht, wo sie Häuser bauen können, was wir leider hier in Steyr in dieser Größenordnung nicht anbieten oder fast nicht anbieten können. Ich könnte mir auch vorstellen, daß das auch auf dem Sektor der Eigentumswohnungen eintreten wird. Es bauen ja Wohnungsgesellschaften auch, man braucht ja diese Aktivitäten nur zu verfolgen,

rundherum Eigentumswohnungen. Wir werden auch da eine Abwanderung erleben, wenn wir nicht rechtzeitig umzudenken beginnen. Das wäre es einmal fürs Erste. Ich werde mich vielleicht dann noch einmal zu Wort melden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht noch das Wort? Kollege Keiler bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Presse. Zuerst möchte ich gleich einmal auf die Wortmeldung des Kollegen Payrleithner antworten. An einen einstimmigen Beschluß im Wohnungsausschuß, diesbezüglich, kann ich mich nicht erinnern aber das läßt sich ja anhand des Protokolls dann leicht nachvollziehen. Ich möchte Grundsätzliches zur Sprache bringen, weil bei diesem Thema, nicht nur bei der Bevölkerung, grobe Mißverständnisse vorherrschen, sondern weil auch immer wieder einige Dinge durcheinandergebracht werden. Es gibt nämlich grundsätzlich zwei Anwendungsfälle dieses Mietkaufes und zwei ganz verschiedene Möglichkeiten. Die eine nennt sich „sonstige nachträgliche Übertragung ins Wohnungseigentum“. Hier kann die Gemeinnützige Bauvereinigung, wie sie heißt, in unserem Falle die GWG, ihre Mieter nach 10-jähriger Vermietung einladen, einen Antrag auf Übertragung ins Eigentum zu stellen, so heißt das schön. Das bewirkt dann ein langwieriges Verfahren mit Fristen, wobei zu diesem Zeitpunkt noch niemand weiß, wie der Kaufpreis aussieht. Dahingehend muß man auch das mehr oder weniger große Interesse der Mieter relativieren, daß also niemand weiß, wie diese Kaufpreise gestaltet sein werden. Die GWG muß diese Kaufpreise zur Festsetzung bei Gericht beantragen. Stehen diese Preise dann fest, kann sie diese den Mietern mitteilen und ihnen sozusagen ein Angebot unterbreiten, daß sie dann annehmen können oder nicht. Sie haben drei Monate Zeit das Angebot anzunehmen, tun sie das nicht, dann haben sie ihren Anspruch auf die Übertragung ins Wohnungseigentum verloren. D.h., die GWG hat bei dieser Anbotslegung keine Gewißheit, wie der Rücklauf ist und kann deswegen auch wenig Einfluß auf die Eigentümerstruktur nehmen. Wenn man glaubt, alle Leute die in diesem Haus leben sind dafür, weil sie sich in verschiedenen Befragungen darüber positiv geäußert haben, dann weiß man das, aber nur bevor man den Kaufpreis publiziert hat. Nachdem das passiert ist, hat man keinen Einfluß mehr darauf, wenn dann die Hälfte der Mieter aufgrund des hohen Kaufpreises abspringt. Dann ist ein politisches Instrument verloren gegangen. Dann gibt es wiederum zwei Varianten. Die Mieter und ambitionierten Käufer können sich dann entscheiden, ob sie die Wohnung zum Vollpreis kaufen, der vom Gericht geschätzt wurde, dadurch haben sie auch die Möglichkeit, die Wohnung sofort zu verkaufen oder sie weiterzuvermieten, weil es nach dem Wohnungseigentumsgesetz verboten ist ein Vor- oder Wiederverkaufsrecht in den Vertrag einzubauen. Wollen sie aber eine Verbilligung in Anspruch nehmen, weil die Wohnung vermietet ist, zwar von ihnen selbst, aber trotzdem bewohnt wird, und dieser Abschlag bewegt sich meiner Einschätzung nach um die rund 20 %. Es können auch mehr sein, es findet sich dazu nichts in der Literatur. Sollten sie diesen Abschlag in Anspruch nehmen, dann besitzt die GWG ein Pfandrecht darauf, daß diese Wohnung sieben Jahre nicht weiterverkauft, verschenkt oder vermietet wird. D.h., wenn der Mieter die Wohnung zum Vollpreis kauft, dann kann er damit machen was er will. Die Gefahren für mich sind: 1., daß die Preise für die Wohnungen ein großes Fragezeichen darstellen und nicht absehbar ist, wer von den potentiellen Käufern nach Bekanntgabe des Kaufpreises wirklich noch Interesse hat und wer nicht. Das 2. und größere Problem ist, daß die Eigentümerstruktur sehr ungewiß ist und wenn man voraussetzt, daß das ganze Haus parifiziert wird, hat man dann eine Mehrheit an Wohnungseigentümern oder eine Mehrheit an Mietern? Diese Eigentümerstruktur ist ungewiß und wenn die Wohnungseigentümer eine Mehrheit haben, dann hat die GWG so gut wie keinen Einfluß mehr, was in diesem Haus passiert. Das muß sie ihren eigenen, verbliebenen Mietern dann einmal erklären. Z.B. hat sie dann wenig Einfluß auf den Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag, auf die Vergabe der Hausverwaltung und auch auf die Hausordnung. Das müssen sie diesen Mietern, die dann übrig bleiben, einmal klar machen. Behält die GWG die Mehrheit und werden die neuen Eigentümer in der Minderheit sein, so gibt es natürlich auch ein gemischtes Haus. Diese Eigentümer haben zwar Eigentum erworben, aber diese Rechte, die sie auf dieses Haus noch einfließen lassen können, halten sich in Grenzen. Ich schließe daraus, daß nur bei spezifischen Häusern, wo man davon ausgehen kann, daß eine nahezu 100%ige Kaufabsicht besteht, meiner Ansicht nach dieses Instrument Mitkauf überhaupt angedacht werden soll. Dazu gibt es ja ein Versuchsobjekt und ein Beispiel. Das soll die Steinfeldstraße 6 - 8 werden, bei der sich 100 % der Mieter bereiterklärt haben ihre Wohnung zu kaufen. Da kann man wenig dagegen sagen. Warum soll man nicht ein ganzes Haus verkaufen. Grundsätzliches: Ich stelle infrage, ob ein Wohnungsleerstand mit dem Tatbestand des Mietkaufes bekämpft werden kann. Denn Wohnungen, die auf dem Bestandmarkt die Nachfrage übersteigen, bieten höchstens der Spekulation ein offenes Tor. Ihr Verkauf würde, meiner Ansicht nach, bei weitem mehr Probleme mit sich bringen als ein zur Zeit geringer Leerstand, weil ohne etwas beschönigen zu wollen, er beträgt nämlich nicht einmal 1 %.

Jetzt komme ich zum zweiten Fall des Mietkaufes, der davon ausgeht, daß der Mieter selber den Antrag auf Kauf stellen kann. Das ist in Objekten möglich die, 1. vom Land gefördert werden, 2. die nach 1983 erbaut worden sind und in denen auch dieser antragstellende Mieter 10 Jahre gewohnt hat. Politisch ist es hier einfacher, weil hier kann von Anfang an die Mieterstruktur auf den Mietkauf ausgerichtet werden. Das beste Beispiel sind die Knoglergründen. Hier kann schon bei der Vergabe der Wohnungen, beim Erstbezug darauf Bedacht genommen werden, daß die Wohnungsmieter bevorzugt werden, die auch eine Kaufabsicht haben. Man kann bei neuen Häusern diese Antragstellung der Mieter nach 10 Jahren nur verhindern, wenn man die Grundkosten, die innerhalb der ersten drei Jahre auf den Mieter zu einem überwiegenden Teil übergewälzt werden müssen, unterläßt. Dadurch hat man natürlich diese Einnahmen nicht und das ist das einzige Instrument, das der GWG oder der gemeinnützigen Bauvereinigung bleibt um die Mieter nicht kaufen lassen zu können. Dieses Problem stellt sich für uns aber nicht, denn das ist frühestens 2004 möglich und bei uns in Steyr für die Knoglergründe erst 2009 oder 2010 relevant und deswegen will ich mich mit dem Problem nicht weiter

auseinandersetzen. Grundsätzliches: Für mich ist die öffentliche Wohnbaufinanzierung und speziell die gemeinnützigen Bauvereinigungen ein Modellfall der PPP-Finanzierungen sogenannte Private-Public-Partnership-Finanzierungen der Infrastruktur, die auf Langfristigkeit ausgerichtet sind und vor allem Auslastungsschwankungen und Risiken abfedern soll. Langfristigkeit ist in der Politik ohnehin schon eine sehr vernachlässigte Kategorie und deswegen möchte ich zumindest in diesem Modellfall diese Langfristigkeit beibehalten gesehen haben. Das Atomisieren dieser gemeinnützigen Bauvereinigung durch das Auflösen des Wohnungsbestandes in Wohnungseigentum, birgt die Gefahr diese Langfristigkeit zu untergraben und zerstört für mich einen Eckpfeiler der Wohnungswirtschaft. Ich plädiere dafür dieses soziale Rückgrat nicht zu brechen. Lassen sie mich in diesem Zusammenhang noch einen Satz zur oberösterreichischen Wohnungspolitik sagen, die mit diesem Thema eng verknüpft ist. Ich plädiere dafür, endlich einmal eine Umschichtung der öffentlichen Mittel von der Neubauförderung und -finanzierung zur Sanierungsfinanzierung und zu einer Neustrukturierung der Sanierungsverordnung des Landes. Die als modern bezeichnete Verordnung aus dem Frühjahr kann für mich für Neufinanzierungen wenig Anreiz bieten. Also, hier bedarf es eines radikalen Umdenkens um die Qualität der Wohnungen aufzuwerten und sie dem Markt anzupassen und nicht die Quantität zu erhöhen. Noch dazu wo Verhandlungen des Finanzausgleichs ins Haus stehen und damit zu rechnen ist, daß die Mittel der Wohnbaufinanzierung geringer werden.

Ergo: Ich spreche mich explizit gegen diesen Antrag aus und denke, meine Fraktion sieht das genauso. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich werde es kurz machen. Grundsätzlich möchte ich schon zum Ausdruck bringen, daß es mir und meiner Fraktion lieber ist, wenn wir ein paar Wohnungen frei haben, als wenn wir zuwenig Wohnungen haben. Natürlich ist diese Situation, in der wir jetzt sind, ein Ergebnis von intensiver Wohnbaupolitik, die wir auch als Stadt Steyr dementsprechend mit beeinflußt haben. Wie wir des Öfteren schon vernommen haben, haben wir am Wohnungssektor bei den Wohnungssuchenden schon eine gravierende Entspannung zustande gebracht. Daß man im Wohnungsbau natürlich nie in der Lage sein kann genaue, exakte Planungen und Bedürfnisses zu erreichen, damit man zu 100 % die Wohnungen besetzt hat, ist in der Größenordnung, glaube ich, unmöglich. Dadurch sehen wir es gar nicht so tragisch, daß hier einige Wohnungen frei sind. Natürlich muß man, in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation, schauen, daß das geschieht. Unsere Position zu dem Antrag, zur Privatisierung in diesem Bereich oder zum Mietkauf oder Verkauf von Wohnungen ist, daß man natürlich schon in bestimmten Bereichen oder bei bestimmten Wohnungen überlegen kann, wenn sie sich in Kostenbereichen bewegen, die immer sehr schwer an den Mann oder an den Mieter zu bringen sind. Hier kann man schon gewisse Überlegungen anstellen und es macht vielleicht auch dort und da einen Sinn. In diesem Antrag hier aber jeden Mieter, der in unserer gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft einen Mietvertrag hat, die Option zu geben sich die Wohnung zu kaufen, also, das geht weit über das hinaus was unser Verständnis dafür ist, weil ich glaube, daß es in erster Linie die Aufgabe der öffentlichen Hand, der Kommune ist, den sozialen Wohnbau zu betreiben und nicht hier im Bereich des Eigenheimschaffens unseren Schwerpunkt der Bau- und Wohnungsschaffung zu geben.

Ich glaube, über bestimmte, einzelne Bereiche kann man sicher überlegen. Es wird aber, wenn man mit diesem Antrag gehen würde, Tür und Tor geöffnet werden und Kollege Keiler hat es ja auch von der juristischen Seite her betrachtet, welche Probleme und Schwierigkeiten dabei auftreten würden. Ich glaube, es wäre auch aus wohnungspolitischer Sicht nicht sinnvoll, wenn hier ein Ausverkauf unserer Wohnungen, gerade jene die sozial notwendig brauchen, stattfindet und diese Wohnungen dann am freien Markt, irgendwann in ferner Zeit, zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Grund werden wir als sozialdemokratische Fraktion dem Antrag keine Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Presse. Ich habe mir einmal ursprünglich gedacht, als wir diesen Antrag eingebracht haben, da werden alle Fraktionen zustimmen. Wenn man sich das Ganze einmal vernünftig ansieht, ohne fern von Ideologie und ohne Aggressionen gegen freiheitliche Anträge udgl., weil da gibt es immer eine gewisse Hysterie, das habe ich in dem einen Jahr schon mitbekommen, wenn man das ganz objektiv und nüchtern betrachtet, dann sprechen nur Gründe dafür, daß den Mietern, die ja 10 Jahre lang da drinnen wohnen müssen, das sieht das Gesetz ja vor, die Möglichkeit eingeräumt wird, die Wohnungen zu erwerben. Bekannt ist, du hast es angesprochen, die hohe Fluktuation im Resthof, es stehen Wohnungen leer. Die Tendenz ist steigend. Der Grund dafür ist, die Bevölkerung wird nicht mehr, aber es wird immer mehr gebaut. Das ist alles bekannt. Die Mietzinsausfälle, die Betriebskostenausfälle die dadurch entstehen hat letztendlich dann ja wieder der Mieter bzw. die GWG zu tragen, weil irgendwer muß sie ja tragen. Auch leere Wohnungen verursachen Betriebskosten aber vor allem geht es auch um den Mietzinsausfall. Dem Ganzen ist entgegenzuwirken, bietet der Kauf der Wohnungen doch eine Möglichkeit an. Dadurch haben die Mieter die Chance, das Ganze in das Eigentum übertragen zu bekommen, wobei dann in weiterer Folge der

Kaufpreis, ist schon kurz angeschnitten worden, durch einen gerichtlichen Sachverständigen, und zwar im Außerstreitverfahren, ermittelt werden wird. Wenn du, Stephan, mit den juristischen Ausführungen da einige, glaube ich, bewußt verwirrt hast, dann sei dir einmal eines gesagt. Ich weiß nicht, wie du zu der Ansicht kommst, daß da ein langwieriges, gerichtliches Verfahren stattfinden wird. Ich weiß nicht woher du das nimmst. Bist du schon so lange in der Praxis? Ich weiß es nicht woher.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Das wird man nachlesen können, daß es da um ein langwieriges gerichtliches Verfahren ...

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das hast du gesagt. Ich weiß ja nicht, wie du dazu kommst. Ich bin schon drei Jahre in der Praxis, ich glaube, du bist noch nicht einmal mit dem Studium fertig, also ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das sind halt Fakten. Mit juristischen Halbwahrheiten und Unrichtigkeiten die du irgendwo auf der Uni einmal gehört hast, wirst du nicht argumentieren können. Das ganze Verfahren läuft ganz einfach ab. Das ist juristisch überhaupt nicht kompliziert. Zunächst einmal lädt die GWG, als Wohnungsgenossenschaft, die Mieter zur Antragstellung ein. Innerhalb von sechs Monaten können die Mieter dann einen entsprechenden Antrag stellen.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Sechs Monate ist für mich langwierig.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Innerhalb von sechs Monaten können sie. Die Mieter können es ja früher machen, sie müssen ja nicht sechs Monate lang warten, Kollege, na, so ist es wohl. Der kann am ersten Tag nach der Antragstellung den Antrag einbringen. Gut. In weiterer Folge hat dann, innerhalb von drei Monaten, die GWG bei Gericht den Antrag zu stellen und das Ganze durch einen Sachverständigen schätzen zu lassen. Drei Monate, dann wird das von einem Sachverständigen geschätzt. Ein Gutachten, fertig, aus, Schluß. Dann haben die Mieter die Möglichkeit, auf Basis dieses Gutachtens, auf Basis des so ermittelten Kaufpreises, die Wohnung zu erwerben oder nicht. Was da langwierig sein soll weiß ich nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was mich interessieren würde, ihr beide habt euch ja mit der Materie schon beschäftigt. Ich meine, ihr tut so als ob schon 100.000 Wohnungen verkauft wären und wenn das ein Schema F-Fall wäre.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Es ist ganz leicht. Ich komme gleich dazu Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, mich interessiert, wo gibt es praktische Erkenntnisse.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Schauen sie. Kollege Keiler hat gemeint, es besteht kein Interesse. Er weiß es aber nicht. Wir haben am Resthof einen Informationsstand abgehalten. Dort war reges Interesse. Wir haben auch in der Zeitung einen Fragebogen drinnen gehabt. Auch da war reges Interesse. Die Leute zeigen Interesse. Wie willst du von vorn herein sagen, daß da kein Interesse besteht? Davon abgesehen, selbst wenn die Wohnungen nachher nicht ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das hat er gar nicht gesagt.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ist ja gleich. Selbst wenn die Wohnungen nicht ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Du hast gesagt, das Interesse ist nicht abzusehen. Das hat ja gerade der Bürgermeister auch gesagt.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Aber du kannst es absehen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ja, weil wir einen Informationsstand abgehalten haben. Weil wir waren nämlich dort und haben mit den Leuten

gesprochen. Nicht so wie du. Verstehst du?

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Hast du ihnen auch den Preis gesagt?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Der Kaufpreis wird durch einen Sachverständigen ermittelt. Wenn du nachlesen würdest und einen Paragraphen weiter bist, in 15 b, da steht drinnen, daß bei der Ermittlung des Kaufpreises das Bestandsrecht zu berücksichtigen ist, Herr Bürgermeister, und das wird ...

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Das habe ich angesprochen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Du hast eine Menge gesagt um zu verwirren, wie auch immer. Dieses Bestandsrecht wird bei der Kaufpreisbildung berücksichtigt. Wenn du schon einmal ein Sachverständigengutachten gelesen hättest, aber so etwas bekommt man auf der Uni nicht zu lesen, da steht dann meistens drinnen: „Eine Abwertung des Verkaufspreises bzw. des Verkehrswertes von rund 25 % aufgrund dieses Bestandsrechtes.“ D.h., den Mietern wird die Möglichkeit geboten dort relativ günstig zu erwerben. Wenn sie nun diese Wohnungen tatsächlich erwerben, wofür ein reges Interesse besteht, dann ist das eine Motivation, vor allem im Resthof, weil dort ist die Fluktuation am höchsten, dort zu bleiben. Weil es ist schon ein Unterschied ob ich eine Wohnung im Eigentum habe oder nicht. Da bin ich interessiert etwas zu investieren. Es ist eben ein Unterschied, als ob ich die Wohnung bloß als Mieter benutze. Es sprechen wirklich, bei objektiver Betrachtung, nur Gründe dafür. Den Mietern soll die Möglichkeit angeboten werden. Dann wird man sehen, was daraus wird. Ich glaube, ich bin mir sicher, daß ein reges Interesse herrscht. Aber selbst wenn die Mieter das ablehnen, dann lehnen sie es halt ab. Dann ist nichts passiert. So quasi, „hilft es nichts, so schadet es nichts“. Ich kann das nicht verstehen, daß ihr das ablehnt. Ich kann mir nur zwei Gründe erklären. Ist es die Ideologie, daß da Eigentum geschaffen wird oder was? Eigentum ist vielleicht für manche noch ein Feindbild. Ich weiß es wirklich nicht. Oder ist es, was ich eher glaube, weil es ein Antrag von uns ist. Ich weiß es wirklich nicht. Ich glaube, es ist eher Letzteres. Diese Argumente, die hier vorgetragen wurden, sind nicht stichhaltig, weil den Mietern kann man die Möglichkeit einräumen, so steht es im Gesetz drinnen. Die GWG, die Wohnungsgenossenschaft kann die Möglichkeit einräumen und die haben dann die Möglichkeit zu verlangen, daß Wohnungseigentum begründet bzw. daß zuerst einmal der Kaufpreis geschätzt wird. Das dauert gar nicht lange, weil das ist grob tatsachenwidrig und das entspricht überhaupt nicht den Fakten. Das geht alles innerhalb längstens eines Jahres. Das hängt natürlich vom einzelnen Mieter ab, weil der kann sich, wie gesagt, am Anfang einmal sechs Monate Zeit lassen. Jedenfalls, es sprechen wirklich keine vernünftigen Gründe dagegen. Vielleicht, du wirst sicher replizieren, kannst du es plakativ darstellen, ohne zuerst fünf Minuten über juristische Ausführungen zu reden, die eh nicht stimmen, teilweise nicht stimmen. Zur Sicherheit haben wir noch einen Abänderungsantrag eingebracht.

Zwischenruf: Eigener Antrag!

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Eigener Antrag. Dazu stehen wir. Ich habe ihn nur juristisch ausformuliert. Die Begründung ist gleich. Ich weiß ja nicht was noch alles kommt, daher nehme ich es gleich vorweg, inhaltlich ist er genau gleich nur der Antrag, die Formulierung ist ein bißchen modifiziert, sodaß er juristisch auch hält.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Normalerweise müßte ja von ihnen, Herr Dr. Wetzl, der Antrag vorgelesen und erläutert werden. Das haben sie nicht getan. Die Arbeit wollen sie mir aufbürden.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Erläutert habe ich ihn ja schon. Ich darf in also vorlesen. Inhaltlich ist er gleich nur der Beschlußantrag selbst ist anders.

Abänderungsantrag

Die GWG bietet im Sinne des § 15 c WGG, der hier anzuwenden ist, den Mietern und Nutzungsberechtigten, die die gesetzliche Voraussetzung der zitierten Vorschrift erfüllen, Voraussetzung 10 Jahre, so steht es im Gesetz drinnen, müssen sie Mieter sein, die Übertragung des Eigentums an den von ihnen genutzten Objekten an und lädt die Mieter und sonstigen Nutzungsberechtigten zur Antragstellung zum Eigentumserwerb ein. Der von den Interessenten zu entrichtende Kaufpreis wird binnen drei Monaten nach Antragstellung durch gerichtliche Festsetzung im Außerstreitverfahren ermittelt, wobei diesbezüglich, auf Wunsch der Interessenten, das Bestehen von aufrechten Bestandsverhältnissen als wertmindernd zu berücksichtigen ist. Nach Ermittlung des Kaufpreises auf diesem Wege, steht es den Antragstellern frei, die Begründung von Wohnungseigentum zu verlangen.

Also, eh genau das, was ich gesagt habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Jetzt haben wir es gehört. Es ist ein Abänderungsantrag. Er steht mit in Behandlung. Wer wünscht noch das Wort. Kollege Apfelthaler, dann Lengauer.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Ich bin Gott sei Dank kein Jurist, also keine Angst, ich bin auch nicht hysterisch, was freiheitliche Anträge anbelangt, weil ich mir sage, in jedem freiheitlichen Antrag ist ein Körnchen Wahrheit enthalten. In dem Fall, denke ich mir, haben wir im Wohnungsausschuß darüber gesprochen und ich kann mich auch sehr gut erinnern, daß es, seitens der Freiheitlichen und der ÖVP, speziell von der ÖVP, Dir. Lengauer hat es ein paar Mal angesprochen, Anregungen gegeben hat, Wohnungen der GWG auch ins Eigentum übertragen zu lassen. Nur, ich verstehe jetzt insofern den Antrag nicht, weil wenn ich den Kollegen Keiler noch einmal zitieren darf. Es gibt ja ohnehin jetzt sozusagen einen Präzedenzfall in der GWG und zwar in der Steinfeldstraße 6-8, wo man ein Objekt ohnehin schon durch die ganze Prozedere durchzieht. Da sind für mich einmal schon zwei Fragen klar. Erstens braucht da der Bürgermeister keine besonderen Worte zur GWG sprechen, weil die GWG ja nicht am Kopf gefallen ist und es selber auch machen kann. Zweitens, denke ich mir, da das ja ohnehin auch im Recht verankert ist, braucht man keine besondere Aufforderung seitens des Bürgermeisters machen. An und für sich arbeitet die GWG ja ohnehin gesetzeskonform und hat obendrein die Steinfeldstraße 6-8 in Bearbeitung. Das Prozedere, lt. Auskunft von Hr. Auinger, dauert noch zwei bis drei Monate. Dann wird man feststellen wie das aussieht, wenn man zwei komplette Objekte, ins Eigentum überträgt. Ich denke mir, einen besonderen Antrag in diese Richtung braucht man aus diesem Grund nicht. Aber es ist ja nicht uninteressant zu fragen, wie denn die anderen GWG's in dieser Stadt auf diese Anregung reagieren? Ich muß ihnen ehrlich sagen, „Topfen“ war noch das gelinde gesagt, was seitens der diversen GWG's beantwortet wurde. Ich denke mir, das muß ja nicht unbedingt signifikant für diese Situation sein. Eines muß uns schon klar werden. Wenn wir jetzt, so quasi im Gemischungsverfahren, hergehen, eine Wohnung dort, eine Wohnung da, ins Eigentum übergehen zu lassen, dann wünsche ich ihnen viel Glück dort mitzugehen und dann das auseinanderzukletzeln, ob Eigentum vorhanden ist. Wir haben es teilweise vom Kollegen Keiler und Kollegen Wetzl auch schon gehört. Also, wie stellen sie sich das vor? Ich kann es mir, ehrlich gesagt, persönlich nur bei einem ganzen Haus, einer ganzen Stiege oder bei Neubauten vorstellen, wo man im Vorfeld schon so rangieren kann. Da kann ich es mir vorstellen. Den Beweggrund der Mieter im Resthof kann ich mir auch sehr gut vorstellen. Was passiert denn, wenn einer ein Leben lang in der Wohnung wohnt? Er zahlt vielleicht zwanzig, dreißig, vierzig Jahre lang Miete und in Wahrheit hat er die Wohnung schon zweimal abbezahlt und sie gehört trotzdem nicht ihm und er zahlt eine ganze Latte an Miete. Nicht für sich sondern für die GWG. Da ist an und für sich einmal zu überlegen, was man mit diesen sogenannten Auslaufgewinnen macht. D.h., wenn das Haus abbezahlt ist, wenn die Wohnung abbezahlt ist und die GWG immer noch Mieten in dieser Progression weiterhin verlangt, wäre es nicht klüger, wenn wir die rechtlichen Voraussetzungen dahingehend ändern, daß, wenn Auslaufgewinne sich zu Buche schlagen, man dann die Mieten, die dort sind, unter Umständen verringert.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich glaube, daß das eine weitaus sozialere Reaktion wäre, als wie im Gemischungsverfahren, einmal dort und einmal da eine Wohnung ins Eigentum übergehen zu lassen. Danke schön. Wir werden dem Antrag nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster hat sich Kollege Lengauer zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Nicht erst vor einer oder zwei Wochen hat die ÖVP durch LR Hiesl über Wohnungseigentum gesprochen sondern schon viele Jahrzehnte spricht die ÖVP von Wohnungseigentum. Wir haben auch immer wieder, wie schon angeführt wurde, im Wohnungsausschuß davon gesprochen, daß die Möglichkeit auch bei den GWG-Wohnungen geschaffen werden soll, daß Wohnungseigentum möglich ist. Noch dazu wissen wir, daß Bewohner selber dieses Wohnungseigentum anstreben. Ich denke nur an die Bewohner unten am Ortskai, die schon sehr lange bemüht sind, Wohnungseigentum zu bekommen. Ich denke, es ist jetzt sehr viel an Emotionellen gekommen. Ganz nüchtern möchte ich jetzt einfach ein paar Dinge dazu sagen. Wenn jetzt einmal gesagt wurde, daß nur ein Gesamthaus dem Wohnungseigentum übergeben werden kann, dann mag das in der Theorie und in der theoretischen Überlegung schon stimmen. Praktisch geht es aber gar nicht so, denn alle Leute z. B. Knoglergründe, die jetzt sagen, ich möchte Mietkauf, der bekundet sein Vorhaben, wird jetzt bevorzugt behandelt, so haben wir es ja ausgemacht, und in zehn Jahren wird ihm dann einmal der Preis ausgehandelt und dann muß er sich entscheiden, ob er die Wohnung nimmt oder ob er die Wohnung nicht nimmt. D.h., durch das Gesetz von sich aus ist diese Möglichkeit schon gegeben und vorgesehen, daß dort Mieter und Eigentümer in den Häusern drinnen sind. Es kann ja nicht so sein, daß dann die GWG sagt, wenn der jetzt die Wohnung nach 10 Jahren nicht kauft, dann muß er ausziehen. Der Gesetzgeber selber sieht also die Möglichkeit in einem Gebäude von Mietwohnungen und Eigentumswohnungen vor, deshalb kann es gar nicht so verkehrt laufen. Das 2. Ist: Sicherlich hat die Kommune die Aufgabe den sozialen Wohnbau zu fördern, zu stärken, immer wieder zu schauen, daß wir Wohnungen bekommen, die sich alle Menschen leisten können. Ich denke auch, daß das Eigenheim nicht unbedingt Schwerpunkt der Kommune sein soll aber die Kommune soll die Möglichkeit für

Eigenheim schaffen. Noch dazu, wenn es von den Bewohnern und Mietern gewünscht wird. Ich denke schon, daß wir da unsere Mieter nicht bevormunden sondern, daß wir sehrwohl die Wünsche unserer Mieter beachten sollen. Wenn ich an unsere Gespräche im Wohnungsausschuß denke, dann waren die nicht so radikal, wie man es jetzt hört. Da haben wir sehrwohl immer wieder gesagt, Mietkauf müssen wir überlegen, Mietkauf gehört überlegt, Mietkauf soll bedacht werden. Es hat immer wieder geheißen, wenn die GWG das machen soll, dann brauchen wir einen Grundsatzbeschuß im Gemeinderat. Insofern finde ich es jetzt recht gut, daß wir uns darüber einmal unterhalten müssen und, daß wir einmal einen Auftrag für so einen Grundsatzbeschuß geben, damit diese Möglichkeiten geschaffen werden können. Ich denke auch, daß sich die Leute, wenn sie eine Eigentumswohnung haben, noch mehr mit dem Stadtteil verbunden fühlen. Ich denke auch, daß sie sich schon in den 10 Jahren des mietens mehr auf die Wohnung schauen, daß auch vielleicht schon mehr in die Wohnung hineingesteckt wird. Mancher denkt nämlich schon so, daß er sagt, gut, ich zahle eine höhere Miete, ich nehme eine Wohnung, die ich mir gerade noch leisten kann, denn in 10 Jahren kaufe ich sie mir. Dann zahle ich an Rückzahlung ehemals vielleicht gleich was ich an Miete zahle, aber sie gehört mir. Ich denke, daß es eine segensreiche Sache ist und deswegen werden wir dem Antrag auch zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Es ist wahrscheinlich ein bißchen schwierig für jeden einzelnen Mandatar hier herinnen sich zu diesem Thema wirklich eine Meinung zu bilden. Wir haben nämlich jetzt auch vom juristischen her zum Teil auch unterschiedliche Aussagen gehört. Ich würde es deshalb auch für gut finden, wenn im Prinzip solche Anträge, sosehr ich hinter diesem Antrag stehe, wirklich im zuständigen Ausschuß ausgearbeitet werden und dann direkt an den Gemeinderat gehen. Weil wie gesagt, hätte ich die Gesetzestexte nicht, ich wüßte jetzt wirklich nicht was drinnen steht. Von da her würde ich es auch ganz gut finden, egal wie jeder von ihnen dazu steht, daß man einfach diese drei Gesetzestexte die da zitiert wurden, an alle Kolleginnen und Kollegen austeilte. Ich denke mir, daß wäre sicher möglich, daß man das von jemanden kopieren und dann an die Mandatare austeilten läßt, damit jedem klar ist, was steht da wirklich drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Jetzt wollen sie das haben?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist mir egal wann, aber ich lege es jetzt einfach einmal her, weil ich glaube, es sollte jeder den gleichen Informationsstand haben, wenn es darum geht, für oder gegen etwas zu stimmen. Das andere ist, mir zeigt dieser Antrag etwas auf. Und zwar: Wir haben einen Wohnungsausschuß. Dieser Wohnungsausschuß ist derzeit leider ein reiner Vergabeausschuß. Das ist mit ein Grund, warum genau dieser Antrag letztendlich wieder hier herinnen landet. Wir haben zwar, wie heute schon gefallen ist, durchaus im Ausschuß hin und wieder darüber gesprochen, aber immer eher so unter dem Punkt „Allfälliges“ und immer so zwischendurch, aber z. B. nicht aufgrund von gesetzlichen Grundlagen oder, daß uns ein Jurist erklärt hätte, wie das aussieht, wie das die Praxis ist, wie andere Städte das gemacht haben. Dazu ist in diesem Ausschuß ganz einfach keine Zeit und kein Platz. Ich kann mich erinnern, daß wir eigentlich von allen Fraktionen her oder die meisten Fraktionen, durchaus zu Beginn dieser Gemeinderatsperiode gesagt haben, es muß eine Reform des Ausschusses geben. Z. B. eine Ausgliederung dieser Vergabe. Ich kann mich erinnern, daß sich da die ÖVP sehr stark artikuliert hat, die Grünen haben sich auch artikuliert, daß man da Änderungen machen sollte, mehr Öffentlichkeit des Angebotes in Richtung Wohnungsanzeiger zu gehen usw. und so fort. Die Begründung dafür, daß man bei dieser Wohnungsvergabe bleibt, war immer eine, na ja, der Ausschuß ist halt viel objektiver als die GWG und wir haben damit unser soziales Gewissen auch irgendwo viel stärker vertreten und wir brauchen diesen Ausschuß. Diesen Gedankengang kann ich durchaus etwas abgewinnen. Ich glaube aber nicht, daß die Politik da objektiver als die GWG ist, aber das sei dahingestellt. Nur seit heute morgen und das ist auch der Grund warum ich mich hier verstärkt melde, weil ich hätte gerne Aufklärung über einen Vorfall, der im Zusammenhang mit der Wohnungsvergabe hängt. Und zwar: Ich frage mich, wie es möglich ist, daß eine Person in diesem Wohnungsausschuß in der letzten Sitzung, in der ich selbst leider nicht war, auch Kollege Apfelthaler und Kollege Lengauer sowie die beiden Direktoren Auinger und Haratzmüller waren nicht, wir drei, von den politischen Parteien waren deshalb nicht, nicht weil wir geschwänzt haben sondern weil wir zeitlich einen Termin zum APM gehabt haben und wir können uns halt nicht aufsplitten. Nur, was mir heute zugetragen wurde und da bitte ich um Aufklärung ob das stimmt, weil da wäre für mich wirklich endgültig der Grund sich von dieser Wohnungsvergabe im Ausschuß zu verabschieden und sich genau um die Probleme, über die wir gerade gesprochen haben, Mietkauf, intensiver beschäftigen zu können. Das ist das Faktum, daß einen Wohnung in diesem Ausschuß vergeben wurde, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht auf einer Wohnungsliste gestanden ist, der jeweilige Wohnungswerber bis dato kein Wohnungswerber war, auf keiner Liste aufgeschienen ist, er es bis heute noch immer nicht ist, also, bis heute morgen war dieser Bewerber auf keiner Liste. Es wurde ihm aber im Ausschuß bereits eine Wohnung zugewiesen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß diese Person nach Besichtigung der Wohnung die Zuweisung erhalten soll. Da fällt mir ein, da gibt es einen Passus. Wir sind ja immer so gerne bei Formalismen. Den § 31 der Geschäftsordnung des Gemeinderates und seiner Ausschüsse. Das gilt also auch für den Wohnungsausschuß. Da gibt es den § 31 und da steht, daß die Mitglieder des Gemeinderates und auch des Ausschusses

in Beschlußfassungen über einen Verhandlungsgegenstand ausgeschlossen sind, in Sachen, in denen sie selbst beteiligt sind. Ich glaube, es gibt keine größere Befangenheit, als wenn ich über eine Wohnung, die ich dann bekomme, selbst mitbeschließe. Ich bitte hier den Ausschußvorsitzenden um Aufklärung, wie sich diese Sache wirklich zugetragen hat und ich würde mir auch wünschen, daß so etwas in Zukunft nicht mehr passiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Stieglitz. Jetzt schauen wir aber, daß wir wieder ein bißchen bei der Sache bleiben. Es ist nämlich keine Wohnungsausschußsitzung Frau Kollegin Frech sondern da geht es darum, ob wir unsere Wohnungen verkaufen. Dann hätten wir die ganzen Probleme nicht mehr.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Wir haben uns erlaubt, zu unserem Abänderungsantrag noch einen Abänderungsantrag zu stellen. Die Begründung ist, daß wir einfach schauen wollen, daß wir unseren Antrag durchbringen und er vielleicht aufgrund eines Formalfehlers dann nicht durchgeht. Ich erlaube mir ihnen diesen jetzt zur Kenntnis zu bringen.

Abänderungsantrag

Herr **BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR** und Herr **VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL** werden ersucht auf die GWG dahingehend einzuwirken, daß der Inhalt des oben angeführten Abänderungsantrages realisiert wird.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gebe den Vorsitz ab, ich möchte mich kurz selbst zu Wort melden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, es wird schon ein bißchen kompliziert. Die FPÖ bringt einen Antrag ein, bringt dann zum Antrag einen Abänderungsantrag ein und zum Abänderungsantrag noch einmal einen Abänderungsantrag. Also, man kann zumindest der Meinung sein, daß ihr euch da nicht richtig vorbereitet und ausführlich damit beschäftigt habt, weil sonst gäbe es das nicht. Ich sage ja nichts, wenn eine andere Fraktion einen Abänderungsantrag machen würde, aber ihr macht Abänderungsanträge zu Abänderungsanträgen. Das ist bis jetzt das Stärkste, was mir passiert ist. Aber bitte sehr, es ist nicht ernsthaft sondern eher spaßhaft von mir bemerkt. Ich glaube natürlich, daß diese Entscheidung eine sehr weitreichende Entscheidung ist. Weit jenseits dessen, daß wir um 20.00 Uhr am Abend, nach einer langen Sitzung, das auf die lockere beschließen, weil letzten Endes haben wir 6.000 Wohnungen. Wenn ich einmal davon ausgehe, daß die Hälfte der Leute Mieter sind, die 10 Jahre in der Wohnung sind, dann sprechen wir von einem Potential von 3 Milliarden Schilling das wir verkaufen könnten, wenn die Leute die Optionen, die wir ihnen nach diesem Antrag geben sollen, aufnehmen. Das muß man sich einmal vorstellen, was das für ein Brummer ist. Wenn man das hier vielleicht oberflächlich betrachtet oder von kurzfristigen Auffettungen der Situation der Stadt ausgeht und das ganz nett und sympathisch wäre, dann wäre das ja ganz super, wenn wir plötzlich einen Input hätten. gehen wir noch einmal zurück, weil alle werden ja die Option nicht aufgreifen. Wenn wir plötzlich 1 oder 1 ½ Milliarden Schilling hereinbekommen würden. Ich sehe das aber schon ein bißchen anders und etwas tiefer, muß ich sagen. Zum einen ist es eine politische Entscheidung, zum anderen ist es eine ökonomische Entscheidung der Stadt, die man sich überlegen muß. Natürlich ist es auch eine ideologische Entscheidung. Aber ich sage das im besten Sinn des Wortes. Das klingt ja manchmal fast so, wenn da hier herinnen angesprochen wird, als wäre Ideologie ein Schimpfwort. Ich sehe das nicht so, weil jeder läuft ja an irgendeiner Linie, an einem Programm, an einer Philosophie entlang, wenn er sich in die Politik begibt. Daher sehe ich das eher positiv besetzt. Meine ideologische Vorstellung und mein Zugang zu diesem Bereich ist der, daß es jemanden geben muß, nämlich genau die GWG der Stadt. Die noch weit mehr als alle anderen GWG's. Die muß nämlich schauen, wie die Leute zu einer Wohnung kommen, die das wenigste Geld haben. Weil heute schon von den Ärmsten der Armen gesprochen und weiß ich was da noch für ein Eiertanz aufgeführt wurde, liegt mir das am Herzen, das schon zu sagen. Warum ist denn möglicherweise die GWG mit höheren Mietenrückständen konfrontiert? 3 Mal dürft ihr raten meine lieben Mitglieder des Gemeinderates. Weil sich die anderen Genossenschaften oder Gesellschaften im Wohnbau in Steyr die Mieter aussuchen. In einem viel höheren Maße aussuchen können als wir.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Die sind aber auch gemeinnützig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sind genauso gemeinnützig unterliegen genauso den selben Bestimmungen und suchen sich die Mieter aus. Da gibt es nämlich solche und andere Mieter. Unser Problem ist in Wirklichkeit, obwohl wir bei der Vergabe der Wohnung prüfen

sollten ob der den Zins zahlen kann, daß er die Miete nicht bezahlen kann, jedenfalls aus den Erfahrungswerten die wir gemacht haben. So schaut bei uns das Ding noch einmal völlig anders aus. Wenn man schon Wohnungen verkauft und das wurde ja gesagt, die rechtliche Möglichkeit gibt es, dann bin ich nicht unbedingt dagegen und es ist auch nicht unbedingt eine Fahrenfrage, daß man das dort oder da macht. Das kann ich mir schon vorstellen. Allerdings können das nur die teuren Wohnungen sein. Weil wenn wir nämlich die billigen alle verkaufen, dann frage ich euch, liebe Freunde, wie sich denn dann die Mietenrückstände entwickeln. Die, die dort drinnen sitzen, denen gehört die Wohnung. Die teuren Wohnungen können sie erst recht nicht bezahlen und bei uns steigen die Mietenrückstände ins aschgraue und wir wissen wirklich nicht, was wir damit tun sollen. Jetzt verläuft ja das bei uns noch kontrolliert. Es ist ja überhaupt kein Feuer am Dach. Weil wenn wir 50 leere Wohnungen von 6.000 haben, das ist für mich ein verhältnismäßig beherrschbares Problem. Es ist nicht angenehm und es freut uns nicht und wir werden uns beschäftigen müssen, wie wir da wieder Leute hineinbekommen. Eines steht aber schon fest, in einer Stadt mit 42.000 Einwohnern ist das nicht so aufregend. Ich bin auf jeden Fall viel, viel lieber, meine Damen und Herren, in der Lage, daß ich Quartiere anbieten kann, wenn jemand in Steyr um eine Wohnung fragt, als in der umgekehrten Lage, wo wir 1.000 vor der Türe auf der Matte stehen haben, für die wir nämlich keine Lösung anbieten können. Das ist nämlich der feine Unterschied. Das ist uns in sechs Jahren gelungen das zustande zu bringen. Die älteren Mitglieder, an Jahren im Gemeinderat, erinnern sich ja, glaube ich, eh sehr gut, wie das angenehm ist, wenn die Leute verzweifelt eine Wohnung suchen und wir können keine anbieten. So sind die Dinge. Wenn die Stadt nicht schrumpfen will, dann braucht sie solche Quartiere. Wenn wir wollen, daß die Elendsquartiere, unter Anführungszeichen, ich will nicht sagen, daß sie wirklich so Elendsquartiere sind, wird zum Teil auch der Fall sein, einige von uns haben sich das ja angesehen in letzter Zeit, diese Sub-Substandardquartiere, die es natürlich noch gibt, sich schön langsam aufheben und das sollten wir gemeinsam wollen, dann werden wir wohl bessere Wohnungen, vom Standard her, anbieten müssen. Wenn man Wohnungen baut, dann ist das nicht so eine Geschichte die man mit dem Haarlineal festlegen kann sondern wir haben das eh erkannt was war. Man hat das nämlich nicht so genau auslegen können. Daher haben wir dann 3.000 Wohnungssuchende gehabt. Weil wir jetzt ein paar leerstehende Wohnungen haben, tun alle so, als ob die Welt untergehen würde. Es ist in Wirklichkeit ein Wohnblock mehr als wir unbedingt brauchen. So sieht das aus und der regt mich wohl nicht auf. In Zukunft werden wir etwas langsamer bauen und werden eher auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen, was die Größe, die Lage usw. anbelangt. Daher glaube ich, daß wir an diese neuen Möglichkeiten sukzessive herangehen sollten. Ich halte auch das Gesetz, wenn das so ist, daß man als GWG zuerst einladen muß, einen Mieter in irgendeinem Wohnblock z. B., dann der einen Antrag stellen kann und dann erst der Preis ermittelt wird, für einen, zumindest für mich nicht, recht plausible Vorgangsweise. Das ist so ungefähr, als wenn sie zu mir sagen: „Wollen sie meinen Mercedes?“ Und ich erfahre nicht einmal den Preis. Das ist ja doch die Frage für mich, wenn alle davon reden, daß es eigentlich ums Geld geht und die Mieten zu hoch sind und vielleicht sogar Eigentumswohnungen billiger sind, auf lange Sicht gerechnet. Ja, das ist ja nur für mich, als Antragsteller, entscheidbar, wenn ich den Preis weiß. In Wirklichkeit wird der Preis aber erst nachher ermittelt. Den Preis müßte man ja vorher sagen können, was die Wohnung kostet. Dann würde sich hier natürlich der Interessent leichter tun sich zu entscheiden ob er interessiert ist oder nicht. Das sehe ich schon so. Das läuft ja in Wirklichkeit ein bißchen merkwürdig. Das habe ich noch nicht gespannt, wie das genau geht. Da haben wir aber eh zwei Juristen. Ihr habt euch schon sehr eingehend unterhalten. Gerade halt, daß ihr nicht lateinisch gesprochen habt, aber ich bin überzeugt, daß das noch kommt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Haben wir in dem Haus auch schon gehabt. Hat uns aber auch nicht geschadet. Jedenfalls wäre noch interessant zu wissen: Wir laden ein, die können sich bewerben, einen Antrag stellen, dann wird der Preis in einem Fachgutachten ermittelt und die dann ja sagen, denen müssen wir die Wohnung verkaufen. Ist das so? Müssen wir verkaufen. Die anderen bleiben dann normale Mieter. So ist das.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ja, so ist das.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, meiner Meinung nach ist diese Vorgangsweise im Gesetz noch nicht optimal definiert. Engelbert, du hast es ja ausgeführt. Du hast von Praxis und Theorie gesprochen. Ich sehe die Praxis so vor mir: Dr. Pfeil und ich sind in so einem Wohnblock. Ihr von der GWG fragt uns ob wir kaufen wollen. Dr. Pfeil kauft, weil er mehr Geld hat als ich.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, ich kaufe nicht. Ich bleibe Mieter. Ich sage, das wird mir zu steil, das ist mir zu teuer, das kann ich mir nicht leisten. Ich bleibe Mieter. Jetzt geht es los. Nehmen wir an, 10 oder 12 von 20 kaufen vielleicht und 8 nicht, so wie ich. Kaum sind der Dr. Pfeil und seine Kumpanen Hauseigentümer, wollen sie das Haus schöner machen. Es gefällt ihnen auf einmal nicht mehr.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Wohnungseigentümer!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, das Haus wollen sie schöner machen, es ist ja jetzt ihr Eigentum.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, nur die Wohnung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aha, nur die Wohnung. Und glaubt ihr das? Und ihr sprecht von der Praxis. Ich wünsche euch viel Glück. Ich sehe mir an wie das heute ist, wo alle Mieter sind.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

In Wien ist das bei jedem 2. Haus so.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

„Wien ist anders“, steht glaube ich auf dem Plakat wenn man hineinfährt auf der Autobahn. In Steyr rede ich von meiner Erfahrung. Zu mir kommen die Leute am Sprechtag. Wenn ihr ehrlich seit, wißt ihr, daß sie zu euch auch kommen. Was sagen sie? Die einen wollen neue Fenster, die anderen nicht. Das regeln wir jetzt oft bei Gericht. Es gibt ausgesprochen unterschiedliche Positionen schon bei gleicher Mieterkategorie, nämlich lauter Mieter. Was glaubt ihr, wie das auseinandertrifft wenn hier Wohnungseigentümer und Mieter sind. Ich befürchte, daß hier der Konflikt programmiert ist. Versteht ihr das? Also, ich sage das was ich mir denke. Erfahrungen gibt es kaum dazu. Niemand hat Erfahrungen damit. Mir hat noch keiner sagen können, bei meinen Kontakten die ich zu diesem Thema gepflogen habe, welche Erfahrungen damit gemacht worden sind. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß man so ein Haus verkauft. Allerdings, wenn wir dann unterschiedliche Mieterkategorien haben und so generell, wie das in eurem Antrag und Abänderungsantrag und Abänderungsantrag von Abänderungsantrag steht, kann ich mir das nicht vorstellen. Das muß ich ganz ehrlich sagen. Ich bin aber gerne bereit und der Meinung, daß man darüber debattiert. Wir haben das auch schon eingeleitet. Es sind schon die Mieter befragt worden. Es wird versucht, hier den Preis zu ermitteln. Daß wir an das in dieser Weise herangehen und dann wirklich auch zu Entscheidungen kommen, die auch funktionieren. Jetzt sage ich euch noch etwas Böses. Die Abänderungsanträge haben mich auf diese Idee gebracht, daß ich auch böse sein kann. Das ist normalerweise nicht mein Naturell. Es ist ja auch schon spannend, wie wir die Dinge diskutieren. Im Ursprungsantrag hat es geheißen, der Bürgermeister soll auf die GWG einwirken. Es war ansich, glaube ich, rechtlich richtig. Der Abänderungsantrag 1 heißt, wir sollen beschließen, was die GWG zu tun hat. Das können wir ja gar nicht. Die GWG hat einen Aufsichtsrat. Das ist so ähnlich wie mit der GesmbH. und beim Altersheim, wenn wir es einmal hätten. Dann beschließt dort der Aufsichtsrat und sagt dem Geschäftsführer an, was er zu tun hat. Da muß man dann schon überlegen, wer sitzt in dem Aufsichtsrat, weil wir sind Gemeinderäte, wir tragen politische Verantwortung, wir werden mit den Bürgern konfrontiert sein wenn es nicht funktioniert. Wir können dann sage, ihr müßt zum Aufsichtsrat gehen. So einfach ist das nicht. Die Aufsichtsräte stellen sich nämlich nicht der Wahl sondern die Gemeinderäte. Das darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen. Also, jetzt ist der Abänderungsantrag vom Abänderungsantrag wieder eher rückformuliert in Richtung ursprünglichen Antrag. Wir sollen also einwirken, daß im Sinne des Beschlusses die GWG handelt. Aber im Prinzip sage ich euch eines. Wenn der Aufsichtsrat die Neigung zeigen würde, sie verkaufen mit einem Schlag, so wie aus einer Laune heraus, unser gesamtes Wohnungseigentum. Da würde ich wahrscheinlich den Aufsichtsrat abberufen und zwar sofort. Das kann ich nämlich als Eigentümervertreter. Weil ich wirklich Gefahr im Verzug sehen würde, daß die Dinge schief zu laufen beginnen. Das heißt nicht, daß wir nicht sukzessive in diese Richtung arbeiten. Besonders bei Neubauten ist dieses Thema zu überlegen. Ich negiere nicht den Wunsch der Leute nach Eigentum. Das ist zweifelsohne vorhanden. Ich orte das auch. Ich orte auch ein reges Interesse die Wohnungen zu kaufen, in denen sich die Leute befinden. Ich bin aber eher der Meinung vom Stephan Keiler, daß sie sich Preisvorstellungen machen, die wahrscheinlich nicht realistisch sind. Wenn das den Mieter aber nur ein Butterbrot kostet, bitte sehr, sollte sich das bei einem Gutachten so herausstellen, dann ist das ökonomisch, aus der Sicht der Stadt, nicht sehr sinnvoll das zu tun. Vor allen Dingen wenn wir dann weniger Wohnungen haben und du mußt die Mieterschicht befriedigen, die sozial am unteren Ende der Fahnenstange ist. Ich bitte das wirklich zu bedenken. Wir müssen auch auf die schauen, daß sie auch eine Wohnung bekommen und die werden wahrscheinlich eh kaum in Betracht kommen sich eine Wohnung zu kaufen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Vizebürgermeister Tatzreiter.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ist das das Schlußwort?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Nein, er hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Natürlich ist schon sehr viel gesagt worden und es ist mir ein

Bedürfnis auf einige Passagen einzugehen. Insofern, weil ich ja immer der Meinung bin, daß ich das Interesse von vielen Mietern kenne, daß sie sich gerne diese Wohnung kaufen würden. Natürlich mit der Vorstellung, und das wurde eh schon gesagt, daß sie glauben, daß die Miete, die sie bisher schon bezahlt haben, mit eingerechnet wird, zumindest zu einem großen Teil. Das ist aber leider nicht möglich. Es gibt ein Gesetz, daß das nicht vorsieht. In diesem Zusammenhang ist das auch nicht möglich. Ich bin neugierig, wenn das Schätzgutachten bzw. die Bewertung von der Steinfeldstraße 6 - 8, heraußen ist, wie dann die Mieter darauf reagieren, wenn sie wissen, wieviel das kostet. Wir wissen es auch noch nicht. D.h., es ist ein relativ langes Verfahren und ich hoffe, daß das nicht allzu lange dauern wird, aber es wird uns zumindest keine Hoffnung vor Jänner gegeben. D.h., mit dem Neuen Jahr werden wir dann in etwa erkennen, was dort für Preise sind. Ich habe nur jetzt schon registriert und das ist zumindest aus dem erkennbar, was ich auch ahne, was da auf uns zukommt, was diese beiden Liegenschaften, was wir zumindest einmal überlegt hätten sie bewerten zu lassen und anzubieten, daß nämlich im Bereich der Knoglergründe, jetzt mit dem Mietkauf, schon wieder fünf ausgestiegen sind, die zuerst 100 %-ige Bewerber waren. Die haben den Preis gesehen und Ende. Sie sagen, kaufen nicht, mieten ja. Jetzt höre ich schon, es kommen schon wieder einige nach und sagen, ja, eigentlich kaufen wollte ich die Wohnung nicht. Es wäre nur gewesen, wenn wir sie günstig bekommen hätten, dann hätten wir die Wohnung gekauft. Ich kann es aber nicht ändern, weil die Finanzierungen stehen einmal fest. D.h., die S 16.000,-- per m2, was die Kosten derzeit sind eine Wohnung zu bauen, S 16.500,-- ist die Obergrenze, das ist eh meistens knapp, weil es so lange gehalten wird, bis es nicht mehr geht, dann fährt man wieder ein bißchen hoch, damit sieht man schon, was der Preis in etwa ausmacht und der Grundpreis dazu. Jedes Mal wenn dann die Frage ist, zuerst sollte es der Grundpreis sein, der zumindest einmal zur Hälfte bezahlt werden soll. Aber sobald die Leute das erfahren ist es mit dem Interesse schon wieder aus. Das sind jetzt meine Probleme, die ich da sehe. In diesem Zusammenhang habe ich nicht unbedingt die große Angst, daß, wenn wir mehr anbieten würden, auch alle sofort zugreifen und kaufen würden. Was mich ganz besonders stört ist, daß viele Diskussionen gelaufen sind. Wir haben ja einmal gesagt, wenn sich ganze Blöcke dafür interessieren, dann sollte man das auch einmal überlegen, schätzen lassen und anbieten können. Das war eigentlich das Gespräch, daß wir geführt haben. Ich muß ehrlich sagen, ich hätte sogar einmal dafür Interesse gehabt. Gerade im Bereich Resthof, dort wo wir aufgrund der letzten Bauten und von manchen Wohnungsgrößen ausgehend, wo die Miete gar nicht so niedrig ist. In diesem Zusammenhang habe ich überlegt, ob man nicht solche Objekte, wenn dort Leute drinnen sind die es sich leisten können und wollen, denen anbietet. Ich muß ehrlich sagen, wenn sich dort nur zwei oder drei interessieren und die anderen nicht und dann höre ich von den anderen, na ja warum sollte ich mir im Resthof eine Wohnung kaufen, es ist sowieso nicht erstrebenswert, weil die Qualität ist es ja nicht. Wenn ich dann frage: „Warum kommt ihr auf das?“ „Ja, weil das sagen ja alle.“ Die F hat ja da oben Veranstaltungen gemacht, wo die Wohnungen nachher auf einmal um einiges schlechter geworden sind. Das ist das, was mich eigentlich stört. Das sollte man überhaupt nicht tun. Wenn wir gemeinsames Interesse an der GWG und an den Möglichkeiten haben, die wir unseren Bewohnern anbieten sollten. Ich möchte vor einem warnen. Die billigsten Wohnungen die sich die Leute erwarten, das Kaufinteresse ist im Bereich Steinbrecherring, Arbeiterstraße, natürlich hat das damit zu tun, weil dort kein Baukostenzuschuß passiert ist, weil dort die Mieten noch relativ günstig sind und daher glaubt ein jeder, daß die Wohnung beim Kauf billiger ist. Nein, das stimmt nicht. Ich sage es nur einmal. Es ist einfach der Verkehrswert zu erstellen und dann gibt es vielleicht einen Abschlag, weil er drinnen wohnt. Das kann möglicherweise bis zu 30 % sein. Da gibt es Juristen und Makler herinnen, die das kennen. Bis zu 30 % kann der Abschlag sein, muß es aber nicht sein. Das Gericht entscheidet. In diesem Zusammenhang warne ich davor, daß wir die billigsten Wohnungen oder zumindest die billigen Wohnungen nicht verkaufen sollten. Wir sollten gar nicht daran denken. Wir haben sonst nicht mehr die Möglichkeit, das ist ja schon gesagt worden, daß wir nämlich das größte Problem, das ist ja eigentlich unsere Aufgabe als Wohnungsausschuß, der welcher es sich gut leisten oder etwas anderes auch noch leisten kann, der braucht eh den Wohnungsausschuß nicht, den Schwächsten zu helfen. Daher dürfen wir nie überlegen, die billigen Wohnungen zu verkaufen. Was mich bei der ganzen Diskussion noch bewegt hat, betrifft natürlich eine Kernaussage, weil es fast schon ausgesehen hätte, wie wenn wir in der letzten Wohnungsausschußsitzung etwas verbrochen hätten, mit einer Wohnung die vergeben wurde. Das ist eine relativ große Wohnung. Ich glaube ca. 124 m2. Die Wohnung wird in Zukunft etwa S 9.000,-- kosten. Ich frage nur, wieviele sich so eine Wohnung leisten können. Wir wissen es vom Wohnungsausschuß, wie es uns geht. Bei der GWG kann jeder hinterfragen, wenn er für solche Wohnungs-typen einen Mieter findet, der die Miete gerne bezahlt, dann küssen wir jeden die Hand. Das möchte ich in aller Deutlichkeit einmal sagen. Es war ein Bewerber aus unserem Kreis. Hans, ich möchte, daß du hochoffiziell einen Antrag stellst, das ändert aber nichts am Beschluß, weil wir es, alle Fraktionen zusammen, so behandelt haben. Ich habe das auch so haben wollen, daß wir das hochoffiziell machen. Das hat mit einem Vorzug überhaupt nichts zu tun. Es ist nur, weil die Wohnung zurückkommt und weil sie sehr teuer ist, habe ich gesagt, da müssen wir schauen, daß wir diese Wohnung auch wegbringen. Herr Direktor Lengauer nickt mir schon zu. Wir haben die größten Probleme mit den großen Wohnungen. Mit 80, 90, 100 m2 Wohnungen. Vor allem mit den 4-Raum-Wohnungen, die über S 7.000,-- kosten. Bei S 5.600,-- ist in etwa die Schmerzgrenze, dann ist es aus. Wer etwas anderes behauptet der lügt. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Es ist nämlich so, daß wir manchmal sogar froh sind, daß wir so viele Wohnungen haben. Ich mache mir aber ernsthaft Sorgen über die Größenordnungen der Wohnungen. Damals hat man es gebraucht. Es hat sich leider auch das Singleleben durchgesetzt. Die alleinerziehende Mutter mit ihrem Kind braucht keine große Wohnung mehr. Hand aufs Herz. Sehen wir uns die Wohnungsansuchen an, mit welchem Einkommen die zu uns kommen. Die kommen sonst nirgends unter. Die kommen nur zur GWG oder zur Stadtgemeinde Steyr. Das ist es. Wir müssen für die irgendwo ein zuhause finden. Das sind unsere Probleme. Beim letzten Bau im Resthof habe ich schon gedrängt, fast ein bißchen mit einem Zorn, weil der Generalunternehmer nicht vom Schema abweichen wollte. Ich habe gesagt: „Sie brauchen dort nicht bauen, wenn sie uns die Wohnungen nicht kleiner machen. Und zwar so, daß sie für jenen Personenkreis brauchbar werden, für die wir wirklich Wohnungen brauchen. Auch in Zukunft.“ Wir haben auch eine zusätzlich begünstigte Förderung erhalten,

sodaß die Wohnungen, nämlich die 3-Raum-Wohnungen unter S 5.000,-- und die 2-Raum-Wohnungen unter S 4.000,-- liegen. Natürlich haben sie nicht mehr die Größe. Das ist so wichtig, weil die Mütter mit ihren 8, 9 10.000,-- Schilling Einkommen und ein Kind zu versorgen haben, sich keine S 7.000,-- für eine Wohnung leisten können. In diesem Zusammenhang war ich froh, daß wir diese große Wohnung angebracht haben. Kollege Payrleithner hat dieses Ansinnen gestellt und wir haben gesagt, okay, wenn er sich darum bewirbt, jeder soll das gleiche Recht haben. Ich habe damit überhaupt kein Problem. Nur wie gesagt, ein Wohnungsansuchen muß du noch einbringen. Das andere wird dann, wenn die Wohnung frei ist, angesehen werden und es wird eine Übergabe passieren. Ich ändere nichts am Beschluß, weil er von der Regel her korrekt abgelaufen ist. Ich darf in diesem Zusammenhang auch bitten die Dinge zu überdenken und bei den Wohnungsverkäufen wirklich nur ganze Objekte in Betracht ziehen. Darum haben wir ja auch gesagt, die Steinfeldstraße würde sich dazu eignen, weil alle Mieter da drinnen Interesse bekundet haben. Wie weit das Interesse noch aufrecht ist, weiß ich nicht. Bei zwei habe ich schon registriert, daß sie evt. von ihrem Wunsch zurücktreten, wenn es ihnen zu teuer wird. In diesem Zusammenhang kann sich das natürlich auch negativ auswirken. Das zweite Objekt das wir auch miteingeplant haben, weil dort auch ein vollständiges Haus Interesse hat, ist am Ortskai. Dort sind es aber nicht alle, da sind es schon weniger. Wenn sich das ergibt, habe ich Interesse, weil wir dort auch relativ große Probleme mit den Mieten haben. Im übrigen darf ich nur sagen, daß wir natürlich bei der Mieterstruktur die größten Sorgen haben. Aber deswegen, weil zu uns all die kommen, die sonst nirgends unterkommen. Daher müssen wir auch schauen, daß wir die billigen Wohnungen für uns gemeinnützig aufrecht erhalten und, daß wir die auch, immer wieder wenn sie frei werden, jemanden geben können, der sie dringend braucht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Payrleithner. Ich erteile es ihm

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Schade, daß der Herr Bürgermeister jetzt nicht anwesend ist. Ich hätte schon zu seinen doch sehr weitschweifigen Ausführungen, zu der ganzen Thematik einiges zu sagen gehabt. Vielleicht aber eines. Er hat gemeint, ein wesentlicher Aspekt muß auch sein, daß man in Zukunft den potentiellen Käufer auch sagen können muß, was denn die Wohnung kostet. Genau das ist aber das Problem, was wir derzeit auch bei den Knoglergründen haben. Der Wohnungsstadtrat hat auch gesagt, daß mittlerweile schon einige zurückgetreten sind. Ich glaube, daß das schon ein Problem ist, weil wir derzeit den Interessenten gar nicht sagen können, was in 10 Jahren ist. Wir können ihnen zwar sagen, was sie derzeit an monatlicher Miete zahlen müssen, wenn er sich für den Mietkauf dann dort entschließt, was er aber dann an Restwert in 10 Jahren bezahlen muß, daß können wir ihm nicht sagen. Ich glaube, daß das nicht sehr von Vorteil ist und einige auch aus diesem Grund davon Abstand nehmen, weil das doch ein gewisses Risiko beinhaltet.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Hans, darf ich dich unterbrechen, damit du nicht etwas falsch berichtest. Die Interessenten haben diese Ausführungen erhalten. Da ist alles darauf. Auch der derzeit feststellbare Restwert.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist aber neu. Ich habe mich erkundigt und da ist mir mitgeteilt worden, daß man nicht sagen kann, was man in 10 Jahren an Restwert bezahlen muß. So war die Information mir gegenüber im Ausschuß und bei der GWG. Das ist dann neu. Ich finde das aber nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Nach dem jetzigen Stand hat man das denen sagen können. Was in 10 Jahren ist, wissen wir nicht, wie sich das mit dem Kurs entwickelt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist vom 12.03.1997.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Das ist die erste Erstellung gewesen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Zu den Ausführungen von unserer Kollegin Frech vom angeblich liberalem Forum möchte ich sagen. Ich bin schon ein bißchen entsetzt, daß man es zustande bringt, zweimal, in einer doch etwas schon längeren Gemeinderatssitzung, derartig ins Fettnäpfchen zu treten, wie sie es imstande sind. Erstens einmal, liebe Frau Kollegin Frech: Ist es einem Gemeinderat verboten sich um eine Wohnung zu bewerben oder zu interessieren? 2. einmal: Hätte ich das gemacht oder angestrebt, was sie mir da offensichtlich unterstellen wollen, oder ich weiß es nicht, war Vzbgm. Tatzreiter die Zielscheibe, ich weiß es ja nicht genau, wem sie mit ihren Anfeindungen da treffen wollen, dann wäre ich wahrscheinlich zum Stadtrat gegangen und hätte gesagt, du, ich interessiere mich für eine Wohnung, können wir das machen, daß ich die so bekommen. So war das nicht. Ich habe mich ganz offiziell, und das ist ja einem Gemeinderat nicht verboten, darum beworben. Ich bin jetzt seit 7 Jahren in diesem Ausschuß. Ich muß wirklich sagen, daß die

Vertraulichkeit dort immer wieder funktioniert hat. Es ist auch schon vorgekommen, ich kann mich erinnern, daß ein sozialdemokratischer Gemeinderat, der heute nicht mehr da ist, sich auch einmal um eine Wohnung beworben hat und das ist dort einstimmig zur Kenntnis genommen worden. Das war nie ein Thema. Warum soll er sich jetzt, nur weil er vielleicht der freiheitlichen Fraktion angehört, nicht für eine Wohnung interessieren. Ich sage absichtlich interessieren. Nachdem ich in der Nähe wohne und ich erfahren habe, daß diese Wohnung frei wird, habe ich mich dafür interessiert und bin zur GWG gegangen, so wie es alle anderen auch machen, und habe gefragt, wann diese Wohnung frei wird, weil ich mich dafür interessieren würde, kann ich sie mir einmal ansehen. Ich habe sonst nichts anderes gemacht, als mir die Wohnung angesehen und habe gesagt, wenn gewisse Dinge dort meinen Vorstellungen entsprechen, dann würde ich mich auch wirklich dafür interessieren und dann stelle ich auch ein Ansuchen wie jeder andere Wohnungswerber auch. Das ist keine Sozialwohnung, Frau Kollegin Frech. Es ist eine Wohnung die fast S 10.000,-- im Monat kostet und ich nehme an, daß der Beamte Huber mit dem zuständigen Stadtrat Tatzreiter, aus Gründen die ja naheliegend sind, weil wir ja in den letzten Ausschüssen, das ja alle, die in den Ausschüssen tätig sind bestätigen können, gerade teure Wohnungen nicht oder nur ganz schwer anbringen. Wohnungen die S 7.000,-- kosten stehen bis zu einem Jahr leer. Das ist auch einer der Gründe gewesen, warum ich heute diesen Antrag eingebracht habe. Wahrscheinlich hat er geglaubt, ich nehmen die Wohnung eh gleich. Es ist eine teure Wohnung, los, bevor wir dann ein Jahr keine Mieteinnahmen haben. Ich finde das ganz mies und ich würde sie auch bitten, daß sie sich dafür entschuldigen. Wenn sie mir aber da etwas unterstellen wollen, stehe ich nicht an mich auch dagegen gerichtlich zu verwehren. Das sage ich ihnen schon einmal.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Also, ich finde auch, daß jedem von uns, wenn er eine Wohnung benötigt, eine Wohnung zusteht. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich bin auch entsetzt darüber, weil wenn er sich ordentlich bewirbt ist nicht dagegen einzuwenden. Als nächster zu Wort gemeldet ist Gemeinderat Keiler. Bitte sehr. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich wollte nur Aufklärung, was da passiert ist.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Sehr geehrte Kollegen. Ich darf vielleicht gleich zum Kollegen Payrleithner etwas sagen. Ich habe das auch so in Erinnerung, daß sie sich für die Wohnung interessiert haben und sie haben gesagt, sie haben sie noch nicht gesehen, sie werden sie besichtigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigung. Ich weiß nicht, wieviele Wortmeldungen noch sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Frau Kollegin Frech hat sich noch zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn wieder alle da sind, wird dann eine Abstimmung sein, habe ich so das Gefühl.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist bitte sehr Demokratie. Mehrheitsentscheidungen sind da gefragt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Klo gehen wird verboten werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sage nur sie sollen wieder kommen und keine Wurstsemmel essen. Geht schon wieder.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ich kann also bestätigen, daß aus Erfahrung im Wohnungsausschuß wahrscheinlich kein sehr großes Interesse wegen der großen Kosten an der Wohnung bestehen wird und deswegen auch keine Bedenken zu diesem Vorgehen von unserer Seite angemeldet werden können. Weder zu dem Vorgehen an sich, noch zu dem was im Protokoll steht, weil da ist von einem Beschluß die Rede, der meiner Ansicht noch nicht gefaßt wurde. Zu dir, lieber Herr Bürgermeister, darf ich etwas sagen. Du hast das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz kritisiert, weil es höchst komplizierte, und ich wiederhole mich und ich bleibe dabei, und langfristige Verfahren vorsieht für diese Wohnungseigentumsbeschaffung. Das ist richtig. Das kann man kritisieren und es ist wahrscheinlich auch nicht sehr gelungen. Du als ehemaliger Nationalrat tust dir da leichter, ich habe es mir gedacht und nicht ausgesprochen. Aber wenigstens hast du mit deiner Erfahrung genug Respekt auch vonseiten des Kollegen Willi Wetzl, daß du argumentieren kannst, ohne persönlich angegriffen zu werden. Da darf ich gleich sagen, Willi, wenn dir bei der Argumentation nur einfällt, daß ich mein Studium noch nicht fertig habe und du schon drei Jahre lang Erfahrung als Rechtsanwaltsanwärter hast, so ist das recht schön. Ich bin es dir auf keinen Fall neidig, aber wenn du mir das vorwirfst, dann disqualifiziert dich das eigentlich. Ich glaube auch nicht, daß es

Voraussetzung ist diese Erfahrung zu haben um Gemeinderat hier zu sein, weil du bist der Einzige und deswegen darf ich auch in meiner Funktion als Student, glaube ich, argumentieren. Ideologie lasse ich mir von dir auch vorwerfen. Das stimmt. Die habe ich. Aber sicherlich nicht, wenn es um die Wohnungen geht. Denn wenn du sagst, wir sind automatisch gegen die Anträge der Freiheitlichen, dann kann ich bei diesem hier ganz leicht dagegensprechen und sagen, es ist in den Oberösterreichischen Nachrichten und in der Steyrer Zeitung vom Frühjahr und Frühsommer schon nachzulesen, daß ich mich explizit gegen den Verkauf von GWG-Wohnungen ausgesprochen habe und da habt ihr von eurem heutigen Antrag wahrscheinlich noch nichts gewußt. Deswegen geht dieses Argument ins Leere. Daß ich aus Ideologie gegen Eigentumsübertragung bin, dem kann ich auch nicht zustimmen. Ich bin für Eigentumsübertragung, weil sonst könnte ich dem Verfahren nach 15 b wohlwollend gegenüber stehen und bei den Knoglergründen sehrwohl dafür sein, daß es ins Eigentum übertragen wird. Dann wollte ich dir noch einen Satz vorlesen, weil du gesagt hast, die Mieter müssen diese 20 %-ige oder auch 30 %-ige, man ist sich nicht einig, Abschlagszahlung in Anspruch nehmen. Beim Wohnungskauf in § 15 b Abs. 3 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes der auch für den 15 c gilt, steht drinnen: Der Mieter oder sonstige Nutzungsberechtigte kann auf die Berücksichtigung des Vorliegens eines aufrechten Miet- oder sonstigen Nutzungsverhältnisses als wertbildenden Umstand verzichten. Du hast es mir abgesprochen. Ich habe es vorher schon betont, er hat die Wahlmöglichkeit, ob er diese Vergünstigung nimmt und dafür sieben Jahre nicht weiterverkaufen darf oder nicht. Ich bleibe dabei, daß dieses Verfahren ein langwieriges ist. Es ist von sechs Monaten die Rede, die wohl eingehalten werden müssen, weil man ja abwarten muß, ob nicht am letzten Tag noch ein Antrag kommt und dann ist noch einmal von 3 und 3 Monaten die Rede und dann wieder von 3 Monaten, die aber wieder abgewartet werden müssen. So ist dieses Verfahren, nehme ich einmal an, mit der Feststellung des Gerichts zum Kaufpreises sicherlich mit mehr als einem Jahr zu definieren und deswegen für mich langfristig. Kompliziert ist es glaube ich auch. Ich erspare mir jetzt vorzulesen, wie die Preisbildung und deren Rechtsfolgen bewertet werden, weil das ist hochkompliziert und ich glaube nicht, daß ich da die Kollegen strapazieren will. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Lieber Herr Kollege Payrleithner, wenn es ein Fettnäpfchen ist, daß man sich für Objektivität und Gerechtigkeit ausspricht, dann trete ich gerne in ein Fettnäpfchen, dann macht mir das nichts aus. Ich habe auch keine konkreten Namen genannt. Sie haben das jetzt selbst gemacht. Es geht mir auch nicht darum wem einzutunken oder sonst etwas sondern, ich denke mir schon, daß wir uns grundsätzlich überlegen sollten, es ist nichts dagegen zu sagen, daß sich ein Gemeinderat um eine GWG-Wohnung bemüht. Das ist kein Problem. Ich würde mir aber wünschen, daß für den Gemeinderat das Gleiche gilt wie für jeden anderen. Erst dann, wenn diese Wohnung auf der Liste der freiwerdenden Wohnungen aufscheint und erst dann, wenn er sich als Wohnungswerber tatsächlich bei der GWG gemeldet hat. Ich würde mir auch wünschen, daß er, wenn ein Gemeinderat sich um eine Wohnung bewirbt und er zufällig auch Mitglied des Ausschusses ist, sich bei seiner eigenen Vergabe zumindest der Stimme enthält. Ich glaube, das wäre eine Selbstverständlichkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie haben ja nicht abgestimmt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sie lügen wie gedruckt. Sie waren bei der Sitzung gar nicht dabei.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das war ja auch der Grund meiner Wortmeldung, wenn sie aufgepaßt haben, daß ich diesbezüglich um Aufklärung bat. Wenn das nicht so der Fall ist, dann ist aber ein Irrtum im Protokoll. Dann gehört das Protokoll diesbezüglich berichtigt, dann ist das auch kein Thema. Aber wenn man von dem ausgeht, so wie es war, dann sollte man, glaube ich, so nicht handhaben, weil wenn es so ist, daß das eine Wohnung ist die ohnedies so teuer ist, daß sie keiner haben will, dann ist es ja sowieso kein Problem, daß man sie ganz normal ausschreiben kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich war als Ersatzmitglied in dieser besagten Wohnungsausschußsitzung anwesend und mir kann sicherlich keiner unterstellen, daß ich unbedingt ein großer Freund vom Kollegen Payrleithner bin. Ich habe persönlich nichts gegen ihn aber uns trennen halt ideologische Anschauungen. Aber was Recht ist, muß auch Recht bleiben. Das möchte ich im Namen aller anderen anwesenden Mitglieder des Wohnungsausschusses auch betonen, daß das, was der Kollege Payrleithner zuerst in seinen Ausführungen gesagt hat, 100 % stimmt. Ich ersuche sie schon, Frau Kollegin Frech, das ist so gesagt worden und sie gehen jetzt heraus und stellen das jetzt noch einmal in irgendeiner fiktiven Form infrage, daß wiederum der Eindruck entsteht, daß eine Wohnungsvergabe beschlossen worden ist. Das war definitiv nicht der Fall. Ich sage es noch einmal. Der Herr Payrleithner hat uns informiert, genau aus diesem besagten Grund, im Bewußtsein, daß eben da nicht wieder blöd herumgeredet wird, hat er gesagt, ich interessiere mich für diese Wohnung, habt ihr etwas dagegen, daß ich

mir diese einmal vorweg ansehe. Wenn es paßt, dann stelle ich den Antrag. Ich möchte das noch einmal betonen, daß das wirklich vom Tisch weg ist. Konstruieren wir nicht immer irgendetwas. Wenn es schon dreimal gesagt wurde, daß das nicht so ist und sie sich nach wie vor dann auf das versteifen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Dann bitte ich das Protokoll zu berichtigen.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:
Selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
So. Nächster ist Herr Dr. Wetzl.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Wertes Präsidium, wertee Kolleginnen und Kollegen. Nur kurz zu unseren zweiten Abänderungsantrag. Es mag zwar auf den ersten Blick nicht gut aussehen. Wir haben den zweiten Abänderungsantrag ausschließlich deshalb eingebracht weil der Herr Dr. Schmidl, ein sicherlich sehr guter Jurist, gemeint hat, er paßt nicht ganz. Damit wir uns jetzt nicht auf juristischer Ebene streiten müssen, ob der Antrag formal juristisch paßt oder nicht, haben wir ihn in dieser Form, wie der Herr Dr. Schmidl ihn für richtig befunden hat, eingebracht. Also, es kann nicht argumentiert werden, daß er in juristischer Hinsicht nicht richtig wäre.

Zu dir Stephan, wenn du ausführst, ich greife dich persönlich an ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der Dr. Schmidl ist noch länger im Geschäft. Hat noch ein paar Jahre mehr auf den Rücken.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
So ist es.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Sie haben ein paar mehr als der Keiler und er hat ein paar mehr als sie.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Das gestehe ich ihm auch gerne zu. Darf ich jetzt wieder weiter reden. Wenn du meinst, ich greife dich persönlich an, dann ist das, wenn du das so empfindest, nur darauf zurückzuführen, daß deine Ausführungen in juristischer Hinsicht einfach nicht ganz entsprechen. Wenn du sagst und versuchst darzustellen, ich habe ja teilweise selbst nicht mehr folgen können, das Verfahren ist sehr lange und urkompliziert, dann stimmt das einfach nicht. Das ist nicht richtig. Der Herr Dr. Alphasamer und der Herr Dr. Schmidl können das bestätigen. Dieses Verfahren ist nicht kompliziert. Aber du versuchst auf diese Art und Weise alle zu verwirren und dadurch in ihrer Beschlußfassung zu beeinflussen, indem du sagst, das dauert so lange, das ist sehr kompliziert. Das ist nicht so. Es kann innerhalb eines Jahres durchgezogen werden.

Herr Bürgermeister, wenn sie vermeint haben, daß die Entscheidungen der Aufsichtsrat trifft, das stimmt auch nicht. Die Entscheidungen trifft der Eigentümer. Der Aufsichtsrat muß genehmigen. Aber das nur nebenbei.

Was auch angesprochen wurde, daß es schlecht sei in einem Objekt Wohnungseigentum neben Mieteigentum bestehen zu lassen. Sie sagen zwar, Wien ist anders aber das ist eine schwache Argumentation. In jeder großen Landeshauptstadt, insbesondere dort wo größere und ältere Bauten sind, ist es gang und gäbe, daß Wohnungseigentum neben Mieteigentum besteht. Der Gesetzgeber hat diese Möglichkeit ausdrücklich vorgesehen. Daß es damit keine Probleme gibt, das merkt man ja. Der Gesetzgeber hat anlässlich der letzten Wohnrechtsnovelle 1997 überhaupt nichts an dieser Bestimmung geändert und diese Bestimmung gibt es schon lange. D.h., es hat überhaupt kein Handlungsbedarf bestanden. Warum es da Probleme geben soll, neben Mieteigentümern, die bloßes Mieteigentum haben, und Wohnungseigentümer, das weiß ich nicht. Das kommt in der Praxis nicht vor. Es gibt keine Probleme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Aber das zeigt mir Herr Doktor, daß ihnen da offenbar doch der Zugang zu den Dingen fehlt, wie sie sich wirklich in der Praxis abspielen. Wie die Leute sind, wie sie den Zugang dann haben. Eigentum ist anders als Mieter. Ich würde mir ja eh wünschen, daß die Leute so täten, als wären es ihre Häuser. Da wird sich aber gewaltiges abspielen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Da änderst sich doch nichts daran. Wenn der bisherige Mieter, um das darzustellen, nunmehr Eigentümer wird, glauben sie, daß das jetzt auf einmal ein anderer Mensch wird, der dann in den Beschlußfassungen anders entscheidet? Bitte, um

es klarzustellen. Nach dem 15 c WGG um den es hier im Antrag geht, ist Voraussetzung, daß der Mieter das Objekt mindestens 10 Jahre lang benutzt hat. Der wird dadurch kein anderer Mensch. Der wird nicht schauen, daß er die anderen Mieter, die in der Wohnung der GWG sind, hinausdrängt. Daran hat er doch überhaupt kein Interesse. Das kann ihm doch bitte egal sein. Ganz bewußt hat eben der Gesetzgeber die Möglichkeit angeregt und ins Gesetz aufgenommen und erweitert diese auch ständig, daß die Mieter, die schon lange in dem Objekt drinnen wohnen das käuflich erwerben können. GR Apfelthaler hat es schon angesprochen. Wenn der 10 Jahre oder länger drinnen wohnt, hat er ja die Wohnung eh schon bezahlt oder zumindest einen wesentlichen Teil.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Bitte ist das nicht so, wenn er 15 Jahre drinnen ist und monatlich S 7.000,-- zahlt ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigen sie, die Wohnbaurdarlehen bei uns laufen 38 Jahre.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich sage, die Mieter die 15 Jahre lang S 7.000,-- Miete bezahlen, dann ist das ein Betrag von einer halben Million.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Da sind aber die Betriebskosten nicht dabei.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Selbstverständlich sind da die Betriebskosten dabei. Beispielsweise, wenn die Miete S 7.000,--, und wir nehmen eine Hausnummer an,

S 2.500 sind die Betriebskosten dann sind das S 4.500,-- im Monat mal 12 im Jahr sind das S 60.000,--, dann hat er in 15 Jahren S 900.000,-- abbezahlt. Hat er da nicht, wie ich gesagt habe, einen wesentlichen Teil erworben?

Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Doktor. Sehen sie, genau deswegen, weil man zu diesen Dingen so unterschiedlicher Meinung sein kann, müßte darüber ja wirklich tiefschürfend diskutiert werden. Ich gehe einmal davon aus, daß einen Wohnung ungefähr 1 Million Schilling kostet, in der Herstellung. Nehmen sie die Kapitalkosten dazu, die nämlich aufzubringen und zu finanzieren sind. Wie ist das mit den öffentlichen Förderungen? Der eine kauft das, ich weiß ja gar nicht, was für ein Preis herauskommt, für mich ist ja das überhaupt die entscheidende Frage, aber offenbar tut ihr so, als ob das keine besondere Rolle spielen würde. Man muß sich das ja vorstellen, wenn die Leute um ein Butterbrot kaufen, dann ist das ökonomisch sinnlos. Was ist mit den Förderungen? Da sind ja Milliarden Schilling österreichweit in den Wohnbau hineingelaufen. Jetzt verkaufe ich es um ein Butterbrot an die Leute.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wer sagt den, Herr Bürgermeister, daß es um ein Butterbrot verkauft wird. Ich weiß nicht, wie sie zu dieser Ansicht kommen. Darf ich jetzt fertig sprechen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich komme zu der Ansicht, weil ihr glaubt, daß die Leute locker vom Hocker eine Million haben.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Für die Million bekommt er ja auch Förderungen. Zwar nicht die gleichen Förderungen wie beim Ankauf einer Neueigentumswohnung aber er bekommt auch Förderungen. Ich habe selbst erst vor drei Wochen eine gekauft. Man bekommt auch Förderungen bei gebrauchten Eigentumswohnungen. Noch dazu wird der Kaufpreis durch einen gerichtlichen Sachverständigen ermittelt. Der gerichtliche Sachverständige wird den Kaufpreis so ermitteln wie er es annimmt, nämlich entsprechend des Verkehrswertes. Und wie angesprochen wurde, hat er die Möglichkeit zu verlangen, daß das Bestandrecht, daß er ja selber ausgenutzt hat, berücksichtigt wird. D.h. dann ungefähr minus 25, 30 %. Dann kann er es erwerben. Schließlich wird berücksichtigt, daß er das Objekt schon 10, 15 Jahre genutzt hat. Was daran schlecht sein soll, wenn er Wohnungseigentum erwirbt, das kann mir keiner erklären. Es hat heute überhaupt niemand gesagt, daß er gegen die gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften ist. Keiner. Ich bin dafür und es ist notwendig. Sie haben vorher mit diesem Thema argumentiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist eh klar. Natürlich.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Manche, die halt die Möglichkeit haben und über die finanziellen Mittel verfügen, in den Wohnungen, in denen sie halt

schon 10, 15 Jahre gewohnt haben, die sollen sie erwerben. Was da dagegenspricht? Wie sie gesagt haben, es ist die Ideologie.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, nicht nur. Ökonomie.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Weil über jemanden, der die Wohnung im Eigentum hat, über den kann ich nicht so verfügen. Wenn er die Wohnung nicht ihm Eigentum hat, dann kann ich über ihn verfügen. Mit der Mietergesetzgebung usw. Das ist die Abhängigkeit. Beides. Nur der Kaufpreis wird durch einen Sachverständigen ermittelt und entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten, den Verkaufspreis. Gut.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich meine, jetzt geht es ein bißchen drunter und drüber.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sie sind zu schwach, uns zu überzeugen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Es ist die Ideologie. Ich habe es mir eh gedacht. Mir ist klar Herr Stadtrat Bremm, daß ich sie nicht überzeugen kann. Das ist mir klar.

Ordnungsruf

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Es ist wirklich die Ideologie. Das ist heute auch herausgekommen. Wenn sie sagen Österreich ist für Arbeitgeber ein Steuerparadies. Das ist Ideologie. Die bekommt man nicht weg. Für manche ist Eigentum ein Feindbild.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das ist ein Blödsinn.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Aber darauf läuft die Argumentation hinaus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lassen wir ihn ordentlich aussprechen. Das war auch von mir falsch. Ich nehme meine Ausführungen zurück. Zwar nicht inhaltlich aber das verbale hineinmischen ist schlecht.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ja, das kritisieren sie nämlich auch bei anderen. Sie haben ja ohnehin noch ihr Schlußwort. Das eh in der Geschäftsordnung an und für sich nicht vorgesehen ist. Aber davon abgesehen, sie können ja nachher noch replizieren. Im Wesentlichen habe ich alles gesagt. Mehr als deutlich. Es sprechen wirklich, meiner Ansicht nach, keine vernünftigen Gründe dagegen, das durchzuziehen, den Mietern die Möglichkeit anzubieten, welche die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, die also mindestens 10 Jahre drinnen wohnen und dann wird man sehen, wie sich das ergibt. Einen Nachteil für die Stadt kann ich da nicht sehen. Im Gegenteil, weil eine Motivation entsteht, für die Mieter, möglicherweise, wenn sie das erwerben können, in diesen Objekten zu bleiben, dadurch wird gleichzeitig die Fluktuation verhindert oder zumindest verringert. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte das noch einmal ganz, ganz einfach sagen, so wie wir uns das denken. Ich denke ganz klar muß sein und bleiben, daß die Sozialwohnungen vermietet werden. Das ist überhaupt keine Frage. Zweitens: Bei den teuren Wohnungen ist es wirklich gut, wenn wir sie ins Eigentum übergeben, wenn sie jemand haben will, weil wir einfach dann auch profitieren. Wenn die zwei oder drei Jahre leerstehen, ist es immens viel Geld, das uns verloren geht. Drittens: Welche Wohnungen verkauft werden, bestimmt immer die GWG. Was die GWG nicht zum Verkauf freigibt, dort kann nicht gekauft werden. Viertens: Ich meine, daß es Mietkauf und Eigentum nebeneinander gibt. Ich selbst wohne in einer Eigentumswohnung. Über mir ist die Wohnung vermietet, weil die Eigentümer schon so alt sind. Bei uns paßt das. Der Hausbesitzer bleibt ja nach wie vor die GWG. Auch bei uns ist es so, daß über uns

Eigentümer noch die Wohnungsverwaltung steht. Wir bezahlen den gleichen Preis für alle Ausgaben die anfallen. Das wird ja alles noch von der Wohnungsverwaltung weitergeführt. Der GWG entgeht ja letztlich nichts außer, daß für diese 120 m² und ein Stück Grundanteil Eigentümer bleibt. Die Geschichte ist nicht so tragisch. Ich denke, daß es eine gute und kluge Sache ist, weil wir wirklich die Dinge, die uns belasten, anbringen und wir dann auch vorsorgen können, daß wir wieder Sozialwohnungen bauen können. Ich denke mir, daß das wirklich eine gute Sache ist und aus dem Grund stimmen wir zu. Ich denke auch, daß die Wohnungsgesellschaften auch ein bißchen Angst haben. Das kann ich mir schon vorstellen, weil ja die auch nicht wissen, wie in 10 Jahren der Verkaufswert der Wohnungen ist. Also, das gestehe ich schon zu. Aber im Grunde ist das wirklich eine vernünftige Sache. Wenn wir da den Auftrag an die GWG geben, diesen Wohnungsverkauf, diesen Mietkauf und Übertragung auf Eigentum, grundsätzlich zu überlegen, dann glaube ich, wäre es schon eine gute und sinnvolle Sache.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine mehr. Das Schlußwort kommt dann noch vom Leopold. Aber eines ist schon eine ökonomische und nicht nur eine ideologische Frage Herr Wetzl. Wenn wir jetzt 6 Millionen Schilling Mietenrückstände und 50 leere Wohnungen haben, so ist momentan der Statuts, hält das eine GWG mit 3.000 Wohnungen leichter aus als eine mit 6.000?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Was ist mit dem Kaufpreis der erzielt wird?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was, sie wollen den Kaufpreis, den wir Erlösen, dazu verwenden, daß wir damit die Mietenrückstände finanzieren? Das bezweifle ich sehr.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Jetzt muß sie ja auch wer bezahlen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eine reine Frage der Kostenträgerschaft, wie groß der Laden ist. Je kleiner er wird, desto weniger hält er die Mietenrückstände aus. Oder haben sie schon einmal einen Hausherrn gesehen, der es sich leistet, wenn er ein Haus mit 10 Wohnungen hat, daß 5 leerstehen. Wie lange kann er sich das leisten? Oder Mietenrückstände, wie lange der wartet bis er die liefert? Das ist halt der feine Unterschied zwischen der sozialen Wohnungswirtschaft und den anderen. Es steht halt leider einmal fest, daß 20, 30 % von der Mieterschaft die wir bei unserer GWG haben, die brauchen sich betreffs des Kaufes einer Eigentumswohnung bei der Styria z. B. nicht bewerben. Die Styria hat auch keine oder kaum Probleme mit Mietenrückständen. Ich sage das nicht um etwas auszulaudern. Ich sage das, weil dieses Thema bei jeder Schlußbesprechung durch den Prüfverband auf den Tisch ist. Die fordern uns eigentlich auf, wir sollen schauen, daß wir diese Mietenrückstände nicht haben. Das sollten und dürften wir nicht, sagen die Prüfer, die aus Wien kommen. Man kann das Problem natürlich verhältnismäßig einfach regeln. Indem man die Leute einfach locker vom Hocker delogiert. Ich frage euch da, so wie ihr da alle sitzt, wo wir die dann hingeben. Wo tun wir sie denn in unserer Stadt hin?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das ist auch nicht das Thema.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das sind die Themen. Wir sind eine andere GWG als die Edel-GWG's, die sich ihre Mieter aussuchen können. Daher muß ich im Hinblick auf Mietkauf und Verkauf von Wohnungen auch einen anderen Zugang und Maßstab ansetzen. Nichts im Prinzip gegen Eigentum. Wir können auch Eigentumswohnungen bauen. Warum nicht, andere Genossenschaften tun es auch. Da habe ich ja nicht einmal etwas dagegen. Ich bin auch nicht dagegen, wenn dort eine überwiegende Anzahl wirklich kaufen möchte, daß man auch das tut. Aber zuerst müßte man denen sagen, was das wirklich kostet. Zu dem sind wir ja nach dem Prozedere von Haus aus schon nicht in der Lage, weil da muß es ja zuerst im Vorlauf sein. Auf jeden Fall ist es sicher keine Geschichte, nur allein, wenn ich mir vergegenwärtige wie heute die Debatte und Diskussion gelaufen ist, die man locker vom Hocker machen kann. Das steht einmal eindeutig fest, wenn ich die unterschiedlichen Positionierungen, die hier im Gemeinderat da sind, mir vor Augen führe. Daher muß man an das Thema langsamer herangehen. Man muß einmal debattieren und diskutieren und die einzelnen Argumente wirklich ernsthaft prüfen und überlegen und wenn sie begründet sind, auch akzeptieren. Momentan sehe ich ja Bunkerpositionen. Links und rechts. So sehe ich das.

Schlußwort Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nur zwei Sätze. Ich bin dafür, und es ist schon von mehreren gesagt worden, auch vom Bürgermeister, wenn die Wohnungen sehr teuer sind, ein ganzes Haus Interesse zeigt und die

Möglichkeiten dort sind, daß die Mieter sich dann den Erwerb vorstellen und vielleicht auch von der GWG angeboten wird, wenn der Eigentümer damit einverstanden ist. Zweitens: Wir dürfen auf keinen Fall, bei jenen Vorstellungen das unterstützen, die glauben, weil die Wohnungen, die Häuser schon älter sind und durch ganz anderen Bauvolumen, nämlich mit dem Aufwand, wesentlich günstiger, früher waren sie mit S 6.000,-- pro m2 festgelegt und andere Förderungsmaßnahmen, können wir nicht hergehen und die Wohnungen verkaufen, da gibt es eine ganze Reihe, die immer wieder damit hausieren gehen, ganz gleich ob das auf der Ennsleite, im Münichholz oder sonst wo ist, daß die zum Kauf angeboten werden können. Das ist nicht der Fall. Ich konzentriere mich ausschließlich auf Wohnungen, und wir haben schon öfters im Wohnungsausschuß darüber geredet, wo es problematisch ist, z. B. Ortskai oder Steinfeldstraße, wo auch die Grundkosten bei Bezug dieser Wohnungen schon dabei sind. Da kann man darüber befinden. Ich möchte, daß man jetzt einmal dieses eine Objekt abwartet, was da herauskommt. Aus dem Titel werden wir dann sehen, wie das funktioniert. Ich bezweifle, daß die gleichen Leute, die sich dort jetzt vollzählig dafür interessiert haben und bekundet haben die Wohnung zu kaufen, hinterher noch zur Verfügung stehen. Das glaube ich nicht, weil ich habe auch schon etwas anderes gehört. Ich sehe deutlich, sehr deutlich, daß es viele Angebote von Eigentumswohnungen gibt, auch von Liegenschaften, die als Ganzes erworben werden können. Daß das aber mehr als die Zeitungen mit Inseraten füllt, dann komme ich darauf, daß wir eigentlich schon an den Bedarf vorbei sind und wir das eigentlich nicht mehr bräuchten. Im Zusammenhang dessen, daß wir schauen müssen, daß wir die Altbausubstanzen und die Neubauten retour nehmen, das haben wir bei den Knoglergründen schon getan, da haben wir auch nicht ganz das Ziel mit dem Architektenwettbewerb erreicht. Das sage ich auch mit aller Deutlichkeit. Der Wohnungsausschuß kann sich erinnern, daß ich gesagt habe, stop, das machen wir nicht, wenn die Bewerber nämlich nicht dafür vorhanden sind, können wir nicht bauen. Noch dazu in der Größenordnung von vier großen Wohnblöcken. In dem Zusammenhang müssen wir uns auf die Altbausubstanzen konzentrieren und wir müssen schauen, daß wir die aktivieren. In diesem Zusammenhang können wir uns Grünland ersparen.

Ich bitte um Zustimmung meiner Vorschläge.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So meine Damen und Herren wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse gleich über den Hauptantrag einschließlich aller Abänderungsanträge abstimmen, weil sinngemäß geht das eh in die gleiche Richtung, dann brauchen wir uns nicht juristisch über die unterschiedlichen Zugänge zu den Abänderungsanträgen unterhalten. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, der möge ein Zeichen geben. 16 (ÖVP, FPÖ, LIF). Wer stimmt gegen den Antrag? 20 (SPÖ, GAL). Wer übt Stimmenthaltung? Kann nicht sein, wenn das zusammenstimmt. So, der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen damit zu Antrag Nr. 13. Kollege StR Bremm.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich nehme an, mit meinem Antrag wird es schneller gehen. Es geht um die Sportehrenzeichenverleihung der Stadt Steyr für das Jahr 1998. Es sind hier Anträge eingegangen. Zwei Sportehrenzeichen für Funktionäre in Gold und ein Sportehrenzeichen für Sportler in Bronze. Nach Überprüfung der FA und nach Empfehlung des Stadtsportausschusses ersuche ich für die Funktionäre Ing. Horst Wesp von der SK Amateure Steyr und Herrn Rudolf Froschauer vom ATSV-Steyr-Tennis, das Sportehrenzeichen für Funktionäre in Gold und das Sportehrenzeichen für Sportler an Holger Melem vom ASKÖ Box-Team-Steyr zu überreichen. Ich ersuche um Zustimmung.

Sport-6/98 Sportehrenzeichenverleihung 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 19. Oktober 1998 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „Sportehrenzeichen der Stadt Steyr“ verliehen.

Sportehrenzeichen für Funktionäre in Gold:

Gemäß III B/1 der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer infrage, die während einer 25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiete der Körperkultur (Erziehung, Unterricht, etc.) besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben.

Ing. Horst Wesp, Jahrgang 1940 - SK Amateure Steyr

1970 - 1975 Sektionsleiter Fußball

seit 1975 Obmann des SK Amateure Steyr

1980 - 1981 Landesliga-Obmann Stellvertreter

seit 1981 Landesliga Obmann

seit 1977 Mitglied des O.Ö. Cupkomitees

1989 - 1994 Beirat im Allgemeinen Sportverband OÖ (ASVOÖ)

Ing. Horst Wesp hatte großen Anteil an der Renovierung und am Ausbau der gesamten Sportanlage sowie am Neubau des Schützenheimes samt Anlagen.

Rudolf Froschauer, Jahrgang 1944 ATSV-Steyr Tennis

1968 - 1980 Sportwart-Stv.

1981 - 1990 Jugendreferent

1991 - 1997 Sportleiter und Sektionsleiter-Stv.

Herr Rudolf Froschauer war Mitglied der Herren-Staatsligamannschaft ab 1966 und spielt derzeit noch in der Seniorenstaatsliga 55+ für den ATSV-Opel-Wieser-Steyr.

Sportehrenzeichen für Sportler in Bronze:

Gemäß III A/3 der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in bronzener Ausführung für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für die fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, jeweils in der gleichen Sportart, verliehen.

Holger Melem, Jahrgang 1966, ASKÖ Box-Team-Steyr

Er wurde dreimaliger OÖ-Landesmeister im Halb-Schwergewicht in den Jahren 1988, 1989 und 1990. Weiters wurde er 1988 Zweiter sowie 1989 und 1990 jeweils Dritter bei den Staatsmeisterschaften. Holger Melem war aktiver Boxer von 1984 - 1991 beim damaligen Verein ASKÖ BC Steyr, war 1995 wesentlich an der Gründung des neuen Vereines ASKÖ-Box-Team-Steyr beteiligt und er steht dem ASKÖ-Box-Team-Steyr weiterhin als Funktionär zur Verfügung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Will keiner einen Sportler preisen, Herr Stieglitz? Nichts. So seid ihr, unsportlich.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Abstimmung. Wer für die Verleihung der vorgeschlagenen Sportler und Funktionäre ist, für das Ehrenzeichen der Stadt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Das war einstimmig. Herr Mayrhofer bitte.

be: STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinem ersten Antrag geht es um die Aufschließung Krenngründe, Zufahrt Sunk. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Bau3-301/91 Aufschließung Krenngründe; Zufahrt Sunk; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 10. September 1998 wird der Errichtung der Zufahrtsstraße Feldstraße - Liegenschaft Sunk - zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten von S 172.607,69 inkl. MWSt. übertragen.

Die erforderlichen Mittel von S 173.000,-- sind von VSt. 5/612000/002510 (Straßenbau Dachsbergweg) zur VSt. 5/612000/002440 zu übertragen. Die Mittel für die Zufahrt Dachsbergweg (ehem. Liegenschaft Hofstetter) werden heuer nur zum Teil benötigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 173.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es nicht. Gibt es einen Einwand? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Der zweite Antrag ist ein sehr erfreulicher. Hier geht es um die Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther“, um besondere Verdienste für die Denkmalpflege. Zwei Ehrungen für Hausbesitzer und eine Ehrung für einen Restaurator. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

K-1/98 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmälern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, wird als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

Auszeichnung „Steyrer Panther“ für Hauseigentümer:

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

Herr Maximilian Schmollgruber, für das Objekt Kirchengasse 6

Durch die Fassadensanierung dieses Objektes konnte die ursprüngliche spätbarocke Fassadenfassung, die durch ihre gemalte Gestaltung für Steyr einmalig ist, wieder präsentiert werden. Einen integrierenden Bestandteil der Gesamterscheinung stellen auch die neu angefertigten Fenster dar, die durch ihre Profilierung sowie Farbgestaltung die historische Fassade abrunden.

Frau Heidemarie Blaimschein, Herr Franz Bleimschein, Herr Karl Gruber, Herr Josef Langmayr, für das Objekt Stadtplatz 35

Die Gesamtsanierung des Hauses Stadtplatz 35 ist ein Vorbild für die Revitalisierung im Steyrer Altstadtbereich. Die Revitalisierung des Hauses bezieht sich nicht nur auf die fachgerechte Sanierung und Restaurierung, sondern auch auf die Nutzungsmischung in einem historischen Gebäude. Die mittelalterliche großzügige, repräsentative Raumaufteilung wurde durch Entfernung späterer, störender Einbauten wiederhergestellt. Die Freilegung und Sanierung von qualitätsvollen renaissancezeitlichen Holzdecken, die Erhaltung der historischen Putz- und Malschichten, die Freilegung der ehem. Hauskapelle, sowie die fachgerechte Dachstuhl und Dachsanierung.

Auszeichnung „Steyrer Panther“ für praktische bzw. theoretische herausragende Leistungen:

Restaurator Joesf Wintersteiger

Herr Josef Wintersteiger hat sich durch seine qualitätsvollen, stadtbildprägenden Restaurierungsarbeiten im Steyrer Altstadtbereich besondere Verdienste erworben. In Fachkreisen gilt er als Spezialist für die Restaurierung historischer Putze, Wandmalereien, Freilegungen, Farbfassungen u.a.m. Herr Wintersteiger hat für die schwierigen Fassadenfreilegungen an den Steyrer Bürgerhäusern eine spezielle Methode, das Leimstrappo-Verfahren, entwickelt. Diese schonende Freilegungsmethode ermöglicht das Auffinden von wertvollen Farb- und Putzstrukturen.

Restaurierungen:

Michaelerkirche, Mayrstiege, Berggasse 38, Grünmarkt 5, Friedhofsmauer der Stadtpfarrkirche, Stadtplatz 11 Innenhof, Kirchengasse 6, Stadtplatz 35, Fabrikstraße 7.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Nur kurz eine Anmerkung zu dieser sehr positiven Auszeichnung, wo Privatinitiativen durch eine Auszeichnung honoriert werden. Ich würde nur einen Vorschlag machen, Herr StR

Mayrhofer. Wie im Fall Kirchengasse, ich möchte den Namen jetzt nicht noch einmal nennen, sie wissen schon, wem ich meine, würde ich vorschlagen, daß man dieses Ehrenzeichen erst dann verleiht, wenn das Objekt tatsächlich wirklich fertig ist. Es sind zwar die Fassade, das Dach, die Fenster usw., in sicher vorzüglicher Manier hergestellt worden, ich habe aber gesehen, daß nach wie vor Bauarbeiten im Erdgeschoß usw., im ehem. Gasthaus, ein traditionsreiches, uraltes, eines der ältesten Gasthäuser von ganz Steyrdorf, in Gang sind. Ich weiß ja nicht, ob er sich dann dort auch noch, ich nehme es an, daß er es macht, aber wer weiß, wie es dann dort unter Umständen ausgehen kann oder welche Veränderungen dort vorgenommen werden, die unter Umständen dann, wenn alles fertig ist, im Widerspruch zu dieser Verleihung steht und daher würde ich vorschlagen, daß man solche Dinge, man kann es ja dann eh erwarten, vornimmt, wenn es dann wirklich vollständig abgeschlossen ist. Nur als kleiner Zusatz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ich kann mich dem nicht ganz anschließen, weil hier geht es nicht um eine Wohnung sondern um ein großes Objekt. Ein großes Objekt was wahrscheinlich einer permanenten Restaurierung bedarf und diese Arbeiten werden mit Sicherheit nicht in ein paar Monaten oder vielleicht auch in zwei, drei Jahren abgeschlossen sein. Das ist gar nicht möglich. Auch von den finanziellen Mitteln, und so hoch sind leider Gottes auch unsere Zuschüsse nicht, die wir für solche Restaurierungsarbeiten geben. Ich glaube, daß es als Anreiz für Restaurierungsarbeiten sehr wichtig ist, daß man diese Verleihung vornimmt. Wenn man sieht, mit welcher Detailgetreue das gemacht wird und mit welcher Liebe zum Objekt, dann nehme ich mit Sicherheit an, daß die weiteren Restaurierungsarbeiten genauso mit dieser Sorgfalt ausgeführt werden. Ich darf da noch einmal auf die Beamtenschaft bei uns verweisen, in welcher engen Zusammenarbeit das auch geschieht und jeder der den Kollegen Kaiser kennt weiß, daß er da mit Argusaugen schaut, daß auch die weiteren Restaurierungsarbeiten genauso gemacht werden.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es könnte aber auch sein, daß ihm das Geld ausgeht und dann bleibt womöglich ein halbfertiges Gebäude stehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann nehmen wir ihm das Ehrenzeichen wieder weg.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Man kann auch ein Abzeichen aberkennen. Bei Orden ist es möglich, aber so pingelig werden wir dabei nicht sein.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Das ist einstimmig.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag geht um die Sanierung Radmoserweg, Ennsleite. Hier ist der 1. Bauabschnitt die Beleuchtung. Die Beleuchtung wurde an die Firmen Mitterhuemer zum Preis von S 34.500,--, Fa. Austria Email im Wert von S 67.500,--, Fa. Knoblich, Linz S 77.000,-- vergeben und die Baumeisterarbeiten wurden vom Wirtschaftshof in Höhe von S 271.000,-- durchgeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BauStr-16/98 Sanierung Radmoserweg, Ennsleite; Beleuchtung - 1. Bauabschnitt; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 15. September 1998 wird der Sanierung Radmoserweg, Ennsleite - Beleuchtung - 1. Bauabschnitt - und der Firmenvergabe, wie folgt, zugestimmt:

Lieferung von Kabel, Schlauch und sonstigem E-Material

Fa. Mitterhuemer, Steyr S 34.500,-- inkl. MWSt.

Lieferung von Masten

Fa. Austria Email, Wien S 67.500,-- inkl. MWSt.

Lieferung von Leuchten

Fa. Knoblich, Linz S 77.000,-- inkl. MWSt.

Baumeisterarbeiten

städtischer Wirtschaftshof S 225.800,-- exkl. MWSt.

Die erforderlichen Mittel sind im Wege einer Kreditübertragung von VSt. 5/610000/770020 (Nordspange) S 400.000,-- und von VSt. 5/612000/728000 (Entgelt für sonstige Leistungen S 5.000,-- auf VSt. 5/612100/002300 zu übertragen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 5.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird eine Wortmeldung gewünscht? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte zu diesem Antrag nur ein Frage an den Antragsteller. Und zwar ist ja davon die Rede, daß die Bauarbeiten der GB VII ausführen könnte und es auch vom GB VII ein diesbezügliches Anbot für den Künnettenaushub, für die Rohre verlegen usw., in der Höhe von nicht ganz S 271.000,-- inkl. Mwst. gibt Jetzt ist es aber so, daß meines Wissens nach der Wirtschaftshof ja nur dann Mehrwertsteuer verrechnet, wenn er nach außen aktiv wird, wenn er als Unternehmen tätig wird. Für interne Leistungen wird aber keine Mehrwertsteuer verrechnet. Es ist immerhin ein Differenzbetrag von S 50.000,--. Es ist auch sicher kein Druckfehler, weil es sind am Antrag auch wieder die S 271.000,-- oben. Für mich stellt sich jetzt die Frage: Sind da die S 50.000,-- Mehrwertsteuer inkludiert oder nicht, weil sonst kommt uns ja der Antrag um S 50.000,-- günstiger, wenn keine Mehrwertsteuer anfällt. Also diesbezüglich bitte ich da um Aufklärung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Oppl Walter hat sich mit dem beschäftigt, der möchte dazu noch etwas sagen.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Liebe Frau Mag. Frech, es tut mir wirklich Leid, daß wir eigentlich immer kontroversiell diskutieren müssen. Aber das ist so richtig ihre Art da herinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe nur eine Frage gestellt.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ja, und ich sage ihnen, ich weiß vom Kollegen Kerschner, weil ich ja mit ihm in Kontakt bin, daß er sie sehrwohl darüber aufgeklärt und gesagt hat, daß das ein Irrtum ist und daß selbstverständlich die Mehrwertsteuer nicht verrechnet wird.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann muß man es am Antrag korrigieren.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das ist aber so bezeichnend für sie. Sie kommen da heraus, nur daß sie das infrage stellen können. Ich stehe auch dazu, auch ein Beamter kann Fehler machen und dort wo gearbeitet wird, fallen ja bekannterweise Späne. Gott sei Dank hat er sich in diesem Fall zugunsten der Stadt geirrt. Ich denke mir, er hat sie aufgeklärt ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja schon, aber man muß den Antrag ändern.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das ist für mich wirklich reiner Formalismus.

Zwischenrufe: Nein!

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Für mich ist viel wichtiger, daß die Sanierung, welche die Bevölkerung dort oben verlangt, gemacht wird. Was uns halt

gravierend unterscheidet ist, daß sie sich jetzt da auf Formalismen stützen, die, gebe ich schon zu, wenn man will, so sehen kann und was auch voll berechtigt ist. Wir haben versucht, daß wir das Projekt auf die Schienen bringen und ich glaube, ich verrate da ja kein Geheimnis, Herr Bürgermeister, daß dieses Projekt ja vom LR Haider sehrwohl zu 50 % der Kosten gefördert wird und ich glaube, du hast nichts dagegen Herr Bürgermeister, wenn ich dir mitteile, daß die Landesregierung in der Sitzung vom 19. Oktober beschlossen hat dieses Gesamtprojekt, das ja im Endeffekt mit der 2. Ausbaustufe knapp eine Million ausmacht, mit einem Höchstbetrag von S 476.000,-- in Form von einer nicht rückzahlbaren Subvention fördert. Ich denke mir, das ist ein Ergebnis, das ist der Sinn unserer Kommunalpolitik und auf das sollten wir schauen und, daß das nicht ein einmaliger Fall ist sondern, daß uns das öfters gelingt. Ich freue mich darüber, daß uns das gelungen ist und, daß uns der Bürgermeister und der Stadtrat diesbezüglich unterstützt haben, daß wir das heuer mit der 1. Etappe noch durchbringen. Ich glaube, in die Richtung soll es gehen und nicht, daß wir immer wieder auf Punkt und Beistrich herumhüpfen, wenn man sieht, es ist nicht so tragisch. Wenn sich herausstellt, daß da wirklich ein grober Fehler passiert ist, dann muß das auf alle Fälle so sein. In dem Fall geht es aber zugunsten der Stadt aus. Ich habe letztes Mal Herrn Dr. Pfeil vorgeworfen, daß er bürokratischer als mancher Beamte ist, ich muß das bei ihnen auch sagen. Es tut mir Leid.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann stimmt ja der Antrag nicht. Den muß man korrigieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Frage ist, ob das stimmt, was im Antrag drinnen steht. Das interessiert uns natürlich schon.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Er hat inkl. MWSt. geschrieben. D.h., es wird billiger, weil ja die MWSt. wekommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber trotzdem müßte der richtige Betrag drinnen stehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Oppl, ich weiß nicht, haben sie jetzt als Beamter oder als Gemeinderat gesprochen. Das war jetzt schwer auseinanderzusehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als Beamter kann er nur reden, wenn man über das Standesamt redet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es war fast eine Verteidigungsrede für die Beamten. Nur denke ich schon, jedem kann ein Fehler passieren. Nur, wenn der Fehler bekannt war, offensichtlich jetzt seit Tagen, ...

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Nein, erst seit heute.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na, dann wäre es auch recht gewesen, uns heute rechtzeitig einen Zettel beizugeben, da ist ein Druckfehler, bitte nehmt es so zur Kenntnis. Uns darüber abstimmen zu lassen und nicht einmal den Referenten zu informieren, daß da schon ein gravierender S 50.000,-- Fehler drinnen ist, das halte ich wirklich für ein starkes Stück. Dann noch hier herauszugehen und eine Verteidigungsrede zu halten, das ist wirklich ein starkes Stück zu später Stunde.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das kann man aber zur Frau Frech auch sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das hätte ja auch anders sein können. Wenn sie es gewußt haben Frau Frech, wäre es nett gewesen, wenn sie es uns gesagt hätten.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das habe ich gemeint.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe mich heute erkundigt, weil mir das aufgefallen ist. Dann hat es geheißen, es ist eben nicht mit der Mehrwertsteuer, also ganz klar ist es auch nicht herausgekommen, weil es eine Quelle gibt wo der Wirtschaftshof sehrwohl eine Mehrwertsteuer verrechnet und deshalb meine Frage an den Antragsteller, von dem ich halt vermutet habe, daß er darüber Aufklärung geben kann, daß wir das jetzt noch korrigieren. Und zwar jetzt, bevor wir den Beschluß darüber fassen und nicht nachdem wir es beschlossen haben. Ich denke, das ist absolut legitim. Das geht auch nicht gegen einen Beamten oder sonst wem, aber wenn man einen Fehler erkennt, dann soll man ihn korrigieren. Wenn sie

der Herr Kerschner eh informiert hat, dann hätten sie ja auch da weiter aktiv werden können.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist jetzt also ohne Mehrwertsteuer. Das wird korrigiert. Bitte auch ins Protokoll aufnehmen, ohne Mehrwertsteuer. Natürlich ist es positiv, wenn jetzt auch im Wohnumfeld, um das handelt es sich nämlich dort, Förderungen des Landes fließen. Dadurch können wir natürlich den Spazierweg, den sehr viele Leute gehen, einmal sanieren und das ist in Wahrheit wirklich das Entscheidende. Natürlich müssen aber auch die Zahlen stimmen, die dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorliegen.

Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Zur Beantwortung dieser Frage kann ich das nur bestätigen, daß ich keine Kenntnis davon gehabt habe, daß sich hier die Summe um S 50.000,-- verringert. Daß sie sich verringert ist natürlich ein erfreulicher Grund, daß ich nicht informiert wurde, natürlich nicht. Dieser Sache wird mit Sicherheit nachgegangen, überhaupt keine Frage. Wir können uns also den letzten Absatz über die Darlehensaufnahme von S 50.000,-- sparen, weil Gott sei Dank die Kosten billiger werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Keine Gegenstimme und keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 17) bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich muß noch eines dazu sagen, weil ich gerade den Namen noch einmal gehört habe, ansonsten ist das wirklich ein vorzüglicher Beamter, mit dem es noch nie Probleme gegeben hat. Daß überall dort, wo gearbeitet wird Fehler passieren können, das ist halt so. Nur wer nicht arbeitet, macht keine Fehler.

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Tourismuskommission Steyr. Aufgrund des OÖ Tourismusgesetzes entsendet der GR drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder in die Tourismuskommission und zwar jeweils von den drei stimmstärksten Fraktionen. Von der SPÖ-GR-Fraktion wurde namhaft gemacht Herr Hofrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler als Mitglied, Ersatzmitglied Frau Vzbgm. Friederike Mach.

Von der FPÖ-GR-Fraktion Herr GR Ing. Klaus Hoflehner als Mitglied, als Ersatzmitglied Herr StR Roman Eichhübl.

Von der ÖVP-GR-Fraktion Herr StR Gunter Mayrhofer als Mitglied, als Ersatzmitglied Herr GR OSR Dir. Engelbert Lengauer.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

Wi-4456/86 Tourismuskommission Steyr; Neuernennung der Mitglieder.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 6. Oktober 1998 werden im Sinne des § 11 Abs. 3a des OÖ. Tourismusgesetzes, LGBL.Nr. 81/89 idgF., vom Gemeinderat der Stadt Steyr nachstehende 3 Mitglieder und Ersatzmitglieder in die Tourismuskommission entsandt:

Von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Herr Hofrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler - als Mitglied.

Frau Vzbgm. Friederike Mach - als Ersatzmitglied.

Von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Herr GR Ing. Klaus Hoflehner - als Mitglied.

Herr StR Roman Eichhübl - als Ersatzmitglied.

Von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Herr StR Gunter Mayrhofer - als Mitglied.

Herr GR OSR Dir. Engelbert Lengauer - als Ersatzmitglied.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Wäre eh schon ein bißchen zu spät, weil die Wahl hat sich schon abgespielt. Wenn sich heute etwas ändern würde, müßten wir eine neuerliche Generalversammlung machen. Der Vorschlag steht zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Das war einstimmig. So beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Kanalisation und zwar dem Sammler F III der von Richtung Stein gegen den Resthof geht. Hier haben wir leider Gottes das Problem, daß sich bei den Bauarbeiten Setzungen ergeben haben und die neu verlegten Stränge beschädigt worden sind. Wir haben daraufhin untersuchen lassen, was hier passiert ist und haben den DI Dr. Krückl aus Perg, ein unabhängiger Gutacher, beauftragt zu klären, was hier los ist. Nämlich mit der Statik wurde eine Firma beauftragt, die Firma Spirk & Partner, und die bauausführende Firma, die Firma Porr, die haben sich gegenseitig die Schuld für diesen Fehler gegeben. Bei der Überprüfung hat sich herausgestellt, daß 57 % der Schuld bei der Firma Porr und 43 % bei der Firma Spirk liegen. D.h., beide haben offensichtlich nicht ihre Hausaufgaben gemacht. Die Firma Porr dürfte ganz offensichtlich so vorgegangen sein, daß sie gesagt haben, das wird schon halten, wir ersparen uns ein bißchen etwas. Die Firma Spirk dürfte die Probebohrungen nicht im notwendigen Ausmaß gemacht haben. Auf jeden Fall ist der Unterboden nicht so, daß man mit der gewählten Form der Absicherung das Auslangen findet. Für uns ist jetzt eines entscheidend. Wir werden zwar für die Sanierung des jetzt entstandenen Schadens nichts bezahlen müssen, allerdings haben wir jetzt Kenntnis über den Untergrund und müssen für die weiteren Meter, die noch notwendig sind, natürlich die notwendige Absicherung vornehmen. Daraus ergeben sich Mehrkosten in Höhe von S 550.000,--. Nicht erfreulich, aber rechtlich geprüft. Wir kommen aus dieser Situation nicht heraus. Es ist nur vielleicht eines noch zur Erklärung hinzuzufügen. Ursprünglich wurden die Kosten für diesen Sammler von unserer Fachabteilung mit 12 Millionen geschätzt. Tatsächlich hat die Firma Porr den Zuschlag zu einem Preis von 9,1 Millionen bekommen. D.h., es ist bedeutend billiger als wir geglaubt haben. Ganz offensichtlich hat sich hier die Baufirma verkalkuliert und hat zu einen zu günstigen Preis angeboten. Ich ersuche daher um Zustimmung für diese erweiterte Auftragsvergabe in Höhe von S 550.000,--.

BauT-307/94 Kanalisation Stadt Steyr; ABA BA 07; Errichtung HS FIII von S 18 -VB 1 und Weinzierl, 2. Ausbaustufe; NS FIII/1 A von III/18 -204 a, NS 14 von III/18 - S 41; 1. Zusatzangebot, Zustimmung um Vergabe und Auftragserweiterung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 08. Oktober 1998 wird den Verbesserungsmaßnahmen für die Kanalbauarbeiten zur Errichtung des HS FIII, NS FIII/1A sowie NS 14 aus dem Projektsgebiet HS FIII und Weinzierl 2. Ausbaustufe, sowie der Auftragserweiterung an die Firma Porr AG, Nebingerstraße 2, 4020 Linz, lt. Zusatzangebot 1 vom 23.09.1998, in Höhe von S 550.000,-- exkl. MWSt. auf gesamt S 9.700.000,-- exkl. MWSt. zugestimmt.

Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von S 550.000,-- exkl. MWSt. sind bei Vst. 5/8510/004520 (Kanal HS FIII) vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 550.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf den Autobusbahnhof Bahnhofstraße. Wieder ein Antrag, dem die Kollegin Frech nicht zustimmen wird, weil er mit Dringlichkeit geht. Die Dringlichkeit ist aber tatsächlich gegeben. Wir haben mit dem statischen Gutachten, das wir einholen müssen, natürlich noch gewartet, weil das Grundstück nicht in unserem Besitz ist. Jetzt haben wir allerdings keine andere Wahl als es vorzunehmen, vor allem auch, weil von ÖBB-Seite die Verhandlungen doch in einem Stadium sind, wo anzunehmen ist, daß es zur Zufriedenheit beider Parteien abgewickelt wird. Es ergeht daher mit Dringlichkeit der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

BauStr-12/98 Autobusbahnhof Bahnhofstraße; Vergabe der Arbeiten für die statische Bemessung für das Flugdach.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. Oktober 1998 wird der Vergabe der statischen Bemessung

für das Flugdach des Busbahnhofs in Höhe von S 90.714,-- exkl. MWSt. zusätzlich zu der schon mit 1.09.1998 verfükten Teilvergabe von Vorbemessungen in Höhe von S 20.000,-- exkl. MWSt. zugestimmt.

Die zusätzlichen Mittel sind bei VSt. 5/612000/728000 Gemeindestraße vorgesehen und sollen auf VSt. 5/879000/050000 Stadtbetriebe übertragen werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 90.714,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, daß es für mich und meine Fraktion sicherlich kein Problem bedeutet, diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben. Ich möchte aber doch, nachdem diese Thematik auch mich als Referenten betrifft, einige Anmerkungen machen. Ein wesentlicher Bestandteil bei der Errichtung der Verkehrsdrehscheibe Parkdeck Bahnhof war ja bekanntlich die Einbindung des öffentlichen Verkehrs im Allgemeinen und die Einbindung bzw. die Errichtung eines Autobusbahnhofs für das städtische Verkehrsunternehmen im Besonderen. Nun stehen wir vor der Tatsache, und Herr Vzbgm. Dr. Pfeil hat ja bereits darauf hingewiesen, daß wir in Kürze dieses Bahnhofsparkdeck seiner Bestimmung übergeben werden. Aber bei der Errichtung des Autobusbahnhofs für das städtische Unternehmen schaut es doch ein bißchen anders aus. Ich darf darauf hinweisen, daß es bereits am 25. Juni 1998 einen Beschluß des Stadtsenates gegeben hat, der die Teilvergabe der architektonischen Planungen in Höhe von 323.000,-- Schilling beinhaltet hat. Dieser heute hier vorliegende Antrag wurde im Stadtsenat am 22. 10. behandelt und es hat sich offensichtlich, der Referent Mayrhofer hat zwar eine Andeutung einer besseren Situation geschildert als mir damals im Stadtsenat berichtet wurde, nichts Wesentliches geändert, als daß wir heute einen Beschluß über eine Planung auf einem fremden Grundstück fassen. Das ist auch der Grund dafür, warum ich mich heute hier nochmals zu Wort gemeldet habe. Es gibt noch einen weiteren Grund dafür, denn dort und da hört man ja wieder, natürlich, die Stadtwerke haben ja offensichtlich ihre Hausaufgaben, um bei diesem Terminus zu bleiben, nicht erfüllt. Ich darf berichten, daß dem sicherlich nicht so ist. Die Stadtwerke haben den Auftrag gehabt, Anforderungen anzumelden, was die Notwendigkeiten eben betrifft, um dort einen Busbahnhof zu betreiben, und das rechtzeitig. Die Stadtwerke haben sich auch Gedanken gemacht und das auch im Ausschuß behandelt, was die zukünftige Bedienung betrifft. Vor allen Dingen was auch die Bedienung des Stadtplatzes, aufgrund dieser Veränderungen, in Zukunft anbelangt. Ich darf hier vielleicht auch die eine Anmerkung machen, daß eine Umfrage in Auftrag gegeben wurde, eine Fahrgasterhebung was den derzeitigen Stand der Dinge betrifft, wieviele Leute fahren am Stadtplatz, vor allen Dingen um dort herauszufinden, was die Anforderungen betrifft bezüglich eines 5-Minuten-Taktes, der von der ÖVP gefordert wird, und ich hoffe, daß man aufgrund dieser Befragung dann im Ausschuß auch entsprechende Beschlüsse fassen können wird, denn dann ist ja die Grundlage auf den Tisch, inwieweit das auch tatsächlich, diese, vorerst von den Stadtwerken vorgeschlagenen Maßnahmen der Bedienung des Stadtplatzes, nicht ausreichen. Ich darf also, nachdem die Diskussion bei den anderen Anträgen heute schon sehr lange gedauert hat, mich kurz fassen und abschließend nur hoffen, daß es tatsächlich in Kürze zu dieser Einigung mit den Bundesbahnen kommt, um die angekündigten Termine einzuhalten, daß tatsächlich mit Ende April diese Arbeiten am Busbahnhof abgeschlossen sein werden um dieses neue Bauwerk, was ich glaube, daß es sehr sinnvoll ist, nämlich eine zentrale Umsteigstelle, dann der Bevölkerung übergeben werden kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich kann mir ersparen, noch näher auf das Thema einzugehen. Kollege Eichhübl hat schon sehr viel davon gebracht. Was mir auch ein bißchen problematisch erscheint ist, daß wir eigentlich über etwas planen, was uns nicht gehört und wir uns selbst in eine Situation manövriert haben, die für uns im schlimmsten Falle „blöd“ ausgehen kann, nämlich wenn die ÖBB mit uns keine Einigung erzielt, weil wir natürlich dieses Grundstück brauchen um mit Frühjahrsbeginn den Busbetrieb zu haben. Ich würde mir wirklich wünschen, daß in Zukunft Verhandlungen über Grundstücke, von denen man weiß, daß man sie braucht, und das weiß man nicht seit gestern oder seit vorgestern sondern spätestens seit dem Zeitpunkt als man sich entschlossen hat die Verkehrsdrehscheibe am Bahnhof zu machen, daß man zu diesem Zeitpunkt auch in die Verhandlungen eintritt. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß wir wahrscheinlich überhaupt kein Problem gehabt hätten jetzt über dieses Grundstück verhandeln zu müssen oder nicht, wenn man schon zu Beginn, wie es um die Planung der Verkehrsdrehscheibe gegangen ist, uns das als Stadt Steyr gesichert hätten, daß wir weiterhin diesen Hessenplatz

verwenden dürfen, so wie bisher auch. Es hat sich ja eigentlich an der Situation gar nichts geändert. Das einzige was sich geändert hat ist, daß in Zukunft die Bahnbusse dort nicht mehr wegfahren. Aber wir hätten uns da sicherlich einiges ersparen können, wenn man da zeitgerecht geplant hätte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Es konnte bis vor einem Jahr der ÖVP nicht schnell genug gehen, daß die Autobusse aus dem Stadtplatz hinauskommen und am zentralen Busumsteigeplatz, der am Bahnhof geplant war, situiert werden. Ich erinnere mich noch an ein gemeinsames Gespräch, wo Herr Stadtrat Schloßgangl in der Fraktionsobmännerbesprechung ganz besonders darauf hingewiesen hat, sie werden sich erinnern können, ziehen wir diese Lösung halt vor, daß man die fünf Busse, die alle ¼-Stunde hineinfahren und alle ¼-Stunde wieder hinausfahren, die „grauslichen“ Busse, wie er sich ausgedrückt hat, vor dem schönen Bummerlhaus wegbekommen, weil ja auch die ÖVP für Tourismus und für Altstadterhaltung zuständig war, bis zum Verputz vom Bummerlhaus wurde diskutiert, und ob man das nicht vorziehen könnte. Ich war auch immer für die zentrale Busumsteigstelle. Wir können schon streiten, liebe Claudia, ob das jetzt schön oder nicht schön ist. Jetzt, wo wir das Parkdeck Bahnhof haben, ist es, glaube ich, nicht mehr sinnvoll. Jetzt ist es gebaut, jetzt müssen wir das Beste daraus machen. Ob es mir gefällt oder nicht. Nur, ich maße mir nicht an, wenn es um Steuermillionen geht, zu sagen, es soll deswegen gebaut werden, weil es mir gefällt sondern, wir haben hier einen Gestaltungsbeirat, der sich damals eindeutig positioniert hat, und dem bin ich damals nachgegangen. Jetzt habe ich natürlich auch als Verkehrsreferent die Verantwortung, daß alle Verkehrsumsetzungen möglichst einheitlich, einfach und möglichst zu einem Zeitpunkt umzusetzen sind. Die Bevölkerung muß das ja auch realisieren. Wir sehen es ja jetzt schon, seit ein paar Tagen gibt es ein bißchen Probleme mit der Baustelle, wie sensibel hier die Bevölkerung reagiert, bzw. wie rasch es zu Problemen bei der Verkehrsabwicklung kommt. Wir haben vorgeschlagen, daß der 1.03.1999, nach langer Diskussion, der Tag sein soll, wo alle diese Verkehrsmaßnahmen greifen sollen. Jetzt hört man aus der Bauabteilung, ab Spätsommer, 1.03.1999 wird es nicht werden, dann war 1.04., jetzt sind wir bei Ende Mai, glaube ich, oder Ende April, genau weiß man es nicht, wahrscheinlich wird es 1. Mai, daß diese Busstelle, wobei wir immer noch nicht wissen, ob wir dort bauen dürfen oder nicht, weil wir planen und diskutieren ja noch immer um fremden Grund, ob die dann wirklich zum 1. Mai in Betrieb gehen kann. Ob das dann noch Sinn gibt, während des laufenden Schuljahres, vor dem Urlaub, vor den Sommerferien usw., eine so gravierende Umstellung zu machen, das möchte ich dann auch hinterfragen, ob das noch Sinn gibt. Nur, es bleibt auch der ÖVP anheim, daß sie dann gerade wegen dieser, ich fange jetzt nicht die 3-Stunden-Diskussion an, keine Angst, nur, es ist alles in einem Verkehrspaket diskutiert worden, wo auch die 3-Stunden-Parkdauer, eben außerhalb vom Grünmarkt und Stadtplatz, drinnen waren. Jetzt wurde auf Initiative von StR Mayrhofer in allen Steyrer Innenstadtgeschäften die unterfertigten Unterschriftenlisten angelegt und das möchte ich dem Gemeinderat nicht vorenthalten. Hier steht: „Dringende Bitte an Herrn Dr. Leopold Pfeil, Verkehrsreferent der Stadt Steyr.“ Lagen in allen Geschäften auf und da steht: „Die unterfertigten Personen fordern die umgehende Einführung einer 3-Stunden-Parkzone am Ennskai noch im Jahr 1998 vor Weihnachten.“ Soweit so gut. Das war ja unser Vorschlag am 30.6., nur waren sie da nicht dabei. Sie haben nur im Nachhinein gesagt, sie haben sich durchgesetzt. Wir kennen ja noch alle die wunderschöne Presseaussendung, der Herr Mayrhofer, wo ist sie denn, ab Herbst, 3 Stunden. Er hat sich durchgesetzt. Gut.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:
Das ist nicht Thema!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was mich heute aber wirklich alteriert und verunsichert, das scheint schon Methode zu haben, da stehen draußen, ihnen ist ja nicht die Kaufmannschaft entgangen, um 14.00 Uhr, die vom Herrn Schnurpfeil, von meinem Freund, wird mir einen Petitionsliste übergeben, mit 2.603 Unterschriften, laut seiner Zählung. So weit so gut. Aber, was steht hier im Begleittext? Und das ist das was mich stört oder wundert, alteriert. Petition an den Gemeinderat der Stadt Steyr, das sind wir alle. Die Gewerbetreibenden der Innenstadt Stadtplatz, Ennsdorf und Steyrdorf fordern die Umsetzung folgender **Punkte**. Nicht 3 Stunden sondern **Punkte**.

Erster Punkt: „Einführung der 3-Stunden-Parkzeit im Stadtzentrum noch vor den Weihnachtseinkaufstagen.“

Zweiter Punkt: Das haben aber die Leute nicht gewußt, was sie da unterschrieben haben. Jetzt wird ihnen das einfach untergejubelt. „Installierung eines Busshuttlendienstes in 5-minütiger Taktfrequenz von der Verkehrsdrehscheibe Bahnhof auf den Stadtplatz und Führung der Citybuslinien, Ämterlinien und Neuschönau in einer Schleife über den Stadtplatz.“ „Diese Maßnahmen, jetzt kommen die Gewerbetreibenden, jetzt ist die ÖVP brav im Hintergrund, sind für die Gewerbetreibenden der Innenstadt unverzichtbar um die Belebung des Stadtzentrums zu bewahren, und zu verhindern, daß Kaufkraft in Randzonen abfließt.“

Gut. Leider haben sie kein Finanzierungskonzept beigelegt. Das fehlt mir noch dabei. Ich danke schön.

Nur, wie man das unterlegt, einer Bevölkerung und dann so quasi unterschiebt und sagt, da haben jetzt 4.000 oder 2.000

Leute unterschrieben und dann ganz einen anderen Beitzug dazu gibt. Ein starkes Stück Steyr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr Mayrhofer Schlußwort bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Keine weiteren Wortmeldungen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe nichts gesehen. Ich habe schon gefragt. Es hat sich keiner mehr gemeldet.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, zum ursprünglichen Antrag wieder zurückkehrend. Ich hoffe trotzdem, daß diesem Antrag bitte die Zustimmung gegeben wird, weil ich glaube, das ist ja das Entscheidende. Mit dem Fertigstellen der Baustelle dieses Busbahnhofes, ich bin mir sicher, daß wir es fristgerecht fertigbringen. Ob das Dach dann tatsächlich schon oben ist, ist eine andere Frage. Das wir hinter der Zeit zurückhinken, ist überhaupt keine Frage, aber es ist nicht sehr einfach mit den ÖBB zu verhandeln. Der Herr Bürgermeister weiß ein Lied davon zu singen. Erstens wechseln die handelnden Personen innerhalb einer Legislaturperiode und die Ansprechpartner sind leider Gottes nicht immer die gleichen. Die Einigung, die Kollege Eichhübl angesprochen hat, diese Veränderung im Informationsstand, aufgrund der Verhandlungen, wo wir uns bereiterklärt haben zusätzlich Investitionen auf diesem Areal zu tätigen, sprich die Anbindung vom Busbahnhof hinauf zum Bahnhof mit Stiege, mit behindertengerechten Aufgang, mit der Installierung und Mitfinanzierung einer WC-Anlage am Bahnhof, das kann sich die Beamtenschaft vorstellen, das hat sie auch schon deponiert. Worum es jetzt geht ist, daß die endgültigen Unterschriften daruntergesetzt werden. Aber die Verhandlungsteams sind sich im Prinzip einig. Es geht jetzt im Prinzip um einen Formalakt und darum habe ich gesagt, wir sind guter Hoffnung, daß das doch endgültig abgeklärt wird. Das zu diesem Thema.

Das zweite Thema, das von Herrn Vizebürgermeister Pfeil angesprochen wurde. Da muß ich sie schon bitten, wenden sie sich an jene Leute, von denen sie das auch bekommen haben. Diese Geschichte ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Geh, geh, geh, sie gehen von einem Geschäft zum anderen und sagen, das geht mich nichts an.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Dr. Pfeil, ich habe ihnen schon letztes Mal gesagt, daß es angenehm wäre, wenn sie jemanden ausreden lassen. Ich unterbreche sie auch nicht. Also bitte, gewöhnen sie sich wirklich auch ein bißchen eine Gesprächskultur an.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sind sie jetzt plötzlich empfindlich?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Diese Unterschriftenaktion ist bei einer Sitzung in der Wirtschaftskammer entstanden, als über die Zukunft des Stadtzentrums diskutiert wurde und hier ist vehement von der Kaufmannschaft die Forderung laut geworden, da müssen wir etwas machen, das können wir nicht einfach so hinnehmen. Ich kann mich noch genau erinnern, wer den Vorschlag, eine Unterschriftenliste zu machen und sie auch hier im Gemeinderat zu präsentieren, gemacht hat. Er gehört nicht meiner Fraktion an. Das ist der Mayr Franz von Steyrdorf, der gesagt hat, das müssen wir mit dem notwendigen Rückhalt unterstützen und legt so eine Liste auf.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Distanzieren sie sich jetzt oder wie?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, überhaupt nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eh nicht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der Ausdruck, das ist „kriminell“, was hier passiert ist, ist von der Frau Kollegin Reznar gefallen. Damit das nicht kriminell ist, haben die Herrschaften auch ganz klar alles auf den Tisch gelegt. Hier wurde nicht nur von 2.600 Unterschriften gesprochen sondern sowohl die Formulierung, wo die Unterschriften drauf sind, als auch jede einzelne Unterschrift ist in Original, mit einem Ordner, vorgelegt worden. Hier wurde nichts verheimlicht oder so.

Diese Petition, Herr Pfeil, ob sie mir das glauben oder nicht, die ist mir nicht zur Kenntnis gelangt. Das muß ich ganz offen sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie wissen wieder nichts.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine Unterschrift ist hier nicht oben, Herr Dr. Pfeil, aber sie können alles hineinkonstruieren was sie wollen. Gerne. Ich glaube, die Forderung liegt klar auf den Tisch. Sie ist ja auch richtig bitte. Wenn ich fast ein Jahr brauche, sie reden immer vom 30.6., da war uns schon klar, daß wir etwas machen wollen und dann sagen sie aber, umsetzen möchte ich das erst in einem $\frac{3}{4}$ Jahr, dann muß ich sagen „um Gottes Willen“, wenn sie in ihrer Praxis auch so schnell arbeiten wie hier, dann gibt es wirklich ein Problem.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben ja damals keine Zeit gehabt aus lauter ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Pfeil, sie können anschließend mit mir reden. Ich habe das Schlußwort bitte und es hat keinen Sinn, wenn sie versuchen, mich hier zu unterbrechen.

Unverständliche Diskussion zwischen Vzbgm. Dr. Pfeil und StR Mayrhofer.

Ordnungsruf

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Für sie mag es klar sein, der Wirtschaftsvertreter war nicht einverstanden. Der Vertreter der Wirtschaftskammer hat gesagt, ich werde das den Gremien vorlegen, wir werden das besprechen und werden uns dazu äußern. Die Äußerung dazu ist vollkommen klar erfolgt. Vom Grundthema her, ja super, wir bekennen uns, genauso wie sie das auch immer wieder betonen, zu einem 3-Stunden-Parken im Stadtzentrum. Wir sind froh, daß wir ab Samstag mittags keine Vergebühung der Parkplätze mehr haben, aber wir sind nicht einverstanden mit dem Zeitpunkt 1.3. Wir möchten, daß das noch vor dem Weihnachtsgeschäft installiert wird. Genau hier geht es auch um diese Forderung. Die zweite Forderung, die von der Kaufmannschaft erhoben wird, ist genauso legitim, in der es darum geht, die Anschließung des Stadtplatzes mit einer möglichst hohen Taktfrequenz zu erzielen. Wir fördern einen 5-Minuten-Takt, damit man keinen Frequenzverlust, durch die Auslagerung der Umstiegsstelle am Stadtplatz, hinnehmen muß. D.h., wir stehen natürlich zu dieser Forderung und ich kann sie auch persönlich voll unterstützen.

Ich ersuche trotzdem dem ursprünglichen Antrag zuzustimmen, damit das Verkehrsprojekt Busbahnhof einem Ende zugeführt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war es. Also, wie immer das werden wird, wir werden einen Bahnhof brauchen. Daher stimmen wir über den Bahnhof ab. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Antrag bezieht sich auf die Instandsetzung Äußere Reiterbrücke. Pflasterungsarbeiten beim FAZAT-Neubau. Die Reiterbrücke ist in einem sehr schlechten Zustand. Der Belag muß abgehoben werden und mit einem Überzug saniert und anschließend wieder der Asphalt aufgebracht werden. Auf der Rückseite des Gebäudes ist die Pflasterung nur mehr noch fragmentstückmäßig erhalten und bedarf einer Reparatur bzw. einem Neubau. Zur Finanzierung dieser Ausgaben sind Mittel in der Höhe von S 737.155,21 notwendig. Der Auftrag wird an die Firma Alpine Steyr vergeben. Die erforderlichen Mittel sind bei der Vst. Straßen- und Brückenerhaltung Wehrgraben vorhanden.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BauBrü-2/98 Instandsetzung Äußere Reiterbrücke; Pflasterungsarbeiten beim FAZAT-Neubau; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. Oktober 1998 wird der Vergabe der Instandsetzungsarbeiten an der Äußeren Reiterbrücke im Wehrgraben sowie den Pflasterungsarbeiten entlang des neu errichteten FAZAT-Gebäudes in der Wehrgrabengasse in Höhe von S 737.155,21 an die Fa. Alpine, Steyr, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 737.200,-- sind bei VSt. 5/612000/002270 „Straßen- und Brückenerhaltung Wehrgraben“ vorhanden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 737.200,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Das war der letzte Punkt der Tagesordnung. Wir haben hier heute beschlossen, S 4,367.900,-- auszugeben, was verhältnismäßig wenig ist für die Zeit die wir diskutiert haben.

Ich darf fragen, ob die SPÖ etwas unter „Allfälligen“ vorzubringen wünscht?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie liegt die Sache bei der FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Weil es so nett war, wir verzichten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehen sie, mit der Zeit mögen sie mich noch richtig. ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, 1 Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1 Punkt. Hätte mich auch gewundert. Kollegin Koppensteiner bitte.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Kinder sind uns wichtig. Ich glaube, diesen Satz würde jeder hier herinnen unterschreiben. Ich würde mir auch wünschen, den nächsten Satz von jedem unterschrieben zu bekommen. Pflichtschulen sind uns wichtig. Ein Jahr lang habe ich versucht die zuständigen, verantwortlichen Herren auf die Zustände in den Steyrer Pflichtschulen aufmerksam zu machen. Es hat zumindest ein Gespräch der Personalvertreter der Pflichtschullehrer mit dem zuständigen Herrn Stadtrat gegeben, aber es sind einige Fragen konkret unbeantwortet geblieben. Und zwar fehlt ein klares Bekenntnis zur Verantwortung für die Pflichtschule. Unter Verantwortung meine ich nicht jetzt verbal, wir sind eine Schulstadt sondern die Verantwortung ist vielschichtig, es geht auch um das Finanzielle. FAZAT, Fachhochschule, Technologiezentren, alles besonders wichtig für die Stadt Steyr. Aber, um einen Vergleich aus dem Eiskunstlauf zu bringen, das ist bitte die Kür im Bildungswesen. Jede Kür braucht aber auch eine Pflicht und das sind unsere Pflichtschulen. Daher meine Bitte an sie, Herr Bürgermeister, ich würde mir ein Übernehmen der Verantwortung auf den gesamten Pflichtschulbereich wirklich intensiv wünschen. Der 2. Punkt ist, daß es dringend notwendig ist, in den 20 Pflichtschulen eine dokumentierte Auflistung der zu erledigenden Dinge zu bekommen und dann, nach Maßgabe der finanziellen Mittel, diese Dinge kurz-, mittel- oder langfristig zu erledigen. Aber da wäre erste Voraussetzung die Offenlegung des Pflichtschulbudgets. Damit meine ich nicht, was im Pflichtschulbudget an Personal- oder Fixkosten drinnen sind sondern wirklich an den zur freien Verfügung stehenden Mitteln für die Pflichtschulen. Dritter Punkt, der mir sehr wichtig erscheint. Im Schulzentrum Werndlpark ist eine Erweiterung geplant. Wir wissen, es sind Bundesschulen. Der Bund hat genauso wenig Geld wie alle anderen, er jammert auch und er tritt an die Stadt um eine Vorfinanzierung heran. Einverstanden damit, wenn man auch für die Pflichtschulen vorher all das andere einmal zumindest in die nähere Betrachtung einer Erledigung zieht. Vierter Punkt. Wie wichtig der Neubau der VS Resthof ist, ist glaube ich klar. Aber die Befürchtung liegt dort, daß es dann wieder heißt, es ist kein Geld da. Jetzt bekommt ihr eh die Schule am Resthof. Der 5. und letzte Punkt. Wir haben es vor 100 Jahren erlebt, die Westbahn ist an Steyr vorbeigegangen, vor 30 Jahren die Westautobahn. Es geht hoffentlich nicht der Datenhighway, das Internet vorbei. Die Uhr läuft sehr schnell. Der 1.1.1999 ist sehr bald da. Der LH hat genaue Richtlinien festgelegt, was gefördert wird usw. Daher wissen wir, wie schnell da etwas geschehen muß. Wir wissen auch, daß es nicht die 3,3 Millionen sind sondern wir müssen die ersten Schritte tun. Ich würde mir daher wirklich wünschen, daß diese fünf Punkte,

das Bekenntnis zur Wichtigkeit der Pflichtschule,

die Offenlegung des Pflichtschulbudgets,

die Vorfinanzierung der Bundesschulerweiterung (wie die genau funktioniert, hoffentlich nicht zulasten der Pflichtschulen)

genauso die Resthofvolksschule und eben

der Anschluß an das Internet für unserer Pflichtschulen

realisiert werden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. So, wir haben ein Thema. SPÖ? Herr Referent bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Der Referent teilweise, weil ich nicht in allen Belangen der zuständige Referent bin aber es auch übernommen habe der Ansprechpartner für unsere Schulen zu sein. Ich glaube einmal grundsätzlich schon festhalten zu müssen, ich habe es auch hier in den Gesprächen mit den Direktorinnen und Direktoren, aber auch mit den Personalvertretern gesagt, daß der Zustand unserer Schulen im Wesentlichen kein solcher ist, wie es vielleicht dort und da in öffentlichen Aussagen den Eindruck gemacht hat. Daß es in bestimmten Bereichen, und ich glaube, das wird aber ein Dauerzustand sein und gewisse Entwicklungen die heute anders beurteilt werden als vor einigen Jahren, solche Entwicklungen gehen schneller voran als die budgetären Möglichkeiten sind, um das aufzuhalten. Konkret damit gemeint ist, z. B. die aus gesundheitspolitischen und ergonomischen Sichtweisen und Erkenntnissen die heute vorhanden sind, im Bereich des Schulmobiliars. Das wird halt zu einem Zeitpunkt festgestellt. Aber hier geht es doch um eine Menge an Dingen und nur alleine das vor Augen zu führen, wir haben in unseren Pflichtschulbereichen 202 Klassen auszustatten und das ist nicht nur eine Schule sondern das ist eine große Menge und das ist auch für eine Stadt wie wir es sind nicht möglich, daß wir das innerhalb einer kurzen Zeit bewältigen können. Ich möchte hier aber auch zu den einzelnen Punkten noch ein paar Sätze sagen. Das Bekenntnis der Stadt Steyr, und auch von meiner Seite her als Referent, zu den Pflichtschulen hat uns schon der Gesetzgeber beauftragt. Da brauchen wir das gar nicht noch einmal bekunden, daß wir hier unserer Pflicht nachkommen müssen und auch werden. Ich glaube, gerade im Bereich des Schulwesens insgesamt und da kann man das einfach nicht in Pflicht-, Bundesschulen oder anderen schulischen Ausbildungen, bis hin zur Hochschule, trennen. Gerade wir als Stadt Steyr haben bewiesen, daß uns das Schulwesen insgesamt besonders am Herzen liegt. Den Zeitpunkt auszusuchen, wann es uns angenehm und recht wäre, wenn die Hochschule überhaupt in Steyr situiert werden soll, das liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt sondern die Situationen haben sich ergeben. Daß diese Entscheidungen auch budgetär ihren Niederschlag gefunden hat, wissen wir alle, die wir hier herinnen sitzen. Wir haben ja auch die notwendigen Beschlüsse dazu gefaßt. Es waren auch nicht wenig finanzielle Mittel, die hier notwendig waren. Das Bekenntnis unsererseits und meinerseits zu den Pflichtschulen ist gegeben. Ich möchte auch betonen, daß uns das besonders am Herzen liegt. Ich habe mir als Referent auch die Mühe gemacht nicht nur von der Theorie und von den Informationen der zuständigen Beamten meine Aussagen und Beurteilungen zu machen, sondern ich habe jede Schule und jede Klasse besucht um mir dort selbst einen optischen und objektiven Eindruck zu machen. Das zum Bekenntnis Pflichtschule.

Zum Pflichtschulbudget möchte ich sagen, daß das keine Geheimzahlen sind die irgendwo unter dem Tisch gehortet werden oder hinter verschlossenen Safes sind. Es ist hier der Schmöker im Budget und das ist natürlich eine Menge Arbeit, wenn man sich das herausucht. Das will ich nicht bestreiten. Es ist jede Investition, die in den Schulen getätigt wird, auf einer Haushaltsstelle im Budget nachvollziehbar. Das sind keine Geheimnisse die hier geschehen sind. Das Budget beschließen wir hier in diesem Rahmen. Daß das für den einen oder anderen noch neuer ist, will ich ja nicht bestreiten und, daß dieser Budgetvoranschlag ein sehr umfangreiches Buch ist will ich auch nicht bestreiten. Ich will es aber nicht so im Raum stehen lassen, als wenn hier irgendwo unter dem Tisch geheime Dinge abgemacht werden und dann passiert etwas, was vielleicht noch von besonderer Seite beeinflußt wird. Das ist hier also alles sehr offen. Frau Koppensteiner, wir haben ja eh darüber gesprochen. Wenn wir das jetzt in der „Aktuellen Stunde“ abhandeln und dann sind sie wieder nicht einverstanden damit, dann frage ich mich, warum wir dann überhaupt reden.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Um das geht es nicht.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Na freilich geht es um das. Sie wollen wissen, was in den Schulen jährlich investiert wird und das ist im Budget nachzulesen und nicht irgendwo anders. Das muß ich schon noch einmal betonen.

Zum Thema „Vorfinanzierung Bundesschulen“ würde ich den Herrn Bürgermeister ersuchen, daß er dazu Stellung nimmt. Er ist da auch der Gesprächsführer und der Ansprechpartner von der Bundesschule und auch vom Ministerium

her. Man kann Schulen nicht einfach einzeln betrachten und sagen, die Resthofschule brauchen wir zwar aber sie geht uns im Budget nichts an. Sie geht uns sehrwohl im Budget etwas an. Wenn wir die Resthofschule, was wir auch hier gemeinsam festgestellt haben, auch in den Ausschüssen, bei den Fraktionen, im Gemeinderat, aus verschiedenen Gründen brauchen, nicht nur aus dem Raumbedarf heraus, weil da könnten wir noch andere billigere Lösungen finden, sondern um auch im Resthof dementsprechend die Stabilität und die Identifikation des Resthofs als Stadtteil zu erreichen, werden und wollen wir die Resthofschule bauen. Daß hier natürlich ein großer Finanzbedarf ist, mit dem werden wir rechnen müssen. Das Geld hat keine Mascherl Frau Koppensteiner.

Zum Thema „Internet“ wird auch der Bürgermeister dann noch etwas dazu sagen, weil er persönlich in einem Projekt damit konfrontiert war. Ich möchte das vom Zeitraum her auch relativieren, weil der Eindruck entstanden ist, wie wenn der Anschluß an das Internet eine jahrelange Diskussion wäre und sie ist ein bißchen verschlafen worden, da ist nichts geschehen. Konkret ist dieses Projekt heuer, Anfang des Jahres, März, April, ich kann mich da nicht so genau festlegen, aber so ungefähr in diesem Zeitraum, ist von den Verantwortlichen des Landes die Stadt und die Direktoren der Pflichtschulen konfrontiert worden. So ist es auch behandelt worden. Daß in einem Budgetjahr nicht so einfach 3 Millionen Schilling oder über 3 Millionen Schilling investiert werden können sondern, daß wir das natürlich zu beraten haben, in welcher Form das auch umzusetzen ist. Natürlich wollen wir uns die Förderungsmittel vom Land nicht entgehen lassen, wenn es notwendig und sinnvoll ist, werden wir versuchen, das dort zu erreichen. Aber nur vom Zeitraum her möchte ich das schon noch einmal zum Ausdruck bringen, daß dieses Projekt „Internet“ heuer im Frühjahr zum 1. Mal transportiert worden ist und zum 1. Mal unsere offiziellen Stellen, das Schulamt mit den Direktoren, konfrontiert worden ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Was sagt hier die F dazu. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Frau Koppensteiner, für jemanden der vor sechs Wochen gerade mit Schulkindern Probleme gehabt hat, lassen sie sich relativ weit aus dem Fenster. Ich möchte ihnen schon meine tiefe, persönliche Mißachtung über ihre Aktion vor sechs Wochen, zu Schulbeginn, ausdrücken. Meine persönliche, tiefe Mißachtung. Es kann jedem etwas passieren. Was mich besonders für diese Mißachtung eben aber veranlaßt, ist zu erwähnen, ihre Rechtfertigung damals, daß sie es nicht eingesehen haben, daß da etwas passiert ist. Wenn ich mich recht erinnere haben sie damals gesagt, es war nicht der Fehler, daß sie die Sackerl in der Schule verteilt haben sondern, es war der Fehler, daß sie es nicht außerhalb der Schule verteilt haben. Ist das richtig oder falsch?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ich habe das gesagt und mich hat nur ein einziger Journalist gefragt. Der einzige Journalist war der Herr Hebestreit und alles was man dort nachlesen kann, habe ich wortwörtlich gesagt. Ich habe gesagt, diese Aktion als solches, daß das ÖVP-Logo darauf war, finde ich nicht in Ordnung. Ich bin zu allen Direktorinnen und Direktoren der Steyrer Schulen gegangen und habe mich persönlich bei ihnen entschuldigt, wenn dadurch für sie ein Nachteil entstanden ist. Zu jedem bin ich gegangen. Ich muß auch dazu sagen, daß es schon richtig ist, daß ich zu naiv war. Das sage ich ganz ehrlich. Hätte ich das alles im Vorhinein so abschätzen können, hätte ich es nicht gemacht. Nur im Nachhinein muß ich jetzt sagen, ist Gott sei Dank, leider durch so eine Aktion, muß ich zugeben, was in den Zeitungen sonst gestanden ist, interessiert mich nicht, ich habe nur den Herrn Hebestreit das gesagt, alles andere nicht, daß das aber eine solche Diskussion in den Pflichtschulen ausgelöst hat, und ich komme in die Schulen, und daß wir jetzt endlich einmal über das Thema Pflichtschulen reden, muß ich sagen, okay, bin ich halt damals der Prügelknabe gewesen, stört mich überhaupt nicht, denn jetzt ist endlich einmal alles ins Laufen gekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, aber noch einmal fünf Minuten gehen nicht Frau Kollegin. Jetzt lassen wir den Herrn Dr. Pfeil wieder einmal reden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich nehme ihnen das gerne ab, nur ist die offizielle Rechtfertigung gewesen, es war ein Fehler, daß sie es in der Schule verteilt haben. Sie hätten es außerhalb der Schule verteilen sollen und das hat mich damals sehr geärgert. Ich kann mich noch sehr genau an unsere Schulordnung erinnern, da stand, daß Werbungen innerhalb der Schule und im Umkreis von Schulen verboten sind. Ich glaube, jetzt wird das Werbegesetz in der Schule auch etwas gelockert, jetzt darf man auch schon Coca-Cola-Automaten aufstellen, aber mit parteipolitischen Werbungen sollte man schon sehr sensibel und sehr achtsam vorgehen, gerade als Gemeinderat, da habe ich kein Verständnis dafür.

Ich möchte noch zum 2. Punkt, zum Datenhighway, etwas sagen. Ich glaube nicht, daß eine „Aktuelle Stunde“ dafür geeignet ist, daß wir jetzt über Sinn und Unsinn von einem Daten-highway in einer Pflichtschule, ich denke insbesondere an die 6- bis 10-jährigen, spricht. Ich denke schon, daß die einmal, ich habe einige Kinder in der Schule, Rechtschreiben lernen sollen, ohne Rechtschreibprogramm, daß sie es zuerst einmal so probieren. Ich bin sehr aufgeschlossen, daß sie ab der 10. Stufe damit konfrontiert werden, aber unter Anleitung, weil gerade das Internet bietet eine unzählige Art von Mißbrauch, und da sollten wir nicht einfach jetzt alle Schulen mit Millionen ausstatten, wo die gesetzliche Regelung ja noch gar nicht greift. Man weiß ja noch gar nicht, wie man das stoppen kann, daß nicht schädliche Aussendungen drinnen transportiert werden und nicht jeder Lehrer ist imstande bei jedem PC in der Schule,

wenn jeder einen Internetanschluß hat, zu schauen, ja auf welcher Webseite ist er denn dann. Es wäre kein großes Unglück, wenn es in ferner Zukunft dann eine Webseite der Steyrer ÖVP gibt, wenn so ein Patscherl dann die Seite der ÖVP erwischt. Nur, eine „Aktuelle Stunde“ ist nicht dazu angetan, dieses sensible Thema hier auszudiskutieren. In der Grundschule halte ich vom Internet, das ist meine persönliche Meinung, nichts, obwohl ich diesen modernen Medien sehr aufgeschlossen bin. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird von der ÖVP auch noch eine Wortmeldung gewünscht? Sehr gut. Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ich denke, es ist schon sehr wichtig über Education-Highway oder EDV an den Schulen zu reden. Aus drei Gründen. Erster Grund, weil der Landesschulrat das von uns verlangt. Zweiter Grund, weil es scheinbar arge Mißverständnisse gibt und der 3. Grund ist, weil es in den anderen Städten zum größten Teil schon eingeführt ist. Wenn es heißt im März oder Mai wäre der erste Auftrag gekommen, so stimmt das nicht. Der erste Auftrag ist im November vergangenen Jahres gekommen, weil meine Schule am 9. oder 10. Dezember vergangenen Jahres den Anschluß ans Internet bekommen hat. Es geht darum, wenn die Landesregierung den Anschluß der Schulen bis zur Steckdose im Haus kostenlos macht, wenn wir das vorübergehen lassen, dann sind wir unklug. Den zweiten Schritt, die Vernetzung innerhalb der Schulen, den muß man langsam und schrittweise machen, den kann man nicht mit allen Schulen gleichzeitig machen. Das ist schon klar, aber der erste Anschluß bis zur Steckdose im Haus, da müssen wir schauen, daß wir das nicht übersehen. Wenn ich das Budget durchblättere, so dick war das Schulbudget gar nicht, weil wir gar nicht soviel gefunden haben, und überall bei EDV steht Null, dann muß ich schon sagen, daß es sehrwohl eine wichtige Sache ist, daß man noch in der „Aktuellen Stunde“ darüber spricht, wo doch dann alle Fraktionen noch Budgetüberlegungen treffen können. Daher glaube ich, daß es schon eine sehr wichtige Sache ist. Was ist gedacht? Gedacht ist der Internetanschluß für die Direktionen, weil wir ja dann die Verbindung mit dem Landesschulrat und dem Bezirksschulrat brauchen. Gedacht ist natürlich auch der Internetanschluß an die Klassen. Wir haben ja Schwerpunkt EDV-Erziehung, wir haben in unserer Schule fünf Klassen mit Computer ausgestattet. 2 Klassen haben wir gekauft, die anderen haben wir uns erbettelt. Wir haben Schwerpunkt EDV eben genau aus diesem Grund, wie Herr Dr. Pfeil sagt, weil da soviel Schindluder getrieben werden kann, ist es glaube ich ganz wichtig, daß man die Kinder sinnvoll hinführt und daß sie lernen, daß der Computer ein Gebrauchsgegenstand ist. Ein Gegenstand der uns hilft besser und einfacher zu lernen, der uns Bücher erspart, weil man einfach in vielen Bibliotheken nachschlagen kann. All das müssen und sollen die Kinder lernen, damit sie nicht dann in alle mögliche Dingen abgleiten. Da finde ich, haben wir schon eine sehr große erzieherische Verantwortung. Vor 30 Jahren war es die Schreibmaschine, vorher war es noch Stenographie, jetzt ist es halt die EDV. Ich glaube, es ist schon wichtig. Abschließend noch einmal, es wäre ungeschickt die Möglichkeit der Anschlüsse zu verpassen. Um das geht es uns. Das dürfen wir nicht übersehen, weil sonst ist der Zug abgefahren. Dann kostet es uns viel. Die Ausstattung der einzelnen Schulen müssen wir langsam machen, da müssen wir überlegen, welche Schule braucht es zuerst und dann gehen wir langsam weiter. Das zur EDV und zum Anschluß. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Die Frau Kollegin Koppensteiner, denke ich, hat in vielen Punkten Recht, was ihre Wahrnehmung bezüglich der Pflichtschulen hier in Steyr anbelangt. Was die Offenlegung im Budget betrifft, das ist glaube ich kein Thema, das wurde schon diskutiert. Das ist auch sehr gut nachzulesen und wenn sie sich erinnern, haben auch wir, die Grünen, im vorigen Jahr schon auf eine Erhöhung für den Pflichtschulbereich gesorgt. Sie können mir glauben, daß diese Wahrnehmung, die sie und ich haben und auch mein Kollege hat und vielleicht auch manch andere da herinnen, sich sicher untereinander decken wird, weil über das Jahr war einiges von den Direktorinnen und Direktoren zu vernehmen, was so die Ausstattung der Pflichtschulen anbelangt. Was ich mir aber wünschen täte ist, daß die Herrschaften und Damen auch mit einer Zunge sprechen würde. Natürlich denke ich mir, muß es dahin gehen, daß es einen Maßnahmenkatalog gibt, daß einmal die wichtigsten Sachen angepackt werden. Ich will jetzt gar nicht genauer ins Detail gehen welche Sachen ich meine. Vielleicht eines. Es gibt eine Schule in Steyr, wenn man da das Licht ausschaltet, greift man unter Umständen in den Schalter hinein. Also, ich meine das sind Kleinigkeiten aber vielleicht nicht unwesentlich und die sollte man im Auge behalten. Fazit: Wir müssen auf jeden Fall im Budget trachten, daß wir mit Augenmaß die notwendigsten Maßnahmen durchziehen können und daß wir das Budget so dotieren, daß wir auf einen Stand kommen, der durchaus zumutbar ist. Der Internetzugang ist eine Sache, Internet ist schon genauso banal wie Radfahren, der wir uns nicht verschließen sollten. Ich kann mich erinnern, das RIS hat doch einmal ein Projekt gestartet um die Datenvernetzung zwischen den einzelnen Gemeinden hier zu bewerkstelligen. Mit diesem Projekt ist es ins Land gezogen. Das Land OÖ. Plötzlich war das ähnliche Projekt wieder da, aber von einer anderen Firma und ist sozusagen als Education-Highway bei uns wieder aufgetaucht. Um einiges teurer. 3 Millionen und noch mehr. Das ist ja kein kleines Unterfangen. Die Gemeinde hat sich natürlich ein bißchen geschreckt. Das kann ich mir vorstellen. Vor allen Dingen, weil wir ja hier ohnehin schon vorgedacht haben. Aber es ist halt leider nichts geworden und das ähnliche Projekt ist dann über Landesebene und über eine andere Firma wieder zu uns zurückgekommen. Ich kann mich aber ohne weiteres den Ausführungen des Dir. Lengauers anschließen. Also, wir müssen auf jeden Fall versuchen, daß wir den Anschluß nicht verlieren, daß wir diese Möglichkeit auch ausschöpfen.

Was die einzelnen Schulen anbelangt, ob jetzt eine Sonderschule nächstes Jahr unbedingt im Internet sein muß oder nicht, über das sollten wir in Ruhe diskutieren. Ich will da jetzt keine Präferenzen. Auf jeden Fall, eines ist klar, daß dieses Werkzeug, daß wir mittlerweile schon mit einer derartigen Selbstverständlichkeit benutzen auch unseren Kindern nicht vorenthalten werden soll. Wir müssen uns aber Gedanken machen, wie wir das im Budget verankern und über das werden wir im November und Dezember befinden. Ich glaube, rigoros ausgeschlossen wird es von keiner Fraktion hier herinnen. Wir müssen uns nur über die Höhe und die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen einigen. Ansonsten, denke ich mir, gehe ich ohne weiteres d'accord.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ja, ich kann mich dem nur anschließen, was von der ÖPV-Fraktion und der Grünen-Fraktion gekommen ist. Selbstverständlich sollten wir diesen Kelch nicht an uns vorübergehen lassen. In doppelter Hinsicht. Den Kelch, der Zukunft heißt, und Kinder und die Jugend sind unsere Zukunft und auch den Kelch der Landesförderung, den sollten wir auch nicht an uns vorbeiziehen lassen. Ich denke mir, wir sind uns doch eigentlich alle klar, wir wollen das FAZAT, die Fachhochschule, neue Technologien. Nur, das fängt halt nicht erst im Erwachsenenalter an sondern das beginnt auch in der Schule. Ich glaube sehrwohl, daß das Thema Internet auch etwas für Pflichtschulen ist. Erstens für die Lehrer, um auch in ihrem Unterricht aktueller sein zu können, und selbstverständlich auch für die Schüler, um sie an den Umgang mit diesem Medium zu gewöhnen. Ob das jetzt schon in der Volksschule sein muß oder erst in der Hauptschule, darüber kann man diskutieren, aber auf jeden Fall sollte es in der Hauptschule verankert sein. Es hat mich auch ein bißchen sehr betroffen gemacht, wie ich gemerkt habe, daß zwar S 3,318.000,-- beantragt worden sind, für diesen Education-Highway, für den Ausbau des Internets, und im Voranschlag auf sechs Posten Null steht. Da war ich schon sehr verwundert und habe nicht gewußt, worauf das zurückzuführen ist. Ich glaube auch, daß man im Bereich der Pflichtschulen wirklich einen gewissen Handlungsbedarf hat, auch was die Ausstattung anbelangt, weil wenn ich einen Posten weitergehe, habe ich „Diverse Ausgaben“, was immer das sein mag, von S 4,802.000,-- die beantragt wären und im Voranschlag finden sich dann vorerst nur einmal S 650.000,--. Also, das sind Diskrepanzen, die sind schon sehr groß. Auch die Rückmeldung von Elternvereinen ist zum Teil oft wirklich so, daß man sich wünschen würde, daß man in der Ausstattung der Schulen mehr macht. Ich frage mich nur eines. Wenn wir uns ja eh alle so einig sind, und alle wollen, daß die Schulen besser ausgestattet werden, im Großen und Ganzen wollen wir auch scheinbar alle das Internet, ja warum schaffen wir es dann nicht gemeinsam, daß wir diesen Beschluß irgendwo zusammenbekommen um da wirklich finanzielle Mittel locker zu machen. An sie Herr Dr. Pfeil gerichtet. Eines verstehe ich nicht ganz. Nur zu sagen, da gibt es eine Mißbrauchsmöglichkeit und darum führe ich das Internet nicht ein, also, da kenne ich mich nicht aus.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt bei den 6- bis 10-jährigen. Da haben sie schlecht hingehört.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nachdem ich ein paar Mal aufgefordert wurde und ich mich dann auch noch von der Funktion her betroffen fühle, nämlich als Bezirksschulratspräsident, oder Vorsitzender wie das heißt, Präsident heißen sie nur beim Land, im Bezirk heißen sie bei der Schule Vorsitzender, möchte ich folgendes sagen. Frau Kollegin Koppensteiner, wir haben nicht die Absicht, daß, wenn wir vorfinanzieren, bei HAK und HBLA, wir das aus dem Budget machen. Sondern wenn wir das machen, dann machen wir es daneben und nur dann, wenn alle einverstanden sind und es waren alle einverstanden. Das habe ich nämlich vorher abgecheckt, bevor ich dort hingegangen bin und es dort auch vertreten. Aber der Bund und das Land sind eh gleich in die Knie gegangen wie wir mit 8 Mann dort gesessen sind um das zu finalisieren. Da sind der Herr Ministerialrat und auch die Herren vom Land im Krebsgang unterwegs gewesen. Ich sage das so offen wie das ist, weil es geht nämlich schon drei Jahre so dahin. Wissen sie, das ist nämlich schon fad wenn wir das ernst meinen. Natürlich ist die Ausweitung dieser Schule bei den Direktoren und der Lehrerschaft ein Bedürfnis. Das machen wir auch noch. Das haben wir nämlich auch noch im Kreuz, daß wir das auch noch schaffen, was gar nicht unser Geschäft ist. Recht haben sie ja eh. Die Pflichtschulen sind unsere Aufgabe. Aber eines steht natürlich auch fest. Lehrer hätten wir auch keine, wenn wir keine höheren Schulen hätten. Ihr seid ja auch an höhere Schulen gegangen um Lehrer zu werden. Daher sehen wir das schon sehr in der Zusammenschau. Heute habe ich eh am Anfang, das ist schon so lange aus, daß es wieder vergessen worden ist, über die S 11.162,-- in unserer Stadt gesprochen. Natürlich ist im Schulbau immer wieder etwas gemacht worden. Voriges Jahr z. B. haben wir, weil das Budget immer angesprochen wurde, die Instandhaltungsmittel verdoppelt. Daß das noch immer zuwenig ist, vor allen Dingen den Lehrern, das ist mir auch klar. Der Schulreferent ist im Kreis gefahren und hat sich jede einzelne Schule und die Klassen angesehen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß wir in 15 Klassen neue Schulmöbel brauchen würden, aus seiner Sicht und nach dem Gespräch mit den Direktoren und, daß zwei Lehrerzimmer so sind, daß man dort am liebsten nicht mehr hineingeht. Natürlich ist das nicht nur im Taborschulzentrum so, wo zufällig sie sind und wo sie offenbar die Dinge im Fokus haben. Da gibt es einmal über die Zeitung die Geschichte mit der Küche, dann gibt es die Geschichte mit der Brause. In Wahrheit geht es darum Prioritäten zu setzen und in Wahrheit habe ich das angewiesen, als ich im Jahre 1991 Schulreferent war, an die Direktoren und Direktorinnen, an den Schulamtsleiter und den Bezirksschulinspektor. Die drei hätten miteinander eine Prioritätenliste für die Steyrer Pflichtschulen machen müssen und dann wären wir nämlich in der verhältnismäßig komfortablen Situation, wenn wir ein Budget machen, daß wir nicht das Falsche wegstreichen.

Wenn Prioritäten gesetzt werden und wir streichen hinten weg, dann streichen wir nicht das Falsche weg. Aber, sie wissen ja aus eigener Erfahrung, daß natürlich das so ist, die, welche lauter schreien, die setzen sich dann unter Umständen besser durch. Dann kann es auch passieren, da kommst du in eine Schule, da gibt es eine Klasse die gar nicht benützt wird und da stehen moderne Möbel drinnen und woanders sind die Möbel schon sehr wackelig. Normal müßte man den Wirtschaftshof hinschicken und die Möbel dort hin bringen lassen, wo sie gebraucht werden. So sieht die Welt nämlich aus meiner Sicht aus. Das ist vielleicht gar nicht so fein und gar nichts, aber es wäre sehr wirkungsvoll.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Das wäre schön, wir wären dafür.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das also zu diesem Punkt.

Wir werden uns bemühen müssen und zwar, wenn die Herrschaften, die dafür beauftragt wurden und eigentlich dafür bezahlt werden und auch gar nicht so schlecht, diese Prioritätenliste nicht zusammenbringen, dann werden wir uns eben selbst mehr damit beschäftigen müssen, wenn das auch nicht unsere unmittelbare Aufgabe als Gemeinderat ist. Wir haben ja gehört, 202 Schulklassen, wer wird denn das wohl sagen können da herinnen, guten Gewissens, wo Möbel erneuert werden sollen. Wir sind schon angewiesen, daß die Meldungen, die wir hier zusammenbekommen, in der Gesamtschau dann betrachten und, daß das zutreffend ist. Dann würden wir uns leichter tun, dann machen wir nämlich das Richtige. Die Methoden sind uns ja auch bekannt. So ist ja das nicht. Zuerst kommen die Lehrer, dann kommen die vom Elternverein und zum Schluß kommen noch die Kinder. Das habe ich ja alles schon x-mal erlebt. Ich bin ja schon lange genug in diesem Geschäft. Man kann ja alles instrumentalisieren. Ich hätte gerne, das können sie mir wirklich glauben, als Bürgermeister, aber auch als Bezirksschulratvorsitzender, daß wir das Wichtigste zuerst machen. Das können sie mir abnehmen. Weil sonst, wenn das nicht geschieht, werde ich dann möglicherweise zu Recht kritisiert. Das möchte ich eigentlich nicht so gerne. Da müssen aber alle zusammenspielen und da müssen wir alles sehen, nicht nur eine Schule. Das möchte ich einmal dazu sagen. Wenn wir über das Budget reden, können wir das gerne tun. Ich habe das dem Herrn Mayrhofer angeboten. Er wird es ihnen ja gesagt haben. Im übrigen, ich meine, sie sind halt ein bißchen gekränkt, weil der Kollege Bremm, aus meiner Sicht zu Recht, gesagt hat, es ist nicht recht gut, wenn man mit Parteiwerbungen in die Schulen geht. Uns würde das auch nicht schwer fallen, den Kindern SPÖ-Pickerl auf die Schultaschen zu kleben. Wir machen es nur nicht. Sie haben es gemacht, jetzt haben sie halt ein bißchen die „Gurke“ bekommen und jetzt dürfen sie nicht gekränkt sein.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So einfach ist das. Nicht gekränkt sein. Verstehen sie mich?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Es hat, Gott sei Dank, sehr viel Positives für die Schulen gebracht. Im Gegenteil, ich bin absolut nicht gekränkt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was? Na geh! Also, sie hat wirklich noch nichts verstanden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Thematisieren hätten wir das Thema Schulweg anders auch noch können. Da wäre das mit dem ÖVP-Sackerl nicht unbedingt notwendig gewesen. Ich meine, da hätte es ein paar andere Methoden auch gegeben. Aber sie wollten das offensichtlich tun.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ich bin ein Jahr lang gelaufen und es hat mir niemand zugehört.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist ja jetzt gut, daß wir das ausdiskutiert haben. Der Fall ist ja eh erledigt. Wir sind ja weiters eh nicht böse. Das ist die eine Geschichte. Zur zweiten Sache möchte ich sagen. Die Sache mit dem Internet. Das ist auch so eine Sache über die ich mich nicht freue. Ich kann auch in diesem Kreis erklären wieso nicht. Weil nämlich bei unserem Regionalinformationssystem, bei dem Projekt, ist nämlich die Telehauptschule entwickelt worden. Und zwar nicht nur für unseren Bezirk, die Stadt, sondern auch Bezirk Steyr-Land und Bezirk Kirchdorf. Es ist ein ausgearbeitetes Projekt gewesen. Dieses Projekt ist an mich herangetragen worden und ich bin gebeten worden, hier für diese drei Bezirke, und das war bitte in Absprache mit den drei Bezirken, um eine Bedarfszuweisung beim Land OÖ anzusuchen, beim Gemeindereferenten. Dem habe ich dieses Projekt voriges Jahr geschickt und habe auch mit ihm gesprochen. Er hat mir gesagt, ich werde eine Stellungnahme des Herrn Landesschulratspräsidenten, bei denen heißt das so, einholen. Ich habe daraufhin sofort auch noch mit dem Herrn Präsidenten gesprochen, wie er grundsätzlich dazu steht. Er hat gesagt, grundsätzlich steht er positiv zu dem, wenn hier solche Entwicklungen gemacht werden, daß die Schulen auch an die

modernen Medien der Telekommunikation angebunden werden. Er hat mir zu dem Zeitpunkt, vor gut einem Jahr, kein Wort gesagt, daß das Education-Highway ohnehin im Anzug ist und solche Späße.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Oh nein, das hat er nicht gesagt, der Herr Präsident. Ich habe gesagt, ob ich ihm unser Telehauptschulprojekt für die drei Bezirke übersenden und übermitteln darf. Da hat er gesagt, na selbstverständlich. Ich habe gesagt, wissen sie, daß sie sich vorbereiten können. Der Herr LHStv. und der Herr LH werden sie wahrscheinlich um ihre Stellungnahme bitten und da schicke ich ihnen das vorher, damit sie das bekommen. Man sieht ja daraus nur, daß wir nichts verschlafen haben. Also, dann habe ich das da hinüber geschickt und kein einziges Wort mehr gehört. Weder vom Hochmair noch vom Herrn Präsidenten oder vom LH. Von niemanden. Ich höre kein einziges Wort auf mein offizielles Ansuchen der Stadt Steyr um Bedarfszuweisungsmittel um rund 5 Millionen Schilling für drei politische Bezirke, das hätte es nämlich gekostet. Ich habe mir schon gedacht, da werden wir wohl etwas mitzahlen müssen. Aber sie haben uns ja nicht einmal zurückgeschrieben. Plötzlich kommt dieses Projekt „Education-Highway“, ein sehr ähnliches Ding, als das wir ihnen mit der Bitte um Finanzierung hinübergeschickt haben, auf uns zu. Jetzt bekommen wir dieses Ding auf den Tisch und nun dürfen wir es machen. Jetzt kostet es 2,5 Millionen. Bitte, alleine für unsere Schulen in unserem Bezirk. Wenn ich dann Steyr-Land und Kirchdorf nehme, dann wird es noch wesentlich teurer sein. Das freut die halt einfach nicht, wenn man mit irgendetwas hingeht und dann wird das ein bißchen verändert und dann wird dir das wieder zurückgeschickt und du darfst es dann bezahlen. Ich wäre ja bitten gegangen, daß uns das Land bei diesem Ding unterstützt. Das können sie mir schon glauben, Frau Koppensteiner, daß das ganz genau so ist. Sie werden ja mühelos in der Lage sein, das beim Präsidenten zu überprüfen, weil ihr werdet ja beim Lehrerverein öfters eine Versammlung haben. Also, so sieht die Welt da aus und wir haben nichts verschlafen, wir haben uns sehr bemüht. Eines ist natürlich auch zu sehen, weil die Frau Kollegin Frech gesagt hat, wenn wir das alle wollen, dann machen wir das doch. Unser Problem ist etwas anderes. Alle wollen alles und alles zugleich. Wissen sie? Und wenn man ein Budget macht und alles zugleich machen will und alle Projekte zugleich machen will, dann zeigen sie mir den „Wunderwutzi“, den Mathematikprofessor, wie der das mit dem Schilling zusammenbringt. Das ist die Frage. Ich möchte eigentlich nichts anderes haben, als wie, daß wir möglichst gemeinsam Prioritäten setzen. Um das geht es mir eigentlich. Ich habe ja nichts gegen das Internet, obwohl ich auch geneigt bin, dem Herrn Dr. Pfeil zu glauben, der sich mit Computern besser auskennt als ich, daß das in der Volksschule vielleicht noch nicht der unbedingte Hammer sein muß. Der Meinung bin ich vielleicht schon. Ich bin nicht Fachmann genug, aber wenn ich mir so ansehe, was uns die Studien so alles erzählt haben, daß sie mit der Maturareife noch die größten Schwierigkeiten haben, wenn unsere Kinder einen Lebenslauf fehlerlos schreiben sollen, bitte sehr, dann wird dort auch einiges an Grundvoraussetzungen erforderlich sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, viel mehr kann ich nicht dazu sagen. Ich bin gerne bereit, daß wir ins Schulbudget etwas mehr Geld hineingeben. Wir werden nicht in einem Jahr alles zum Glänzen bringen können. Eines steht auch 100%ig fest: Es wird hier halt auch notwendig sein, und das ist eine Aufgabe des Herrn Bezirkschulinspektors, daß er als Schiedsrichter mit seiner Richtlinienkompetenz auftritt. Das wird notwendig sein. Wir werden uns auch zu bemühen haben und dann müßte das eigentlich funktionieren. Natürlich spielt es auch eine Rolle, wenn wir um 60, 70 Millionen eine neue Schule bauen. Wenn man das ein bißchen schiebt, dann kann man locker 15 Klassen neu möblieren und man kann locker vom Hocker die Lehrerzimmer herrichten und noch einige Sachen im Umkreis machen, die recht wohlwollend aufgenommen werden. Aber man muß das schon sehen. Irgendwann wollen wir auch zu der Resthofschule kommen und es ist auch notwendig und wir haben uns dazu bekannt. Aber alles zugleich wird nicht laufen. Ich kann ihnen gleich 5, 6 Schulprojekte aufzählen, wo mir der Lehrer X und die Frau Direktorin Y etwas ins Ohr flüstert und es ist alles sympathisch und gut. Das bestreite ich gar nicht. Wir werden es nur nicht alles zugleich machen könne. Gut, das wollte ich dazu sagen. Vielleicht habe ich in der düsteren Schulszene noch einiges erhellen können.

Gibt es noch ein weiteres Thema? Wenn nein, macht mich das auch nicht traurig. Meine Damen und Herren, damit sind wir wirklich am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22.35 Uhr.

Der Vorsitzende: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR

Die protokollführer: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

Die protokollprüfer: GR Claudia Pramendorfer, GR Rudolf Schröder